

Chronik

2002
2022

**Wie wir wurden,
was wir sind.**

Die ersten 20 Jahre der
Landespsychotherapeutenkammer
Rheinland-Pfalz

Impressum



LandesPsychotherapeutenKammer
Rheinland-Pfalz

HERAUSGEBER:

LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Diether-von-Isenburg-Str. 9-11

55116 Mainz

Tel.: 06131 / 930 55 10

Fax: 06131 / 930 55 20

Mail: service@lpk-rlp.de

Homepage: www.lpk-rlp.de

Facebook: www.facebook.com/LPKRLP

Twitter: www.twitter.com/LPKRLP

REDAKTION:

Dr. Livia Rigotti

LAYOUT & TEXTSATZ:

cala media GbR

www.calamedia.de

FOTONACHWEISE:

Alle Abbildungen © LPK RLP, sofern nicht anders angegeben

INHALT

Vorwort	4
Grußwort Malu Dreyer	6
Grußwort Clemens Hoch	8
Grußwort Dr. Dietrich Munz	10
Die LPK RLP stellt sich vor	13
Rechtliches Fundament der Landespsychotherapeutenkammer	14
Aufgaben der Landespsychotherapeutenkammer	14
Organisation der Landespsychotherapeutenkammer	15
Die Vertreterversammlung	15
Der Vorstand	15
Ausschüsse	15
Geschäftsführer*in und Geschäftsstelle	16
Chronologischer Teil	17
1. Amtsperiode	22
2. Amtsperiode	31
3. Amtsperiode	39
4. Amtsperiode	60
5. Amtsperiode	94
Ausblick auf die neue Legislatur	97
Anhang	98



Der Vorstand der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz im Januar 2022 v. o. l. im Uhrzeigersinn:
Präsidentin Sabine Maur, Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke, Peter Andreas Staub, Ulrich Bestle

Vorwort

Liebe Kolleg*innen, liebe Freund*innen und Förder*innen der Kammer,

wir blicken mit Stolz und Freude auf 20 Jahre Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz zurück. Mit der neu geschaffenen psychotherapeutischen Approbation 1999 konnten sich die Psychotherapeut*innen endlich emanzipieren und ein neuer akademischer Heilberuf auf Augenhöhe werden. Dies verdanken wir vor allem unseren rheinland-pfälzischen Kollegen Dieter Best, Alfred Kappauf, Dr. Dietmar Schmeiser und Jochen Weidhaas, durch deren Bemühen – und dem vieler anderer deutschlandweit – wir das Inkraftsetzen des Psychotherapeutengesetzes 1999 feiern und nach der Umsetzung durch die Heilberufsgesetze in den Ländern unsere Kammer gründen konnten.

Seitdem hat sich unsere Kammer als Interessenvertretung unserer Berufsstands etabliert, die die verschiedenen Belange unserer inzwischen 2300 Kammermitglieder vertritt. Die Regelung der Berufsausübung und die Überwachung der Berufspflichten dienen der Patientensicherheit und der Professionalität des Berufsstands. Gesundheitspolitisch setzt sich die Kammer für eine bessere Versorgung der Menschen mit psychischen Erkrankungen ein – im ambulanten, stationären und institutionellen Bereich. Dazu bringt sie sich mit ihrer Expertise immer besser hör- und sichtbar in gesundheits- und gesellschaftspolitische Entwicklungen ein, die die psychische Gesundheit betreffen.

Diesen vielfältigen Entwicklungen und berufspolitischen Meilensteinen, den für die Kammer und den Berufsstand engagierten psychotherapeutischen Kolleg*innen sowie den Kooperationspartner*innen unserer Kammer über 20 Jahre will die vorliegende Chronik und Jubiläumsschrift nachspüren.

Der Vorstand
der Landespsychotherapeutenkammer
Rheinland-Pfalz



© Staatskanzlei RLP / Elisa Biscotti

Grußwort

Sehr geehrte Herren und Damen, liebe Mitglieder,

die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz feiert dieses Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Zu diesem tollen Jubiläum gratuliere ich Ihnen allen ganz herzlich!

Vor zwei Jahrzehnten, am 26. Januar 2002, fand die erste konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz statt. Die Gründung der LPK RLP ergab sich aus dem Inkrafttreten des Psychotherapeutengesetzes im Jahr 1999. Mit der Umsetzung des Gesetzes wurden Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten endlich als eigenständige akademische Heilberufe geschützt und mit den ärztlichen Psychotherapeuten gleichgestellt. Heute vertritt die LKP RLP die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen von über 2200 rheinland-pfälzischen Mitgliedern.

Die Kammer ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz. Sie zeichnet sich durch ihren reichen Erfahrungsschatz und die große Fachkenntnis ihrer Mitglieder aus. In vielen wichtigen Gesundheitsfragen ist die LPK RLP deshalb eine hochgeschätzte und verlässliche Partnerin der Landesregierung. Für unsere Gesellschaft ist die Arbeit unserer Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen unerlässlich. Die aktuelle Lage im Land macht das besonders deutlich: Die Folgen der Corona-Pandemie und die Auswirkungen der verheerenden Flutkatastrophe gehen nicht spurlos an Betroffenen, deren Angehörigen und Helfern und Helferinnen vorbei. Die LKP RLP leistet hier einen bedeutenden Beitrag, das emotionale Leid zu lindern und organisiert gemeinsam mit der Landesregierung psychosoziale Hilfsangebote für die seelische Entlastung Betroffener.

Ich danke allen Mitgliedern für ihre wertvolle Arbeit und wünsche Ihnen allen eine fröhliche Jubiläumsfeier mit vielen schönen Erinnerungen!

Malu Dreyer
Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz



© MWG | Piel

Als rheinland-pfälzischer Gesundheitsminister freue ich mich, der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz in diesem Jahr zu ihrem zwanzig-jährigen Bestehen gratulieren zu können. Das Berufsbild der Psychotherapeutinnen und -therapeuten hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt, was seitens der Kammer eng begleitet wurde.

Vor 1998 galt es als undenkbar, dass die psychotherapeutische Leistungserbringung mit einer Approbation verbunden werden könnte und damit den tradierten akademischen Heilberufen gleichgestellt ist. Erfreulicherweise entschloss sich der damalige Gesetzgeber dazu, diesen Zustand zu reformieren und einen Meilenstein in der psychotherapeutischen Leistungserbringung zu setzen. Denn die Gesundheit der Menschen jedweder Altersgruppe umfasst viele Facetten – eine sehr wichtige davon ist die Psyche.

Für eine funktionsfähige Gesundheitspolitik bedeutet dies, dass der psychotherapeutische Einsatz und das Engagement in der Betreuung von Patientinnen und Patienten als Beitrag zur Gesundheitsversorgung so anzuerkennen und zu würdigen ist, wie es 1998 geschah.

Grußwort

An diese wegweisende Reform anknüpfend, wurde die Landespsychotherapeutenkammer offiziell am 1. Januar 2002 gegründet. Es gelang ihr, sich schnell als funktionsfähige Einrichtung zu etablieren, die dem Ansehen des von ihr vertretenen Berufsstandes in jeglicher Weise entsprach und vor allem ihren Mitgliederinnen und Mitgliedern mit Rat und Tat beiseite stand.

Auch das Gesundheitsministerium konnte sich seit der Gründung der Landespsychotherapeutenkammer stets auf ihre Unterstützung verlassen – so beispielsweise während der Ausbildungsreform für Psychotherapeutinnen und -therapeuten im Jahr 2019, die an die Erfolge der 1990er Jahre anknüpft und die psychotherapeutische Ausbildung in ein modernes Ausbildungsformat überführt.

In einem gemeinsamen Kraftakt gehen wir die Bewältigung der aktuellen Krisen an. Nur durch eine kompetente und zuverlässige psychotherapeutische Versorgung kann es gelingen, die psychischen Schäden abzufedern und gering zu halten.

Ich bedanke mich für 20 Jahre gute Zusammenarbeit und freue mich als neuer Gesundheitsminister darauf, hieran anknüpfen zu können.

Clemens Hoch
Gesundheitsminister von Rheinland-Pfalz

20 Jahre Psychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

Am 1. Januar 2002 wurde die Psychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz gegründet. Die konstituierende Vertreterversammlung fand am 26. Januar 2002 statt. Damals, also vor genau 20 Jahren, wurde Alfred Kappauf zum Präsidenten der Kammer Rheinland-Pfalz gewählt. Alfred Kappauf war bis zu seinem plötzlichen und unerwarteten Tod 2016 Präsident der Kammer. In den fast 14 Jahren seiner Präsidentschaft war er „das Gesicht, das Herz und der Verstand der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz“, wie es Andrea Benecke, die heutige Vizepräsidentin der Kammer beschrieb.

Alfred Kappauf schuf ein solides Fundament, von dem die Kammer Rheinland-Pfalz bis heute profitiert. Die Kammer war eine der Vorreiterinnen für das Thema psychotherapeutische Weiterbildung und damit auch die Wegbereiterin für die grundsätzliche Reform der Psychotherapeutenausbildung. Mit dieser Reform nehmen nun die Psychotherapeut*innen die Weiterbildung für ihren gesamten Nachwuchs in die eigene Hand. Damit haben sie die Möglichkeit, die Zukunft des Berufs und auch die Zukunft der Psychotherapie maßgeblich mitzugestalten.

Die Kammer Rheinland-Pfalz war aber auch von Beginn an Vorreiterin eines sozialen und gesellschaftspolitischen Engagements, das für viele Psychotherapeut*innen selbstverständlich zu ihrem Heilberuf gehört. Sich auch der gesellschaftspolitischen Verantwortung zu stellen, das zieht sich bis heute wie ein roter Faden durch die Kammertätigkeit in Rheinland-Pfalz. Sehr konkret und handfest hat sich die Kammer für eine bessere Versorgung von Flüchtlingen eingesetzt, die 2015 in großer Verzweiflung und in großer Zahl zu uns kamen. Genauso überdurchschnittlich war im vergangenen Jahr der Einsatz der Kammer für die Opfer und Helfer der Flutkatastrophe im Ahrtal. Und auch während der Corona-Pandemie, als deren erhebliche psychische Folgen für Kinder, Jugendliche, aber auch für viele Erwachsene deutlich wurden, hat die Kammer von Beginn an durch beherztes Engagement und durch eine enge Vernetzung mit der KV Rheinland-Pfalz Wege gefunden, den Patientinnen und Patienten zur Seite zu stehen.

Grußwort



© BPtK

Ein Geheimnis des Erfolges der rheinland-pfälzischen Kammer ist ihre gute Vernetzung: mit der Landespolitik, mit der Kassenärztlichen Vereinigung, mit der Ärzte- und Pflegekammer und mit den Krankenkassen. Politik ist die Kunst des Überzeugens. Dafür muss man nicht nur Positionspapiere schreiben, sondern das persönliche Gespräch suchen und pflegen. Gesundheitspolitik ist immer auch Landespolitik. Und wenn es einer Kammer so gut wie der Kammer Rheinland-Pfalz gelingt, ihre Landesgesundheitspolitik von grundsätzlichen Positionen und Interessen der Psychotherapeutenchaft zu überzeugen, dann findet das nicht selten auch seinen Weg in die Gesetzgebung auf Bundesebene.

Vorbildlich ist die Kammer Rheinland-Pfalz auch beim Setzen neuer Akzente,

zum Beispiel beim Thema Digitalisierung. Deren digitalaffine Präsidentin Sabine Maur wusste schon früh die neuen Kommunikationskanäle für die Kammerarbeit zu nutzen, zum Beispiel für einen direkten Kontakt zwischen Mitgliedern und Vorstand. Über webbasierte Seminare machte sie schnell wichtige Informationen für die Mitgliedschaft verfügbar. Über digitale Workshops, Round-Table-Gespräche und Diskussionen bezog sie die Expertise und die politische Meinung der Mitgliedschaft direkter ein. Als selbstverwalteter Raum sind die Psychotherapeutenkammern die Plattform für die Profession, ihre Belange miteinander zu diskutieren und zu entscheiden. Mit der Digitalisierung werden wir diesen Raum in Zukunft noch besser nutzen können.

Dr. Dietrich Munz
Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer

Die LPK RLP stellt sich vor

RECHTLICHES FUNDAMENT

AUFGABEN

ORGANISATION

Rechtliches Fundament der Landespsychotherapeutenkammer

Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz ist die berufsständische Vertretung von fast 2.300 Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen. Alle Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen, die in Rheinland-Pfalz ihren Beruf ausüben, sind Pflichtmitglieder der Kammer. Daneben ist auch eine freiwillige Mitgliedschaft möglich, unter anderem für Psychotherapeut*innen in Ausbildung. Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz zählt zu den Heilberufekammern und ist eine Körper-

schaft des öffentlichen Rechts in Selbstverwaltung. Der Gesetzgeber hat also die Umsetzung von gesetzlich geregelten Aufgaben an die Kammer delegiert, damit die Angehörigen dieser Berufsgruppe fachkundig selbst im gesetzlichen Rahmen die für sie wichtigen Bestimmungen erarbeiten und beschließen können. Da das Gesundheitswesen nach dem Grundgesetz zu den Aufgaben der Länder gehört, ist dabei primär Landesrecht umzusetzen. Die zentrale Rechtsquelle ist das Heilberufsgesetz Rheinland-Pfalz.

Aufgaben der Landespsychotherapeutenkammer

Das Heilberufsgesetz Rheinland-Pfalz schreibt der Landespsychotherapeutenkammer die Wahrnehmung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Mitglieder als Aufgabe zu. Da die heilkundliche Psychotherapie Teil des öffentlichen Gesundheitswesens ist, hat der Gesetzgeber der Kammer gleichzeitig aufgetragen, die Berufsausübung zu regeln. Aufgabe der Kammer ist es somit, qualitätssichernde Maßnahmen für die Mitglieder verbindlich festzulegen und denjenigen Mitgliedern, die sich nicht an die Berufsordnung halten, je nach Art der Verfehlung eine Rüge zu erteilen, ein Ordnungsgeld aufzuerlegen oder sogar ein Verfahren beim Heilberufsgericht einzuleiten. Um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, hat die Kammer verschiedene Satzungen erlassen. Die Hauptsatzung enthält die zentralen Regelungen und legt als Aufgaben der Kammer unter anderem fest:

- für die Wahrung des Ansehens des Berufsstandes einzutreten,
- für ein kollegiales Verhältnis der Kammermitglieder untereinander und zu Mitgliedern anderer Kammern zu sorgen, sowie auf eine Kooperation mit Angehörigen sonstiger Gesundheitsberufe hinzuwirken,
- die Berufsausübung der Kammermitglieder zu regeln und Beratungen in berufsfachlichen und allgemeinen berufsrechtlichen Fragen anzubieten,
- die Einhaltung der Berufspflichten der Kammermitglieder zu überwachen,
- öffentliche Stellen zu beraten und zu unterstützen sowie Sachverständige zu benennen,
- die Aufsichtsbehörden über für den Berufsstand bedeutsame Vorkommnisse in Berufsausübung und Berufsaufsicht zu informieren,
- die berufliche Fort- und Weiterbildung der Kammermitglieder zu regeln und zu fördern,
- im Rahmen ihrer Zuständigkeit Belange der Qualitätssicherung wahrzunehmen,
- an die Kammermitglieder Heilberufsausweise auszugeben und ihnen sonstige Bescheinigungen auszustellen,
- die mit der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Zusammenhang stehenden präventiven, kurativen und rehabilitativen Einrichtungen des Berufsstandes zu fördern,
- die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung der Kammermitglieder zu regeln,
- an der Aus- und Fortbildung von sonstigen in der Gesundheitsversorgung Tätigen mitzuwirken,
- Bedarfsplanungsfragen aufzugreifen.

Organisation der Landespsychotherapeutenkammer

Die Basis für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben hat der Gesetzgeber im Heilberufsgesetz festgelegt. Er hat bestimmt, dass die Kammer zwei Organe hat: die Vertre-

tersammlung und den Vorstand. Die/der Vorsitzende der Vertreterversammlung ist die/der Präsident*in der Kammer.

Die Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung muss aus 25 Mitgliedern bestehen. Darunter müssen mindestens drei aus der Berufsgruppe der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen sein. Die Mitglieder der Vertreterversammlung werden von den Kammermitgliedern in freier, gleicher, geheimer, unmittelbarer und schriftlicher Wahl für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Die Vertreterversammlung beschließt insbesondere über:

- die Satzungen der Kammer,
- die Geschäftsordnung der Vertreterversammlung,
- die Wahl der Mitglieder des Vorstandes,
- den Haushaltsplan,
- die Zustimmung zur Leistung über- und außerplanmäßiger Ausgaben,
- den Jahresabschluss und die Entlastung des Vorstandes,
- die Vorschläge für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Berufsgerichte,
- die Bildung von Fachausschüssen und des Schlichtungsausschusses und die Wahl der Ausschussmitglieder,
- Versorgungseinrichtungen und sonstige soziale Einrichtungen,
- Maßnahmen der Qualitätssicherung,
- die Wahl der Delegierten für den Deutschen Psychotherapeutentag (DPT).

Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus der Präsidentin/dem Präsidenten, einer Vizepräsidentin/einem Vizepräsidenten und grundsätzlich einer/einem Beisitzer*in. Die Vertreterversammlung kann zusätzlich bis zu zwei weitere Beisitzer*innen in den Vorstand wählen. Mindestens ein Mitglied des Vorstandes muss ein(e) Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in sein. Angestellte oder Beam-

tete und Niedergelassene sollen im Vorstand mit jeweils mindestens einem Mitglied vertreten sein. Die Vorstandsmitglieder werden einzeln in geheimer Wahl für fünf Jahre gewählt. Der Vorstand erfüllt die Aufgaben der Kammer, soweit sie nicht der Vertreterversammlung vorbehalten sind.

Ausschüsse

Gemäß der Hauptsatzung gibt es folgende ständige Ausschüsse:

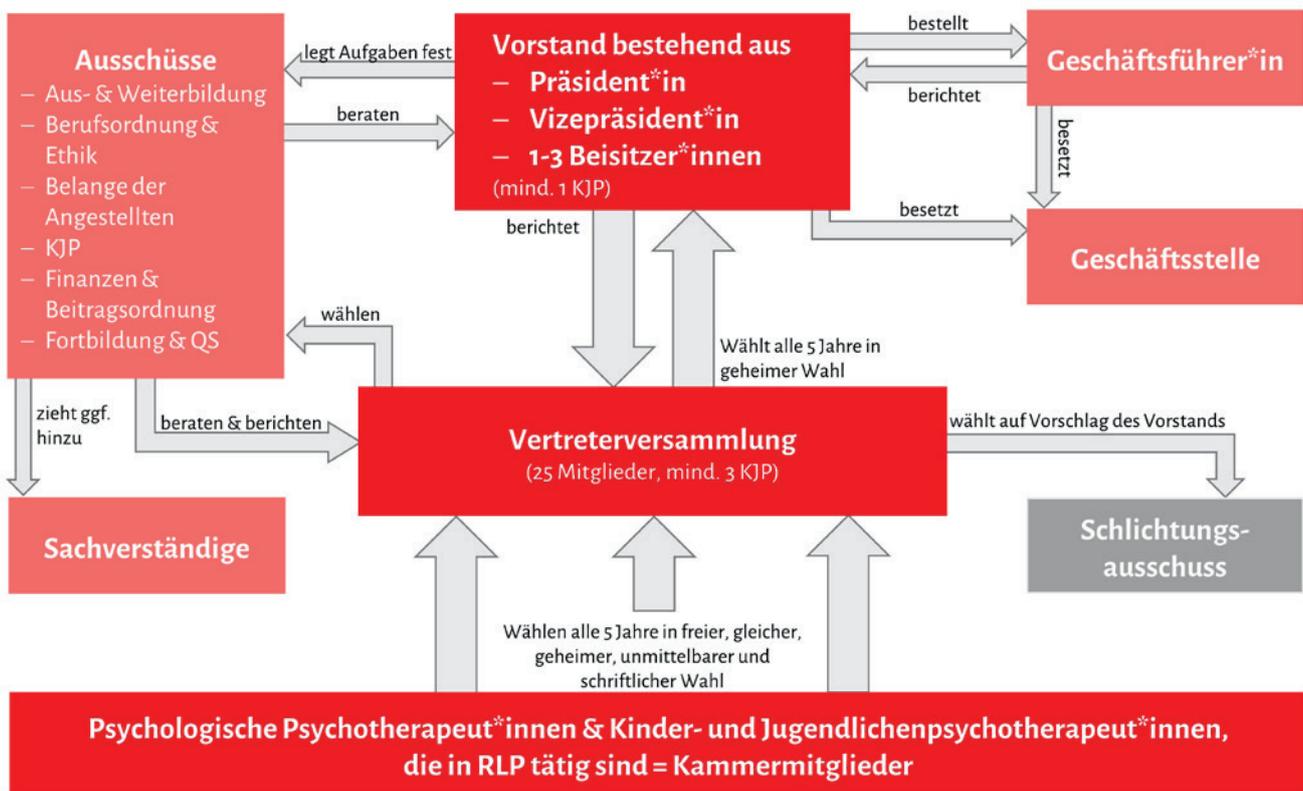
- Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Beiträge
- Ausschuss für Fortbildung und Qualitätssicherung
- Ausschuss für Aus- und Weiterbildung

Die Vertreterversammlung kann zusätzlich die Einrichtung weiterer Ausschüsse beschließen und deren Aufgaben und Befugnisse festlegen. Alle Kammermitglieder können in die Ausschüsse gewählt werden. Die Ausschüsse können im Einvernehmen mit dem Vorstand zu ihrer Beratung Sachverständige hinzuziehen. In den ständigen Ausschüssen soll mindestens ein(e) Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in vertreten sein.

Geschäftsführer*in und Geschäftsstelle

Der Vorstand bestellt eine(n) Geschäftsführer*in, die/der die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Kammer führt. Die Geschäftsführung setzt mit Unterstützung der Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle die Aufgaben der Kammer um. Sie unterliegt den Weisungen des Vorstandes und führt die Beschlüsse des Vorstandes und der Vertreterversammlung aus. Die Geschäftsstelle ist die erste Anlaufstelle für alle Neumitglieder und berät die Mitglieder, soweit es sich um allgemeine Fragen des Berufsstandes und -rechts handelt. Gleichzeitig ist sie die Stelle, die allen Gremien zu-

arbeitet, die Kontakte zu den Ministerien und anderen gesundheitspolitischen Akteuren pflegt, sowie die Abstimmungen mit anderen Kammern über gemeinsame Themen. Die Prüfung der Fortbildungsbelege obliegt ihr genauso wie die Bearbeitung berufsrechtlicher Anfragen und Patient*innenbeschwerden, die Verwaltung der Mitgliedsakten, die Organisation von Veranstaltung und die Öffentlichkeitsarbeit. Damit dies alles geleistet werden kann, erstellt sie auch die Beitragsbescheide und zieht die Beiträge ein.



Organe und Funktionsweise der Kammer (Stand 2021)

Chronologischer Teil

1. AMTSPERIODE 2002 - 2007

2. AMTSPERIODE 2007 - 2012

3. AMTSPERIODE 2012 - 2017

4. AMTSPERIODE 2017 - 2022

5. AMTSPERIODE AB 2022

Die Geschichte der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz beginnt mit dem Inkrafttreten des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG), das seit 1999 in Deutschland die Ausübung der Psychotherapie durch Psychologische Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen regelt. Durch das Psychotherapeutengesetz werden die beiden Berufe als eigenständige akademische Heilberufe geschützt. Damit werden Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen rechtlich den ärztlichen Psychotherapeut*innen gleichgestellt.

Im Jahr 2001 wird dieser entscheidende Schritt auch im Heilberufsgesetz Rheinland-Pfalz berufsrechtlich verankert. Die entsprechenden Änderungen des Heilberufsgesetzes treten am 1. März in Kraft. Schon knapp drei Monate später, am 30. Mai, findet die konstituierende Sitzung des Gründungsausschusses statt. Die 15 Mitglieder wurden von den Landesorganisationen der Berufsverbände vorgeschlagen und vom Ministerium berufen. Rheinland-Pfalz ist das sechste Bundesland, in dem sich nach einer kurzen Gründungsphase eine Kammer konstituieren kann.

Gründung der Landespsychotherapeutenkammer RLP - der Countdown



von Peter Andreas Staub

Mitglied des Vorstandes der LPK RLP und ehemaliges Mitglied des damaligen Gründungsausschusses

Bevor die Kammer mit der Konstituierenden Sitzung am 26. Januar 2002 das Licht der Welt erblickte, kümmerte sich im vorhergehenden Jahr 2001 erst einmal ein Gründungsausschuss um die „präinatale“ Entwicklung. Hierzu bediente sich das damalige Gesundheitsministerium Rheinland-Pfalz, damals das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit (MASFG), unter dem Gesundheitsminister Dr. Florian Gerster (selbst Psychologe) der psychotherapeutischen Berufsverbände im Lande. Der zuständige Referatsleiter im Gesundheitsministerium Dr. Jürgen Faltin berief direkt nach Inkraftsetzung des Psychotherapeutengesetzes am 20. Januar

*2000 zunächst einmal alle Berufsverbände zu einem Fachgespräch ins Ministerium nach Mainz, um die geplante Änderung des Heilberufsgesetzes RLP zu besprechen. Es galt, eine Berufsständische Körperschaft für die ca. 1200 Psychotherapeut*innen zu errichten. Tatsächlich stand zu diesem Zeitpunkt auch noch zur Diskussion, eine gemeinsame Psychotherapeutenkammer mit dem Saarland zu errichten, um die etwa 400 approbierten saarländischen Psychotherapeut*innen schon im Hinblick auf die Kosten zu entlasten. Signale aus dem Saarländischen Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales in diese Richtung wurden*

diskutiert, doch letztlich nicht weiterverfolgt. Eine gemeinsame Kammer zweier Länder setzt einen zeit- aufwendigen Staatsvertrag voraus, wohingegen das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium RLP eine beschleunigte Kammergründung favorisierte. Letztlich wurde eine nachträgliche Zusammenführung von benachbarten Kammern mit der LPK im Gesetz ermöglicht. Die Fachgespräche des Ministeriums mit den Berufsverbänden hatten auch ernsthaft die Idee zum Inhalt, die Aufnahme der Psychotherapeut*innen in die Landesärztekammer zu ermöglichen. Dies wurde dann jedoch abgelehnt und schließlich das Heilberufsgesetz RLP mit den Ausführungen zur Gründung einer Landespsychotherapeutenkammer verabschiedet, das am 21. Februar 2001 in Kraft trat. Als wesentliche Aufgaben des Gründungsausschusses wurden im Gesetz beschrieben:

Konstituierung des Gründungsausschusses und Wahl des vorsitzenden Mitglieds und des stellvertretenden vorsitzenden Mitglieds des Gründungsausschusses, Wahl der übrigen Mitglieder des vorläufigen Vorstandes, Erstellung einer Geschäftsordnung für den Gründungsausschuss, Information der Kammermitglieder über die Aufgaben der Landeskammer und die Wahlen der Kammerorgane, Erstellung einer vorläufigen Satzung, vorläufigen Wahlordnung und vorläufigen Beitragsordnung der Landespsychotherapeutenkammer, Vorbereitung der Wahl zur ersten Vertreterversammlung und der Wahl zum ersten Vorstand.

*Sogleich ernannte das MASFG 15 Vertreter*innen aller Verfahren und Berufsgruppen (PP, KJP) sowie ihre Stellvertreter zu Mitgliedern des Gründungsausschusses.*

Dies waren:

Dieter Best, Ilka Burucker, Erhard Eschbach, Elisabeth Götzinger, Margit Holzer-Herzhauser, Jürgen Kammler-Kaerlein, Alfred Kappauf, Manfred Kießling, Gabriele Kunz, Gisela Rohrer, Dr. Annelie Scharfenstein, Prof. Dr. Anette Schröder, Dr. Irving Speight, Dr. Dietmar Schmeiser und Peter Andreas Staub.

Stellvertreter: Dr. Birgit Bach-Erb, Bernd Baltes, Luise Dellwo, Werner Dinkelbach, Hans-Werner Kneller, Prof. Dr. Ursula Luka-Krausgrill, Christel-Maria Neis-Schellen, Dr. Paul Nilges, Lucia Schneider,

Bernd Schwarzweiler, Susanne Spatz, Hans Juergen Stapelmann, Helga Volks-Kindler, und Brunhilde Ziebart-Schleicher.

*In der ersten Sitzung am 30. Mai 2001 wählte der Gründungsausschuss **Dr. Dietmar Schmeiser** zum Vorsitzenden und **Prof. Dr. Anette Schröder** zur Stellvertreterin, **Alfred Kappauf** und **Jürgen Kammler-Kaerlein** wurden zum erweiterten Vorstand gewählt. Eine Geschäftsordnung für den Gründungsausschuss regelte das Miteinander. Es wurden ein Finanz- und ein Satzungsausschuss eingerichtet. In enger Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales Familie und Gesundheit wurde eine Wahlordnung konzipiert und verabschiedet. Nachdem hierdurch der rechtliche Rahmen geschaffen war, galt es nun die praktischen, d.h. die personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Wahlprozedur einzuleiten und durchzuführen. Im Wahlausschuss wurde Wert darauf gelegt, ein gleichermaßen einfaches als auch basisdemokratisch flexibles Wahlsystem zu schaffen. So wurden entschieden:*

*PP und KJP wählen in einer gemeinsamen Wahl. Die Vertreterversammlung wird aus 25 Personen bestehen. Für die KJP wird ein Minderheitenschutz festgelegt von mindestens 3 Vertreter*innen. Es wird in einem Wahlkreis gewählt (entsprechend den Landesgrenzen von RLP). Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf der Basis von Listenvorschlägen.*

*Um die Finanzierung des gesamten Projektes sicherzustellen, war der Finanzausschuss beauftragt, einen entsprechenden Haushaltsplan 2001 aufzustellen. Nach juristischer Prüfung verschiedener Alternativen wurde als einzige kurzfristig realisierbare Möglichkeit, um die Liquidität des Gründungsausschusses sicher zu stellen, beschlossen, einen Kontokorrentkredit in Höhe von DM 100 000 aufzunehmen. **Die Vorstandsmitglieder des Gründungsausschusses hafteten persönlich!** Schließlich wurde die Wahl beginnend mit dem 26. November 2001 als Briefwahl ausgeschrieben. Am 10. Dezember mussten die letzten Wahlscheine eingegangen sein. Von 1171 wahlberechtigten PP und KJP nahmen 753 Kolleg*innen daran teil. Mit einer Wahlbeteiligung von über 64,3 % verlief die erste Wahl zur LPK RLP sehr erfolgreich.*

„Wir sind weit gekommen“

Interview mit drei „Gründungsvätern“ der LPK RLP



v.l.n.r.: Dieter Best, Dr. Dietmar Schmeiser und Hans-Jochen Weidhaas

Drei Psychotherapeuten haben die Entwicklung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz von Anfang an miterlebt und in besonderem Maße geprägt: **Dr. Dietmar Schmeiser, Dieter Best und Hans-Jochen Weidhaas.** Herr Dr. Schmeiser war 1. Vorsitzender des Gründungsausschusses der Kammer und langjähriges Mitglied der Vertreterversammlung. Herr Best war Vizepräsident der neu gegründeten Kammer und Mitglied der Vertreterversammlung sowie auch Herr Weidhaas, der von Anfang an in der Vertreterversammlung saß und zahlreiche kammerpolitische Ämter innehatte. In einem Interview mit der LPK RLP im September 2021 lassen die drei Herren die Gründungszeit der Kammer wieder lebendig werden.

LPK RLP: Wie kam es damals zur Gründung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz? Warum brauchte man überhaupt eine Kammer?

Hans-Jochen Weidhaas: Schon im Februar 1994 wurde unser Satzungsentwurf zur Kammergründung ans rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium geschickt. Herr Best und ich hatten um einen Termin gebeten. Hier wurde der Kammerentwurf das erste Mal besprochen. Wir hatten ganz früh zu erkennen gegeben, dass wir selbst verwaltet sein wollen.

Dieter Best: Doch erst als das Psychotherapeutengesetz 1999 verabschiedet worden war, konnte die Kammergründung angegangen werden. Wir haben damals in

einem Rundbrief der Vereinigung der Kassenspsychotherapeuten erläutert, was die wichtigsten Aufgaben einer Psychotherapeutenkammer sein würden: Die Vertretung des Berufsstandes in der Öffentlichkeit, die Regelung der Berufspflichten und die Überwachung ihrer Einhaltung, die Entwicklung geeigneter qualitätssichernder Maßnahmen, die Schlichtung von Konflikten zwischen Psychotherapeuten und Patienten, die Regelung der Weiter- und Fortbildung, die Einrichtung eines Versorgungswerks und die Bildung einer Bundespsychotherapeutenkammer als Arbeitsgemeinschaft der Länderkammern.

Dr. Dietmar Schmeiser Psychotherapeuten durften damals ja nur im Auftrag von Ärzten im KV-System tätig sein. Unser Ziel war es daher, sich aus dem Delegationsverfahren der Ärzte zu befreien. Das neue Psychotherapeutengesetz war sehr wichtig für die Identität der Psychotherapeuten. Ohne das Psychotherapeutengesetz wäre die Kammergründung nicht möglich gewesen.

Hans-Jochen Weidhaas: Psychotherapie war bis zum Psychotherapeutengesetz nur durch die ärztliche Weiterbildung geregelt. Es war wichtig, dass wir selbst sagen konnten: „WIR sind die Psychotherapeuten“. Vorher lag die Definitionshoheit bei den Ärzten. Mit der Kammergründung bekamen wir dann die Möglichkeit, die Fort- und Weiterbildung selbst zu definieren. Wir waren bundesweit die erste Kammer, die das geschafft hat: Unsere Kammer hat die erste Weiterbildungsordnung vorgelegt.

LPK RLP: Was waren in der Anfangszeit der Kammer die größten Herausforderungen?

Best: 2001 wurde der Gründungsausschuss für die Kammer ins Leben gerufen, Herr Dr. Schmeiser war Vorsitzender. Das Problem war allerdings: Es war kein Geld da. Damit der Gründungsausschuss überhaupt eine finanzielle Arbeitsgrundlage hatte, wurde ein Kredit aufgenommen, der mit persönlichen Bürgschaften durch die Gründungs-ausschussmitglieder abgesichert werden musste.

Schmeiser: Sehr schwierig war am Anfang vor allem zu klären, wer wird überhaupt als Kammermitglied zugelassen? Es gab anfangs kein klares Berufsbild und verschiedenen Zugangswege zum Beruf. Wer sollte nun als Psychotherapeut gelten? Welche Qualifikation wird akzeptiert? Diese Fragen haben die Kammerbildung anfangs sehr erschwert.

Weidhaas: Man muss sich klar darüber sein, dass bis zum Psychotherapeutengesetz unsere Ausbildung berufs-fremd durch Kassen und KBV definiert war. Aber auch unsere Kollegen hatten unterschiedliche Vorstellung davon, was ein guter Therapeut sein soll. Das Kunststück war, diese Ideen zu verbinden.

Schmeiser: Alfred Kappauf, der erste Kammerpräsident, hat es geschafft, die Lager zu versöhnen. Das kann man ihm nicht hoch genug anrechnen.

Weidhaas: Auch die Namensgebung war konfliktreich. Es gab unter anderem den Vorschlag „Landeskammer für Psychologische Psychotherapeutinnen, Psychologische Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten“. Wir wollten aber vom ersten Tag an die Kammer so nennen, wie sie bis heute heißt: „Landespsychotherapeutenkammer“. Das hat aber zu Unstimmigkeiten mit den Ärzten geführt. Auch hier ging es ja wieder um die Frage: Wer sind die Psychotherapeuten?

LPK RLP: Wie hat die Kammer sich seit der Gründung entwickelt?

Schmeiser: Am Anfang saßen die Psychotherapeuten in den KV-Gremien „am Katzentisch“, ohne Stimmrecht ...

Weidhaas: ... aber wir sind sehr weit gekommen. Der Berufsstand etablierte sich. Und mit dem Aufbau der Weiterbildung wurden beispielsweise die Therapieverfahren durchlässiger gemacht.

Best: Seit der Gründung regelt die Kammer das Berufsrecht und ist Aufsichtsbehörde. Sie setzt die Berufsordnung und die ethischen Grundsätze durch.

LPK RLP: Was waren Ihrer Meinung nach die größten Erfolge der Kammergeschichte?

Weidhaas: Ganz klar die Weiterbildungsordnung. Die ist für mich persönlich der größte Erfolg.

Schmeiser: Ich habe in einem Vortrag in Berlin im Jahr 2007 ein eigenes Studium für Psychotherapeuten gefordert, das schien damals ganz utopisch - ein Psychotherapiestudium! Viele Zuhörer waren sicher, dies nicht mehr zu erleben. Dass nun die Direktausbildung beschlossen wurde, ist wirklich ein großer Fortschritt zur Identität des Psychotherapeuten.

Best: Ich finde, die Repräsentanz des Berufs in der Öffentlichkeit und in der Politik ist ein großer Erfolg. Früher hatten psychische Probleme „keine Adresse“. All diese Anliegen zu Fragen der psychischen Gesundheit haben durch die Kammer einen Ansprechpartner bekommen. Beispielsweise wurde die Kammer nach ihrer Einschätzung gefragt, was Feuerwehrlente in ihrer Ausbildung zum Thema Trauma lernen sollten oder im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wurde die Kammer gefragt, was sie beitragen kann, falls es zu einem Notfall kommt. Vorher gab es keine Stelle in Rheinland-Pfalz, die sich mit diesen Themen beschäftigt hat. Außerdem hat sich die Öffentlichkeitsarbeit sehr gut entwickelt, vor allem seitdem Frau Maur Präsidentin der Kammer ist. Hier möchte ich ein großes Lob aussprechen! Die Kammer ist sehr gut in den Medien vertreten.

LPK RLP: Wie sehen Ihre Wünsche für die weitere Entwicklung der Kammer und des Berufes aus?

Weidhaas: Ich wünsche mir eine Vollendung des beschrittenen Weges und dass es endgültig einen eigenen Berufsstand mit einer eigenen Identität gibt. Berufspolitisch, aber auch wirtschaftlich fehlt es noch an Anerkennung. Aber ich bin optimistisch.

Best: Ich bin auch optimistisch, was den Berufsstand angeht.

Weidhaas: Ich sehe die Kammer auf einem guten Weg. Rund 80% des Weges sind wir schon gegangen. Was Ideale und Zielsetzung betrifft, sind wir enorm weit gekommen. Das hätte ich selbst nicht geglaubt, wenn mir das früher jemand gesagt hätte.

1. Amtsperiode

2002

Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz existiert offiziell seit dem 1. Januar 2002. **Die erstmals gewählte Vertreterversammlung tritt am 26. Januar zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und wählt den ersten Kammervorstand.**

Erster Präsident wird Alfred Kappauf, niedergelassener Psychotherapeut für Erwachsene, Kinder- und Jugendliche. Zum Vizepräsidenten wird Dieter Best gewählt, Beisitzer*innen werden Gabriele Kunz, Dr. Annelie Scharfenstein und Jürgen Kammer-Kaerlein.



Der erste Vorstand v. l. n. r.:
Dieter Best, Gabriele Kunz, Alfred Kappauf,
Dr. Annelie Scharfenstein, Jürgen Kammer-Kaerlein



AG Landeskammer, Sitzung am 19.06.2002

In der 1. Amtsperiode werden folgende Personen in die Kammergremien gewählt:



Präsident
Alfred Kappauf



Vizepräsident
Dieter Best

Beisitzer*innen im Vorstand

Gabriele Kunz, Jürgen Kammler-Kaerlein,
Dr. Annelie Scharfenstein

Vertreterversammlung

Dr. Birgit Albs-Fichtenberg, Dieter Best, Ilka Burucker,
Andreas Dehmlow, Werner Dinkelbach, Erhard
Eschbach, Dr. Thomas Franke, Elisabeth Götzinger,
Jürgen Kammler-Kaerlein, Alfred Kappauf,
Prof. Dr. Günter Krampen, Bernhard Kuhn, Gabriele
Kunz, Dr. Paul Nilges, Dr. Udo Porsch, Gisela Rohrer,
Walter Roscher, Dr. Annelie Scharfenstein, Dr. Dietmar
Schmeiser, Prof. Dr. Annette Schröder, Dietmar Theiss,
Hans-Jochen Weidhaas, Monika Weyrauch,
Dr. Hans Willenberg, Helga Zumpf

Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung

Dieter Best, Werner Dinkelbach, Dr. Sigrid Schiller,
Prof. Dr. Annette Schröder, Hans-Jochen Weidhaas,
Helga Zumpf

Ausschuss für die besonderen Belange der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten

Margit Holzer-Herzhauser, Edith Kreuß, Ada van der
Auwera

Ausschuss für besondere Belange der angestellt tätigen Psychotherapeut*innen

Andreas Demloh, Dr. Wolf Dormann, Dr. Paul Nilges,
Jürgen Kammler-Kaerlein

Ausschuss Berufsordnung und Ethik

Dieter Best, Ilka Burucker, Gabriele Kunz, Siegbert
Plischke, Rolf Schüler-Brandenburger, Werner Kneller

Ausschuss Finanzen und Beitragsordnung

Alfred Kappauf, Manfred Kießling, Bernhard Murk,
Walter Roscher

Ausschuss für Qualitätssicherungs- sicherungsfragen und Bedarfsplanung

Birgit Albs-Fichtenberg, Elisabeth Götzinger,
Peter Kraft, Dr. Sebastian Murken, Dr. Udo Porsch,
Dr. Annelie Scharfenstein

Schlichtungsausschuss

Ilka Burucker, Andreas Dehmlow, Dr. Thomas Franke,
Christiane Gerhardt, Gerhard Gottwald, Annette
Imann-Steinhauer, Gisbert Jung, Gerd Jäschke,
Christoph Lohmeier-Zenz, Günter Müller, Dr. Dietmar
Schmeiser, Peter Andreas Staub, Monica Weyrauch,
Monika Zindorf

Gemeinsamer Beirat mit der Landesärztekammer

Susanne Dormann, Jürgen Fleischmann,
Stefanie Keßeler-Scheler, Roland Koechel,
Norbert Mark, Paul Nilges, Andreas Stein,
Hans Willenberg, Werner Dinkelbach

Delegierte Deutscher Psychotherapeutentag

Dieter Best, Jutta Enggruber, Alfred Kappauf,
Prof. Dr. Ursula Luka-Krausgrill, Hans Jochen
Weidhaas

Delegierte Psychotherapeutenversorgungswerk

Annette Imann-Steinhauer

Vorstandsbeauftragte

Gisela Rohrer (Landeskrankenhausplan)

In einer Presseerklärung zur konstituierenden Sitzung vom 26. Januar nennt Kammerpräsident Alfred Kappauf als zentrale Aufgabe der neuen Kammer, „den wichtigen Stellenwert der Psychotherapie in den stationären und ambulanten Versorgungsstrukturen zu stärken.“ Die angestrebte gewichtigere Mitsprache bei einer qualitätssichernden Reform des Gesundheitswesens sei nur über eine Entwicklung einer klaren Identität des neuen Heilberufs zu erreichen. Die erste Vertreterversammlung hatte zudem die Aufgabe, eine Beitragsordnung zu verabschieden. Sie sah einen Einheitsbeitrag von 400 € je Mitglied vor.



Geschäftsführerin Birgit Heinrich

In der Hegelstraße 61 in Mainz wird zunächst eine vorläufige Geschäftsstelle der Landespsychotherapeutenkammer errichtet. Geschäftsführerin ist Frau **Birgit Heinrich**. Unterstützt wird sie von einer Verwaltungskraft, die eine halbe Stelle innehat. Ab August 2002 wird das Team durch eine weitere Halbtagskraft verstärkt. Eine der vielen Aufgaben der Kammer-Geschäftsführerin ist es, sich um den **Aufbau eines Versorgungswerkes** für die Kammermitglieder zu kümmern.

Am 10. April 2002 tritt die Vertreterversammlung (VV) erneut zusammen und etabliert im April und Mai zahlreiche **Ausschüsse**:

- Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung
- Ausschuss für die besonderen Belange der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen
- Ausschuss Berufsordnung und Ethik
- Ausschuss für Finanzen und Beitragsordnung
- Ausschuss Qualitätssicherungsfragen einschließlich Bedarfsplanungsfragen
- Schlichtungsausschuss

Die Arbeitsgemeinschaft der Länderkammern entscheidet im Oktober, dass eine **Bundespsychotherapeutenkammer** gegründet werden soll. Herr Kappauf, Herr Best und Frau Dr. Scharfenstein beteiligen sich in den hierfür gegründeten drei Ausschüssen: Satzung, Berufsordnung und Weiterbildung. Zudem bringt RLP den Vorschlag ein, dass ein Repräsentanzschlüssel gefunden werden muss, der den kleinen Kammern einen ausreichenden Anreiz bietet, sich überhaupt einer Bundespsychotherapeutenkammer anzuschließen. Dies könne nur gewährleistet sein, wenn diese eine Chance sähen, ihre Interessen gegenüber den drei mitgliederstärksten Kammern durchsetzen zu können. Ihr Vorschlag sieht einen Länderrat vor, in dem jedes Land einen Sitz und eine Stimme hat. Daneben soll es eine Delegiertenversammlung geben, in der pro Land eine gewisse Zahl von Delegierten sitzen soll.

Das erste **Psychotherapeutenversorgungswerk (PVW)** Deutschlands wird gegründet: Am 30. November beschließt die Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen einstimmig die Satzung des PVW, diese tritt nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde am 17. Dezember in Kraft. Später wird sich auch die LPK RLP dem PVW anschließen.

Das **Psychotherapeutenjournal (PTJ)** erscheint am 1. Dezember zum ersten Mal. Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz ist von Anfang an Mitherausgeber und gestaltet ihre Länderseiten, um die Kammermitglieder und andere Leser*innen über ihre Arbeit zu informieren und offizielle Bekanntmachungen (wie beispielsweise Satzungsänderungen) publik zu machen.

2003

Seit 1. Januar 2003 ist die Geschäftsstelle der Landespsychotherapeutenkammer in der Wilhelm-Theodor-Römheld-Straße 30 in Mainz-Weisenau zu finden. Der abgeschlossene Umzug der Geschäftsstelle und der erste Geburtstag der LPK RLP sind Anlass für eine **Festveranstaltung** am 31. Januar, zu der Vertreter*innen aus allen Bereichen des Gesundheitswesens und der Politik eingeladen werden. Kammerpräsident Alfred Kappauf dankt in seiner Begrüßungsrede für die vielseitigen Unterstützungen seitens des Ministeriums sowie der Kooperationspartner, die den zügigen Aufbau der Kammerstrukturen wesentlich erleichterten. Gleichzeitig ergreift er die Gelegenheit, den über 70 anwesenden Funktionsträger*innen im Gesundheitswesen die weiteren berufspolitischen Ziele und auch derzeitigen Sorgen der LPK RLP zu erläutern: **„Wir wollen einen angemessenen Platz und eine angemessene Beachtung im Bereich des Gesundheitswesens. An der jetzigen Realität gemessen, ist diese Forderung nicht bescheiden. Wir wollen mehr Einfluss, weil wir bereit und in der Lage sind, an mehr Stellen als uns bisher zugebilligt wird, Kompetenz einzubringen und auch mehr Verantwortung zu übernehmen.“** Er weist darauf hin, dass im Bereich der stationären psychotherapeutischen Versorgung die neuen Heilberufe der Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen bisher weder in den Stellenplänen oder Personalverordnungen noch im Tarifrecht angemessen verankert sind. Die LPK RLP hat bereits im letzten Sommer im Gespräch mit der Fachministerin, Frau Malu Dreyer, den Wunsch vorgebracht, in den relevanten Planungsgremien, beispielsweise dem Ausschuss für Krankenhausplanung, mitwirken zu können. Im SGB VII sei die Aufnahme der Psychotherapeut*innen als qualifizierte Leistungserbringer*innen und Gleichstellung mit den Ärzt*innen erforderlich. Schließlich gelte es auch, psychotherapeutische Leistungen generell im Leistungskatalog der Gesetzlichen Unfallversicherung (SGB VII) zu verankern.

Die **Gründung der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK)** wird zügig vorbereitet. Bei einem Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Landespsychotherapeutenkammern am 25. und 26. Januar wird ein Satzungsvorschlag für die Bundespsychotherapeutenkammer erarbeitet, der

der Gründungsversammlung am 17. / 18. Mai im Rahmen des **ersten deutschen Psychotherapeutentages** in Berlin zur Abstimmung vorgelegt wird. So wird die Bundespsychotherapeutenkammer von den Präsident*innen der zu diesem Zeitpunkt bestehenden acht Landeskammern im Mai 2003 gegründet. Am 8. Juli 2003 konstituiert sich der Länderrat der BPtK und arbeitet am Aufbau einer Geschäftsstelle bis zum Ende des Jahres. Der **Länderrat** setzt sich als Organ der BPtK zusammen aus den Präsident*innen der Landespsychotherapeutenkammern und dem Vorstand der Bundespsychotherapeutenkammer, sowie zwei Vertreter*innen der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen. Reihum nehmen satzungsgemäß in jährlichem Wechsel die einzelnen Landeskammern den Vorsitz der vier regulären Treffen im Jahr ein, sorgen für die Vorbereitung der Tagesordnung, leiten die Sitzungen in Berlin und erstellen das Sitzungsprotokoll. Die LPK RLP hat als erste Kammer den Vorsitz des Länderrates inne. Alfred Kappauf, der Präsident der LPK RLP, wird für das erste Jahr zum Vorsitzenden des Länderrats gewählt. Die LPK RLP ist stolz auf die dadurch ausgedrückte Anerkennung und schreibt im PTJ über Herrn Kappauf: *„Damit ist ihm als Repräsentant einer der kleinen Kammern eine wichtige Rolle auf Bundesebene übertragen worden, die er u. a. auch dazu nutzen möchte, das Bewusstsein für die Probleme der kleinen Kammern auf Bundesebene zu schärfen.“*

Ab Sommer 2003 ist die Landespsychotherapeutenkammer im **Ausschuss für Krankenhausplanung des Landes Rheinland-Pfalz** mit beratender Stimme vertreten. Vom Ministerium wird zugesichert, dass mit dem laufenden Novellierungsverfahren zum Landeskrankenhausgesetz (LKG) die Landespsychotherapeutenkammer als ordentliches Mitglied rechtlich verankert wird. Die LPK RLP erhält kurzfristig Gelegenheit, zu den einzelnen Kapiteln des **Landeskrankenhausplans des Landes Rheinland-Pfalz** Stellung zu nehmen. Darüber hinaus sichert das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit zu, dass die Kammer an den Beratungen des **Krankenhausplanungsausschusses** teilnehmen kann. Stimmrecht erhält sie allerdings vorerst nicht.

Der **Gemeinsame Beirat** von Landesärztekammer und Landespsychotherapeutenkammer hat mittlerweile zweimal getagt. Er hat sich eine Geschäftsordnung gegeben und darin festgelegt, dass der Vorsitz und die Geschäftsführung alternierend in der Mitte der fünfjährigen Amtszeit wechseln.

Am 6. September 2003 tritt der **Ausschuss für die Belange der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten** (heute „Ausschuss für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie“) der LPK RLP zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Am 18. Oktober verabschiedet die Vertreterversammlung der LPK RLP eine **Berufsordnung**. Außerdem stehen der Entwurf einer **Weiterbildungsordnung** sowie die **Fortbildungsordnung** auf dem Programm. Da die Mitglieder zunehmend drängender die Gründung eines Versorgungswerkes einfordern, sich für die Kammer in Rheinland-Pfalz ein solches wegen der geringen Mitgliederzahl jedoch nicht alleine realisieren lässt, wird beschlossen, sich dem Versorgungswerk einer anderen Psychotherapeutenkammer anzuschließen und diesen Anschluss im Jahr 2004 zu vollziehen. Damit sind die konkreten Voraussetzungen zur Aufnahme von Verhandlungen und Einleitung der rechtlichen Schritte geschaffen.

Ein Meilenstein für die Psychotherapeut*innen in Rheinland-Pfalz ist das Inkrafttreten der **Berufsordnung der LPK RLP** im Dezember 2003. Sie regelt die Berufsausübung, impliziert wichtige berufsethische Prinzipien und hat folgende zentrale Ziele:

„Die Berufsordnung dient dem Ziel, das Vertrauen zwischen Psychotherapeutinnen oder Psychotherapeuten und ihren Patientinnen oder Patienten zu fördern, den Schutz der Patientinnen und Patienten zu sichern, die Qualität der psychotherapeutischen Tätigkeit im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung sicherzustellen, die freie Berufsausübung zu sichern, das Ansehen des Berufs zu wahren und zu fördern und auf berufswürdiges Verhalten hinzuwirken und berufsunwürdiges Verhalten zu verhindern.“

Damit bildet die Berufsordnung das Fundament der psychotherapeutischen Arbeit mit den Patient*innen aber auch für das kollegiale Miteinander. In den folgenden Jahren wird sich der Kammervorstand immer wieder mit berufsrechtlichen Fällen beschäftigen und darüber entscheiden müssen, ob ein Verstoß gegen die Berufsordnung vorliegt, wobei die Bandbreite von der Verweigerung der Einsicht in die Patientenakte bis hin zu schweren Abstinenzverletzungen reichen wird.

2004

Nachdem die Vertreterversammlung einstimmig beschlossen hatte, sich dem 2002 in Niedersachsen gegründeten **Psychotherapeutenversorgungswerk** (PVW) anzuschließen, werden Anfang Februar das rheinland-pfälzische Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit sowie in Niedersachsen das federführende Wirtschaftsministerium sowie das Sozialministerium als Partner informiert. Gemeinsam mit der Kammer Niedersachsen wird der Entwurf eines Staatsvertrages abgestimmt. Parallel dazu wird den Ministerpräsidenten aus Niedersachsen und Rheinland-Pfalz der Antrag der LPK RLP auf Anschluss an das PVW über die Ministerien zur Zustimmung zugeleitet. Nachdem beide Seiten uneingeschränkt zugestimmt haben, können die Ministerien den Entwurf des Staatsvertrages der Staatskanzlei mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung zum schnellstmöglichen Zeitpunkt in den Parlamenten vorlegen.

Der Vorstand gibt **Stellungnahmen** zum Landeskrankenhausplan und zur Novellierung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes sowie des Rettungsdienstgesetzes ab. Durch die Stellungnahme der Kammer kann erreicht werden, dass die Psychotherapie als medizinisches Leistungsangebot in den Landeskrankenhausplan 2004 aufgenommen wurde. Zukünftig werden die Psychotherapeut*innen außerdem im Landesgesundheitsbericht als eigenständige Berufsgruppe aufgenommen.

Am 31. Januar 2004 wird die **Weiterbildungsordnung (WBO)** der LPK RLP verabschiedet, damit nimmt die LPK RLP eine Vorreiterrolle ein. Die Entscheidung für curriculare Definitionen von ankündigungsfähigen Zusatzbezeichnungen – angefangen mit Neuropsychotherapie und Psychodiabetologie – entlastet bei anderen Kammern die Sorge, dass die Approbation durch Zusatzbezeichnungen entwertet werden könnte. Inzwischen wird das damalige Wagnis, mit einer Weiterbildungsordnung ein berufspolitisches Instrument zur souveränen Definition von Qualifikationsprofilen zu entwickeln, allgemein anerkannt. Die Bundespsychotherapeutenkammer hat später diese Bereiche fast unverändert in eine Musterweiterbildungsordnung aufgenommen.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Weiterbildung ist der Bereich der Psychodiabetologie. Entstanden ist dieser neue Bereich in enger Abstimmung der Landespsychotherapeutenkammer mit der Deutschen Diabetes Gesellschaft. Die neue Weiterbildung stößt auf große bundesweite Resonanz. Das Ausbildungsinstitut der DDG in Bernkastel-Kues hat eine Weiterbildungsermächtigung durch die Kammer erhalten. Die Weiterbildung zur Psychodiabetolog*in bietet Psychotherapeut*innen erstmalig in Deutschland die Möglichkeit, über die Grundlagen in der psychotherapeutischen Ausbildung hinaus Kompetenzen in einer von der Kammer anerkannten Zusatzqualifikation zu erwerben, die speziell auf die Behandlung von Diabetes-Patient*innen mit psychischer Komorbidität zugeschnitten sind.

Die Vertreterversammlung beschließt im November 2004 außerdem die Erweiterung der Weiterbildungsordnung um die „**Psychoanalyse**“ als Zweitverfahren und beauftragt den zuständigen Ausschuss mit der Ausarbeitung der Weiterbildungsinhalte in den neuen Kapiteln „Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie“ und „Verhaltenstherapie“. Die Aufnahme der „Speziellen Schmerz-Psychotherapie“ ist ganz knapp an der satzungsmäßigen Mehrheit gescheitert. Eine erneute Vorlage wird für die nächste Vertreterversammlung vorbereitet.

Die Kammer plant, künftig auch selbst Veranstaltungen für ihre Mitglieder anzubieten. Zudem bietet sie auf ihrer **neu gestalteten Internetseite** seit einigen Wochen einen Veranstaltungskalender an.

Die **Beitragsordnung** wird geändert und sieht nun einen Einheitsbeitrag von 475 Euro je Mitglied vor.

In Folge des verheerenden Tsunamis in Südostasien am 26. Dezember 2004 nimmt die Kammer in den ersten Januartagen Kontakt mit den Hilfsorganisationen sowie den koordinierenden Stellen des Landes auf und bietet Unterstützung bei der Vermittlung von qualifizierter **psychotherapeutischer Notfallhilfe** an. Durch die von der Bundespsychotherapeutenkammer koordinierte rasche Fragebogenaktion kann die LPK RLP vor allem die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sehr kurzfristig und effektiv mit Adressen von psychotraumatologisch erfahrenen Psychotherapeut*innen unterstützen. Zahlreiche Rückmeldungen zeigen, dass in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wird, dass die Kammermitglieder bereit und in der Lage sind, in Notfällen sehr schnell zu handeln. Dies wird in den Folgejahren immer wieder der Fall sein bis hin zur Flutkatastrophe 2021.

Am 25. März des Vorjahres ist die **Fortbildungsordnung** der Landespsychotherapeutenkammer in Kraft getreten. Der 31. März 2005 ist nun ein wichtiger erster Stichtag für die neue **Fortbildungsordnung**: Bis dahin müssen erstmals die Unterlagen über die im Jahr 2004 besuchten Fortbildungsveranstaltungen bei der Kammer eingereicht werden. Dieser Nachweis gibt der Kammer einerseits im Rahmen ihrer eigenen gesetzlichen Verpflichtung die Möglichkeit zu prüfen, ob alle Mitglieder sich ausreichend fortgebildet haben. Andererseits gewinnt sie dadurch den Überblick über die unterschiedlichen Fortbildungsangebote und -veranstalter. Zudem kann die Kammer auf diese Weise erstmals mit validen Daten dokumentieren, dass Psychotherapeut*innen sich besonders häufig fortbilden und sich über neue Entwicklungen im eigenen Arbeitsumfeld informieren.

Die Vertreterversammlung beschließt am 30. April eine **Änderung der Weiterbildungsordnung** und ergänzt diese um die ankündigungsfähigen Zusatztitel „Gesprächspsychotherapie“ und „Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie“. Außerdem werden die Bereiche „Spezielle Schmerzpsychotherapie“ und „Verhaltenstherapie“ in die Weiterbildungsordnung der LPK RLP aufgenommen.

Welche Weiterbildungen gibt es in Rheinland-Pfalz seit wann? (angegeben wird der Zeitpunkt des Inkrafttretens)

Neuropsychologische Psychotherapie:	seit 2004
Psychodiabetologie:	seit 2004
Spezielle Schmerzpsychotherapie:	seit 2004
Gesprächspsychotherapie:	seit 2006
Psychoanalyse:	seit 2004
Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie:	seit 2004
Verhaltenstherapie:	seit 2004
Systemische Therapie:	seit 2010
Gutachterliche Tätigkeit im Bereich der Rechtspsychologie:	2012

Im Hinblick auf die Ende des Jahres anstehende Kammerwahl wird auch die **Wahlordnung** beschlossen. Festgelegt wird darüber hinaus, dass auch Psychotherapeut*innen in Ausbildung in Form einer Gastmitgliedschaft der Kammer beitreten können.

Die Vertreterversammlung setzt sich zudem erstmals mit dem neuen Psychologiestudium nach der Bologna-Form auseinander. Es wird diskutiert, was die Umstellung auf **Bachelor und Master** für die zukünftige Eingangsqualifikation zur Psychotherapie-Ausbildung bedeuten wird und soll. Mit der Möglichkeit eines Bachelorzuges im Bereich Sozialpädagogik wird eine Entwertung der Ausbildung zur/zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in befürchtet, die Rheinland-Pfalz unbedingt vermeiden will.



Matthias Heidt

Ab Mai 2005 ist Matthias Heidt Beauftragter für **Notfall-psychotherapie** der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz. Am 1. Juli sind die Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen im Rahmen einer Änderung und Erweiterung des Landes-Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (LBKG) in die Versorgung von Opfern, Angehörigen und Einsatzkräften als Gesundheitsberuf per Gesetz eingebunden worden. Der LPK RLP obliegt in diesem Zusammenhang die Fortbildung ihrer Mitglieder. Am 7. Oktober bietet die Kammer daher eine Veranstaltung zum Thema „Notfallpsychotherapie“ an, anschließend wird ein Herbstfest gefeiert. Die Kombination von Fortbildung und Herbstfest wird als sehr gelungen gelobt und für die Zukunft beibehalten.

Die Kammermitglieder werden im PTJ über die **elektronische Gesundheitskarte** und den elektronischen Heilberufsausweis informiert, der sich noch in den Anfängen seiner Planung und in der Modell-Region Trier auch schon in Erprobung befindet. Diskutiert wird, wer die Karte an die Berechtigten ausgeben wird. Das sogenannte Kammermodell sieht vor, dass Beantragung, Identifizierung und Registrierung in Regie und Kontrolle der Heilberufskammern vorgenommen werden, praktisch abzuwickeln über eine zu gründende Betriebsgesellschaft. Das alternative „offene Marktmodell“ verlagert wesentliche Teile der Abwicklung und damit Verantwortung auf einen im freien Markt tätigen Zertifizierungsdienstleister. **Bis die Ausgabe des elektronischen Heilberufsausweises in die Realität umgesetzt wird, dauert es noch über 15 Jahre!**

Der Beitritt der LPK RLP zum **Psychotherapeutenversorgungswerk** (PVW) kann Ende Dezember 2005 abgeschlossen werden. Die komplizierten parlamentarischen administrativen Schritte für den Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und Niedersachsen erforderten zum Jahresende noch einmal hohes Engagement von allen Beteiligten, um den Beitritt doch noch für 2005 rechts-wirksam werden zu lassen. Zahlreiche Mitglieder nutzten direkt die Chance, noch für das Jahr 2005 Beiträge für die Altersvorsorge einzuzahlen. Erste Delegierte der LPK RLP für das PVW ist Annette Imann-Steinhauer.

Das Jahr beginnt mit einem weiteren Meilenstein in der Etablierung des Berufstandes der Psychotherapeut*innen: Auf einem außerplanmäßigen Deutschen Psychotherapeutentag (DPT) am 13. Januar in Dortmund wird eine **Muster-Berufsordnung** verabschiedet.

Seit April gibt es ein eigenes LPK-Fortbildungsverwaltungsprogramm. Zudem erhält jedes Mitglied einen **Fortbildungsausweis**, auf dem seine individuelle „Einheitliche Fortbildungsnummer“ (EFN) angegeben ist, die ebenfalls in einen Scan-Code umgewandelt ist. Die Fortbildungsveranstalter werden gebeten, künftig in der Anwesenheitsliste jede(n) Teilnehmer*in neben der Unterschrift noch ein Etikett aufkleben zu lassen, so dass per Scan die Teilnahme elektronisch erfasst und später im Punktekonto verbucht werden kann.

In der Geschäftsstelle der LPK RLP gibt es nun erstmals eine kammereigene **Juristin**: Nachdem bisher der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses auch die Berufsfälle bearbeitet hat, wurde nun eine Volljuristin eingestellt, die seit dem 1. Mai für die Bereiche Berufsrecht, Wettbewerbsrecht und Weiterbildung zuständig ist.

Die Fußball-WM in Deutschland verläuft ohne besondere Zwischenfälle friedlich. Das **notfallpsychotherapeutische Angebot** der LPK RLP wird nicht benötigt. Dennoch konnte mit dem erstmaligen Bereitschaftsdienst für den Katastrophenfall ein deutliches Zeichen gesetzt und die Berufsgruppe der Psychotherapeut*innen präsentiert werden. Die engagierte und fachlich fundierte Arbeit des Notfallbeauftragten Matthias Heidt in den vorbereitenden Sitzungen auf Landesebene fand ihren Niederschlag darin, dass er in die Einsatzleitung berufen wurde. Etwa 30 notfallpsychotherapeutisch tätige Kammermitglieder hatten sich innerhalb kurzer Zeit zu einem Bereitschaftsdienst freiwillig gemeldet und eine interne ganztägige Vorbereitung auf das Ereignis durchlaufen, die Herr Heidt gemeinsam mit dem Leiter der Landes-

feuerwehr- und Katastrophenschutzschule (LFKS), Peter Schüßler, leitete. Auf der Ebene der Bundespsychotherapeutenkammer und in enger Kooperation der Landespsychotherapeutenkammern NRW und RLP werden weitere Ausbildungsinhalte für die Fortbildung im Bereich der Notfallpsychotherapie erarbeitet.

Am 30. September veranstaltet die LPK RLP eine **Fachtagung „Psychotherapie bei Suchtproblemen“** mit anschließendem Herbstfest. **Die Fachtagung mit anschließendem Herbstfest wird in den folgenden Jahren zur größten und wichtigsten Veranstaltung der Kammer für ihre Mitglieder.**

Im gesamten Jahr 2006 beschäftigt die LPK RLP die **Diskussion um die „Gesundheitsreform“**. Im Zusammenhang mit der politischen Diskussion auf Bundesebene zum GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, das sowohl massive Auswirkungen auf den ambulanten wie den stationären Bereich haben wird, ergreifen Herr Kappauf und Herr Best am 17. November in einem Gespräch mit Herrn Ministerpräsident Beck und Frau Gesundheitsministerin Dreyer in der Staatskanzlei die Gelegenheit, ihre Positionen zum Gesetzentwurf zu verdeutlichen. Unter anderem wird erneut die Honorierung psychotherapeutischer Leistungen als Einzelleistungsvergütung gefordert. Außerdem fordert die Kammer, dass die Verpflichtung zur Fortbildung nicht nur für Ärzt*innen, sondern auch für Psychotherapeut*innen gilt, da andernfalls eine Einstufung als weniger bedeutsam und somit eine Benachteiligung der Psychotherapeut*innen befürchtet wird. In ihrer Antwort an den Kammerpräsidenten hat Frau Dreyer verdeutlicht, dass das Land Rheinland-Pfalz sich die Argumentation der LPK RLP zu eigen macht und ihre Forderungen im Rahmen der Bundesratsdebatte einbringt und vertritt. Tatsächlich zeigen die im Bundesrat vorgenommenen Änderungen des GKV-WstG, dass die Ministerin Wort gehalten und sich für die Anliegen der Psychotherapeut*innen stark gemacht hat.

2. Amtsperiode

In der 2. Amtsperiode werden folgende Personen in die Kammergremien gewählt:



Präsident
Alfred Kappauf



Vizepräsidentin
Dr. Andrea Benecke

Beisitzer im Vorstand

Sascha Gönner, Jürgen Kammler-Kaerlein, Manfred Kießling

Vertreterversammlung

Dr. Birgit Bach-Erb, Dr. Andrea Benecke, Dieter Best, Christine Bühler, Werner Dinkelbach, Jutta Enggruber, Sascha Gönner, Manfred Heinz, Susanne Janz, Marita Kaiser-Klute, Jürgen Kammler-Kaerlein, Alfred Kappauf, Manfred Kießling, Bernd Liebler, Prof. Dr. Ursula Luka-Krausgrill, Bernhard Murk, Dr. Paul Nilges, Robert Rohmfeld, Dr. Annelie Scharfenstein, Dr. Dietmar Schmeiser, Prof. Dr. Annette Schröder, Peter Andreas Staub, Hans Jochen Weidhaas, Peter Weidlich, Helga Zumpf

Ausschuss für Aus- und Weiterbildung

Dr. Gaby Bleichhardt, Susanne Janz, Werner Dinkelbach

Ausschuss für die besonderen Belange der Angestellten

Gabriele Kunz, Bernd Liebler, Prof. Dr. Ursula Luka-Krausgrill, Dr. Robert Rohmfeld, Andreas Stamm

Ausschuss Berufsordnung und Ethik

Marita Kaiser-Klute, Richard Tank, Rolf Schüler-Brandenburger

Ausschuss Finanzen und Beitragsordnung

Jutta Enggruber, Peter Andreas Staub, Walter Roscher

Ausschuss für Fortbildung und Qualitätssicherung

Bernhard Murk, Dr. Annelie Scharfenstein, Dr. Arthur Günthner, Gabriele Stephan

Schlichtungsausschuss

Annette Imann-Steinhauer, Gisbert Jung, Dr. Karoline Weiland-Heil, Monika Zindorf

Gemeinsamer Beirat mit der Landesärztekammer

Christine Bühler, Dr. Susanne Dormann, Stefanie Keßeler-Scheler, Dr. Annelie Scharfenstein, Dr. Dietmar Schmeiser, Peter Andreas Staub

Delegierte Deutscher Psychotherapeutentag

Herr Manfred Kießling, Dr. Annelie Scharfenstein, Dr. Dietmar Schmeiser, Bernd Liebler, Gisela Rohrer, Hans-Jochen Weidhaas

Delegierte Psychotherapeutenversorgungswerk

Annette Imann-Steinhauer, Manfred Kießling, Reinhard Kohl, Engelbert Achten

Vorstandsbeauftragte

Matthias Heidt (Notfallpsychologie), Gerhard Jacobs (Forensik), Chrisoph Schmitt (Forensik), Gabriele Kunz (Landeskrankenhausplan), Dr. Birgit Albs (Landeskrankenhausplan), Gisela Borgmann-Schäfer (Öffentlichkeitsarbeit)

Am 24. März kommen die Vertreter der ersten Wahlperiode ein letztes Mal und die **neu gewählten Kammervorteiler** zu ihrer konstituierenden Sitzung für die zweite Wahlperiode zusammen. Satzungsgemäß wählen die Vertreter in der konstituierenden Sitzung den neuen Kammervorstand und die Mitglieder der Ausschüsse. Als Präsident der Kammer wird Herr Alfred Kappauf in seinem Amt bestätigt. Zur Vizepräsidentin wird Frau Dr. Andrea Benecke gewählt, angestellte Psychologische Psychotherapeutin an der Universität Mainz, und als Beisitzer Herr Manfred Kießling, Herr Sascha Gönner und Herr Jürgen Kammler-Kaerlein. Außerdem werden neue Delegierte für den Deutschen Psychotherapeutentag und Ausschussmitglieder gewählt. Die Vertreterversammlung beschließt, in dieser Legislaturperiode keinen KJP-Ausschuss zu wählen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es sinnvoller und effektiver ist, dass die Belange der KJP in den unterschiedlichen Bereichen erörtert und vertreten werden müssen. Statt eines KJP-Ausschusses wurde daher festgelegt, dass in jedem Ausschuss mindestens ein KJP vertreten sein muss, der dann die Belange seiner Berufsgruppe unmittelbar in die Ausschussarbeit einbringen kann.

Am 18. Juli wird im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen die **Zielvereinbarung für barrierefreie Praxen** unterzeichnet. Diese soll Menschen mit Behinderungen den Zugang zu den Leistungen und den Angeboten des Gesundheitswesens erleichtern. Die Landespsychotherapeutenkammer, die Landeszentrale für Gesundheitsförderung sowie der Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen gehören zu den Erstunterzeichnern der Vereinbarung. Die Zielvereinbarung ist ein wichtiges Signal der Gesundheitsberufe, dass sie die besonderen Belange der Behinderten ernst nehmen und sich im partnerschaftlichen Dialog mit den Betroffenen am Prozess der Realisierung dieser Ziele beteiligen wollen.



Herr Kappauf unterzeichnet die Zielvereinbarung für barrierefreie Praxen

Die LPK RLP widmet ihre **Fachtagung** in diesem Jahr dem Thema „Systemische Therapie im Spannungsfeld zwischen Berufspolitik und Versorgungsrealität“, anschließend wird das alljährliche Herbstfest gefeiert. In diesem Jahr erhalten außerdem alle Mitglieder erstmals ihren Fortbildungsausweis sowie die Strichcodeaufkleber.

Am 10. November 2007 wird der **11. Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) in Mainz** ausgerichtet, die LPK RLP ist somit erstmals Gastgeberin des wichtigsten Gremiums der deutschen Psychotherapeutenchaft. Die Geschäftsstelle meistert die große organisatorische und logistische Herausforderung mit Bravour. Herr Dr. Gaß, Abteilungsleiter im rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerium, spricht ein Grußwort und konstatiert lobend: „Die Psychotherapeuten haben ihren Platz in der gesundheitlichen Versorgung gefunden“. Er hebt die gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Kammer hervor. Auf dem 11. DPT wird unter anderem beschlossen, für Psychotherapeut*innen in Ausbildung (PiA) eine jährliche „Bundeskongferenz PiA“ einzurichten.

Die LPK RLP setzt sich in diesem Jahr zudem erstmals für eine gute **psychotherapeutische Versorgung von Migrant*innen** beim damaligen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGFF) ein. Auf Anfrage des Ministeriums wird eine Stellungnahme verfasst, die Sonderbedarfszulassungen oder Ermächtigungen für approbierte Psychotherapeut*innen befürwortet. Ebenso wird die Genehmigung von psychotherapeuti-

schen Behandlungen im Kostenerstattungsverfahren als Komponente zur kurzfristigen Verbesserung des Versorgungsangebots gesehen. Darüber hinaus plädiert die LPK RLP dafür, die Sprachförderungsangebote für Migrant*innen zu erweitern, um die Autonomie der betroffenen Personen und ihre Integration zu fördern.

Verschiedene Entwicklungsziele der Psychotherapeut*innen wurden in die Arbeit des **Ständigen Arbeitskreises (StAK) des Landespsychiatriebeirats** eingebracht. Am 13. November wird beschlossen, die Landespsychotherapeutenkammer als ordentliches Mitglied im StAK aufzunehmen.

Im Dezember beschließt die Vertreterversammlung eine neue **Beitragsordnung** für die Kammer. Es wird ein So-

zkelbeitrag eingeführt, der von allen Mitgliedern in gleicher Höhe zu entrichten ist und zum anderen ein variabler, nach Einkommen zu bemessender Teil, der über einen Hebesatz für Angestellte und Niedergelassene getrennt erhoben wird. Davon versprechen sich alle Beteiligten mehr Gerechtigkeit in der Finanzierung der Kammer. Die neue Beitragsordnung führt für die Mehrzahl der Mitglieder zu einer Reduzierung der Beiträge.

Im Jahr 2007 beginnt die Landespsychotherapeutenkammer, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Die gesamte **Homepage** der Kammer wird generalüberholt. Sie erhält eine neue Struktur und wird sowohl attraktiver als auch informativer gestaltet. Es wird ein **Newsletter** eingeführt, der sich an die Kammermitglieder richtet und der über das Internet oder das Fax verbreitet werden soll.

2008

Am 23. Februar findet auf Einladung der LPK RLP in deren Geschäftsstelle in Mainz die **erste Landeskonferenz der rheinland-pfälzischen Psychotherapeut*innen in Ausbildung (PiA)** statt. Diese Konferenz dient einem ersten Austausch über die für PiA besonders relevante Themen, der Bildung eines institutsübergreifenden PiA-Netzwerkes sowie einer Interessenvertretung auf Landesebene und der Wahl zweier Landesvertreter für die Bundeskonferenz. Die Bundeskonferenz findet zum ersten Mal am 12. März 2008 in Berlin statt. Als erste Landesvertreter*innen für die PP werden Frau Wagner (Weiterbildungstudiengang der Universität Mainz) und als Vertreter Herr Hölzel (Weiterbildungstudiengang der Universität Trier), als Landesvertreter für die KJP Frau Hirschler (Alfred-Adler-Institut Mainz) und als Vertretung Frau Sawitzki-Wild (IFKV Bad Dürkheim) gewählt.

In der Vertreterversammlung vom 12. April 2008 wird im Zuge eines Besuchs vom damaligen BPTK-Präsidenten Prof. Richter erstmals die Frage diskutiert, ob die Psychotherapieausbildung verändert werden sollte. Einem 1. Staatsexamen nach dem Studium und einer vorläufigen Berufserlaubnis sollte sich die Ausbildung anschließen. Danach sollten die Psychotherapeut*innen eine Weiterbildung zur Behandlung von Kindern (für PP) oder Erwachsenen (KJP) machen können. Die Umsetzung dieser Idee scheitert am BMG. Bis zur tatsächlichen Um-

setzung der **Ausbildungsreform** fließt noch viel Wasser den Rhein hinunter: Erst 13 Jahre später, im April 2021, wird die Muster-Weiterbildungsordnung für Psychotherapeut*innen auf dem 38. Deutschen Psychotherapeutentag verabschiedet.

Die diesjährige **LPK-Fachtagung mit Herbstfest** am 27. September stellt erstmals ausdrücklich die Anliegen der angestellt tätigen Kolleg*innen in den Vordergrund. Unter dem Titel: „Psychotherapeuten in Institutionen – effizient und unverzichtbar“ erläutern namhafte Referent*innen aus der Praxis, Forschung und Politik exemplarisch Nutzen und Wert der in institutionellen und stationären Kontexten erbrachten psychotherapeutischer Leistungen und unterziehen Status und Honorierung der Leistungserbringer*innen einer kritischen Würdigung.

Anlässlich der Anfang Oktober anstehenden Verabschiedung des GKV-Organisationsstruktur-Weiterentwicklungsgesetzes (GKV-Org WG) setzen sich die Landespsychotherapeutenkammern und die Bundespsychotherapeutenkammer über Monate intensiv für die Festschreibung einer an der demographischen Struktur orientierten **Mindestquote von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen** ein. Die ursprünglich von der Politik vorgesehene Quote von 10% würde unter der gegenwärtigen Versorgungsdichte bleiben, beträgt doch

der aktuelle Anteil der KJP an der Gesamtzahl der niedergelassenen Psychotherapeut*innen in Rheinland-Pfalz knapp 14%. Hervorzuheben ist die gute Kooperation und Kommunikation zwischen rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerium (MASGFF) und LPK RLP bei dieser Initiative. Das MASGFF setzt sich im Bundesrat und beim Bundesgesundheitsministerium entschieden und letztlich erfolgreich für die 20%-Quote ein. Mit der Einführung der 20%-Quote können etwa 50 KJP-Sitze in Rheinland-Pfalz ausgeschrieben werden.

Vorausgegangen war unter anderem ein **Gespräch zur Versorgungssituation der Kinder und Jugendlichen** in Rheinland-Pfalz, zu dem der Arbeitskreis „Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit“ der SPD-Landtagsfraktion Vertreter*innen der Kammer eingeladen hatte. Zugegen waren neben einigen Abgeordneten auch die Leiter der Referate „Familie“, Herr Scholten, und „Gesundheit“, Herr Rutert-Klein. Frau Dr. Benecke schilderte dabei vor allem die Schwierigkeiten der ambulanten Versorgung sowie die Schwierigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Anwesenden haben ein offenes Ohr für die Sorgen der

Kammer-Vertreter*innen (zu wenig Kassensitze, Schwierigkeiten mit der Vergabe von halben Praxissitzen, Nicht-Berücksichtigung von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen in Vereinbarungen u. ä., die vor 1999 getroffen wurden). Der Arbeitskreis tritt schon seit einigen Jahren für die Verbesserung der Versorgung ein und möchte zukünftig die Zusammenarbeit mit der Kammer ausbauen. Auch die Presse konnte für die Probleme der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen interessiert werden. Der **SWR** sendete mehrere Radiobeiträge, zu denen jeweils der LPK-Präsident Alfred Kappauf interviewt wurde.

Außerdem entscheidet die Vertreterversammlung am 29. November 2008, das „**Netzwerk gegen Depression**“ zu unterstützen. Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) nimmt diese Zusage sehr positiv auf und strebt auch in anderen Bereichen weitere Zusammenarbeit mit der Landespsychotherapeutenkammer an. **Tatsächlich kommt es in den folgenden Jahren regelmäßig zu Kooperationen von Kammer und LZG.**

2009

Wie jedes Jahr ist die Landespsychotherapeutenkammer eine der gastgebenden Kammern beim **Jahresempfang der Wirtschaft** in Mainz. In diesem Jahr wird die Veranstaltung durch die Zusage einer besonderen Rednerin geehrt: Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel spricht am 30. Januar in der Rheingoldhalle vor 5.000 Gästen.



Jahresempfang der Wirtschaft 2009



Da die Fortbildungsordnung am 25. März 2004 in Kraft getreten ist, läuft am 25. März 2009 zum ersten Mal der **Fünf-Jahres-Zeitraum** ab, in dem die Kammermitglieder 250 Fortbildungspunkte erworben haben müssen.

Erstmalig muss die Kammer überprüfen, wer nach Ablauf des Fünf-Jahres-Zeitraums seine Fortbildung nicht in ausreichendem Umfang erfüllt hat.

Auf der Vertreterversammlung vom 28. März informiert Kammerpräsident Alfred Kappauf über die **Rücktritte der Vorstandsmitglieder** Herr Gönner und Herr Kießling und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten. Nachwahlen werden nicht vorgenommen und die drei verbliebenen Vorstandsmitglieder teilen sich die Arbeit in den nächsten Jahren. Die Aufgabenverteilung muss neu strukturiert werden, um trotz reduzierter Personalressourcen wirksam bleiben zu können. Eine Änderung der Hauptsatzung wird beschlossen: Der Vorstand besteht nun grundsätzlich aus drei Mitgliedern, kann aber bei Bedarf auf maximal fünf Mitglieder erweitert werden. Situativ kann der Vorstand künftig Vorstandsbeauftragte mit der Erledigung einzelner Aufgaben betrauen.

Ein Schwerpunkt der Vorstandsarbeit betrifft in diesem Jahr die anstehende **Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes** (LKG) RLP. Es soll erreicht werden, dass die LPK RLP einen Sitz im Ausschuss für Krankenhausplanung erhält. Im Moment besitzt sie zwar ein Antrags- und Rederecht, jedoch kein Stimmrecht. Außerdem wird eine Änderung bzw. Ergänzung von Regelungen angestrebt, die es erlauben sollen, dass Psychotherapeut*innen in Krankenhäusern Leitungspositionen einnehmen können. Die Kammer wird gleichrangig wie die Landesärztekammer mit einem Sitz in die **Projektgruppe des Landeskrankenhausplanungsausschusses** zur Überarbeitung des immer für sieben Jahre aufzustellenden Landeskrankenhausplanes berufen. Der Vorstand kann Frau Dr. Albs-Fichtenberg mit ihren Erfahrungen als Leiterin eines Psychologischen Fachdienstes des Bräuder-

krankenhauses in Trier dafür gewinnen, die Kammer in der „Unterarbeitsgruppe Landeskrankenhausplan 2010“ zu vertreten. Auf Sitzungen und bei mehreren Versorgungsgebietskonferenzen kann sie viele Gelegenheiten nutzen, in einer frühen Phase der Entwicklung des neuen Krankenhausplans auf den Stellenwert von Psychotherapeut*innen in einem modernen stationären Versorgungssystem hinzuweisen.

Der Kammervorstand führt im Jahr 2009 **Gespräche mit Vertreter*innen aller im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien**. Themen-Schwerpunkte bildeten die Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes, die Probleme der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung, insbesondere für Kinder und Jugendliche, sowie die Verankerung der Psychosozialen Notfallversorgung in den Strukturen des Katastrophenschutzes. Die Resonanz wird positiv bewertet.

An der **5. Fachtagung der LPK RLP** am 26. September 2009 können 150 Teilnehmer*innen begrüßt werden, so viele wie nie zuvor. Das Thema lautet diesmal „Psychotherapie zwischen Evidenz und Intuition: Hirnforschung trifft Psychotherapie“.

Für das Psychotherapeutenjournal 3/2009 führt die Vorstandsbeauftragte für Öffentlichkeitsarbeit, Gisela Borgmann-Schäfer, ein **Interview mit dem damaligen Kammer-Vorstand**. Die Vorstandsmitglieder bilanzieren die ersten sieben Jahre seit der Kammergründung:

Was war aus Ihrer Sicht der größte Erfolg unserer Profession aufgrund der Gründung von Psychotherapeutenkammern?

Alfred Kappauf: „Dass wir einen offiziellen und angemessenen Platz in den Strukturen des Gesundheitssystems haben. Als öffentliche Körperschaft haben wir ein Mitspracherecht im Ministerium. Neben diesem Einflusszuwachs bekommen wir auch im Vorfeld von Entscheidungsprozessen mehr Möglichkeiten uns einzuschalten durch schnellere Informationen. Und was dabei der sensationelle Fortschritt ist: Wir haben verlässliche, struktur- und nicht wie früher personengebundene Kommunikationswege.“

Jürgen Kammer-Kaerlein: „Das macht die Arbeit leichter,

besonders wenn ich an Gesetzesentwürfe denke, auf die wir im Vorfeld viel besser reagieren können.“

Vom Rand wollten wir in die Mitte der Gesundheitsversorgung. Welche Wege haben Sie für Rheinland-Pfalz eingeschlagen?

Alfred Kappauf: „Die Etablierung der Weiterbildungsordnung. Wir bringen die Psychotherapie zu den somatischen Erkrankungen und bieten unseren Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Gesundheitsprobleme an [...]“

Andrea Benecke: „Erkrankungen, die hohe Herausforderungen an das Selbstmanagement stellen – sowohl in emotionaler wie in mentaler Hinsicht – werden zunehmen. Denken Sie nur an Diabetes oder Schlaganfall. Wir können

diese Patienten übernehmen und qualifiziert unterstützen, mit gesundheitlichen Belastungen und Beeinträchtigungen eine hohe Lebensqualität aufrecht zu erhalten.“

Als weitere Erfolge der Kammerarbeit werden im Interview genannt:

„Das Ergebnis unserer Mitwirkung im Ausschuss für die Landeskrankenhausplanung“ (Jürgen Kammer-Kaerlein)

„Der Anschluss an das Versorgungswerk“ (Alfred Kappauf)

„Die Entwicklung unserer Verwaltungssoftware“ (Jürgen Kammer-Kaerlein)

„Unsere Öffentlichkeitsarbeit“ (Alfred Kappauf)

2010



Jahresempfang der Wirtschaft 2010

Einstimmig beschließt der Landtag Rheinland-Pfalz am 17. November mit der **Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes** (LKG RLP), das damals wohl modernste Krankenhausgesetz der Bundesrepublik. Insbesondere für Psychotherapeut*innen im stationären Bereich stellt dieses Gesetz einen Meilenstein dar, da hier erstmals deren Statusdefinition gleichrangig zu den Ärzt*innen vorgenommen wird: „Es bezieht die Psychologischen Psychotherapeutinnen, Psychologischen Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten gleichberechtigt neben den Ärztinnen und Ärzten in die in Betracht kommenden Bestimmungen des Landeskrankenhausgesetzes ein.“ (aus der Begründung des Gesetzesentwurfs). Als weiteres Novum erhält die Landespsychotherapeutenkammer einen **Sitz im Ausschuss für Krankenhausplanung**. Damit ist sie den bislang unmittelbar Beteiligten bei der Landeskrankenhausplanung gleichgestellt.

Auch in diesem Jahr beteiligt sich die LPK RLP wieder an verschiedenen Veranstaltungen bzw. richtet diese selbst aus:

- Am 21. April lädt die LPK RLP in Kooperation mit der KV RLP zu einer **Informationsveranstaltung** mit dem Titel „eGK, eHBA, Safenet, Smartcard und Co – Orientierung im digitalen Dschungel“ nach Trier ein. Im PTJ kommentiert die Kammer: „Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) und der zugehörige Heilberufsausweis (eHBA) sind eine gesetzlich beschlossene Sache und werden kommen...“. Herausgegeben wird der eHBA tatsächlich im Jahr 2021.
- Die LPK RLP beteiligt sich am 6. Oktober 2010 zum zweiten Mal an einem **Parlamentarischen Abend in der Staatskanzlei** in Mainz. Unter dem Motto: „Gesundes Rheinland-Pfalz. Die LZG und ihre Partnerinnen und Partner“ soll den anwesenden Landtagsabgeordneten und Besucher*innen des Parlamentarischen Abends die vielen Facetten der Gesundheitsförderung im Land vorgestellt werden. Die LPK RLP hat einen Stand aufgebaut, an dem sie den Abgeordneten im persönlichen Gespräch einen besseren Einblick in die Anwendungsgebiete der Psychotherapie geben möchte.
- Anlässlich des „**Tag der seelischen Gesundheit**“ lädt die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz interessierte Bürger zu einer Veranstaltung ein, die sich den Möglichkeiten der psychologischen Schmerztherapie widmet.
- Bei der **LPK-Fachtagung** mit anschließendem Herbstfest stehen diesmal unter dem Titel „Damit

Psychotherapeuten heil bleiben – Psychohygiene als professionelle Aufgabe“ die Psychotherapeut*innen selbst im Fokus der Aufmerksamkeit.

- Am 6. November beschließt die Vertreterversamm-

lung einstimmig, die **Systemische Therapie** in die Weiterbildungsordnung aufzunehmen. Sie ist damit **die erste Kammer, in der eine solche Weiterbildung für PP/KJP möglich wird.**

Ende des Jahres 2010 ist die Mitgliederzahl der Landespsychotherapeutenkammer bereits auf 1500 Mitglieder angestiegen! Seit der Gründung hat sie also bereits mehr als **500 Mitglieder** hinzugewonnen.



LPK-Fachtagung 2010: „Psychohygiene als professionelle Aufgabe“



2011

Anfang des Jahres werden mit der **Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes (LKG)** in Rheinland-Pfalz die Psychologischen Psychotherapeut*innen und die Kinder- und JugendlichenPsychotherapeut*innen auch im stationären Bereich gleichrangig mit den Ärzt*innen gestellt. Mit dieser Anpassung hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland die seit in Kraft treten des PsychThG (1999) veränderte berufsrechtliche Landschaft berücksichtigt.

Die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Malu Dreyer lädt den Kammervorstand zu einem Gespräch am 11. März ein, in dem die Ursachen für die unbefriedigende Situation in der **ambulanten Versorgung** psychisch kranker Menschen in Rheinland-Pfalz thematisiert werden. Im Nachgang wird eine große Offenheit für die Anliegen der Psychotherapeutenchaft festgestellt. Frau Dreyer sagt zu, die zur Verfügung gestellten Daten und Lösungsvorschläge gründlich zu prüfen und sich in den entsprechenden Bund-Länder-Kommissionen für eine

angemessene Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse für die psychotherapeutische Versorgung in der Strukturplanung einzusetzen. Das Thema Bedarfsplanung und Versorgungsstruktur dominiert auch die Vertreterversammlung im April.

Im April 2011 findet eine Besprechung mit der Ärztekammer, der Zahnärztekammer und der Apothekerkammer zur Verfahrensordnung zur Feststellung der **Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes für die Erteilung der Approbation und Berufserlaubnis** an Angehörige der Heilberufe statt. Erforderlich geworden ist dies als Konsequenz aus der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie. Künftig sind die Kammern zuständig für die Durchführung verschiedener Prüfungen, um ausreichende Deutschkenntnisse und die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse festzustellen. Für das Jahr 2011 ist auch eine **Novellierung des Heilberufsgesetzes (HeilBG)** geplant. Die Landespsychotherapeutenkammer macht Vorschläge und erläutert Änderungsbedarfe aus Kammersicht.

Kammermitglied **Hans-Jochen Weidhaas** wird zum **Vorsitzenden der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV)** gewählt. Kammerpräsident Kappauf erinnert bei diesem Anlass daran, dass die Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen erst vor 12 Jahren in die vertragsärztlichen Strukturen integriert worden sind. Umso erfreulicher – und wichtiger – ist es, dass nun das oberste Beschlussorgan der KBV von einem Psychologischen Psychotherapeuten geleitet wird.

Die **LPK-Fachtagung** mit anschließendem Herbstfest steht in diesem Jahr unter der Überschrift „Psychotherapie: Alles Beziehung oder was?“. Vier Referent*innen beleuchten unterschiedliche Aspekte des Themas; die Moderation der Veranstaltung übernimmt Dr. Andrea Benecke.



LPK-Fachtagung 2011: „Psychotherapie: Alles Beziehung oder was?“

Am 5. November beschließt die Vertreterversammlung eine Erweiterung der Weiterbildungsordnung um die Zusatzbezeichnung **„Rechtspsychologischer Sachverständiger“**, außerdem eine Vereinfachung

und Ergänzung der Fortbildungsordnung sowie Ergänzungen zu Gebührenordnung und Berufsordnung. Zum Jahreswechsel 2011/12 finden **Wahlen zur Vertreterversammlung** der Kammer statt.

3. Amtsperiode

In der 3. Amtsperiode werden folgende Personen in die Kammergremien gewählt:



Präsident
Alfred Kappauf



Vizepräsidentin
Dr. Andrea Benecke

Beisitzer*innen im Vorstand

Giesela Borgmann-Schäfer, Dr. Udo Porsch, Peter Andreas Staub

Vertreterversammlung

Dr. Birgit Albs-Fichtenberg, Michael Behrens,
Dr. Andrea Benecke, Dieter Best, Gisela
Borgmann-Schäfer, Dr. Hans-Peter Brenner,
Hans-Peter Brettle, Jutta Enggruber, Susanne Janz,
Heike Jockisch, Marita Kaiser-Klute,
Jürgen Kammler-Kaerlein, Alfred Kappauf,
Manfred Kießling, Marianne Konrath-Jalbert,
Till Koppe, Sabine Maur, Bernhard Murk,
PD Dr. Udo Porsch, Dr. Robert Rohmfeld, Gisela Rohrer,
Dr. Sigrid Schiller, Dr. Dietmar Schmeiser,
Hans-Joachim Sinzig, Peter Andreas Staub,
Hans Jochen Weidhaas, Helga Zumpf

Ausschuss für Aus- und Weiterbildung

Michael Behrens, Dr. Heiko Hölzel, Susanne Janz,
Dr. Ulrike Löw, Sabine Maur, Dr. Paul Nilges

Ausschuss für die besonderen Belange der Angestellten

Dr. Birgit Albs-Fichtenberg, Heike Jokisch,
Jürgen Kammler-Kaerlein, Dr. Robert Rohmfeld,
Prof. Dr. Sebastian Murken

Ausschuss Berufsordnung und Ethik

Arne Bürger, Till Koppe, Dr. Sigrid Schiller

Ausschuss Finanzen und Beitragsordnung

Hans-Peter Brettle, Prof. Dr. Sebastian Murken,
Walter Roscher, Andreas Stamm, Dr. Sigrid Schiller

Ausschuss für Fortbildung und Qualitätssicherung

Marianne Konrath-Jalbert, Kristina Nehls, Inge Ruckes

Schlichtungsausschuss

Anette Imann-Steinhauer, Dr. Karoline Weiland-Heil,
Monika Zindorf, Sabine Strüder

Gemeinsamer Beirat mit der Landesärztekammer

Stefanie Keßeler-Scheler, Annette Morawietz-Schäfer,
Dr. Dietmar Schmeiser, Dr. Claudia Subic-Wrana,
Prof. Dr. Sebastian Murken

Delegierte Deutscher Psychotherapeutentag

Dr. Albs-Fichtenberg, Dr. Andrea Benecke, Dieter Best,
Alfred Kappauf, Peter Andreas Staub, Sabine Maur

Delegierte Psychotherapeutenversorgungswerk

Engelbert Achten, Christine Jost, Reinhard Kohl,
Dr. Nadine Schuster

Vorstandsbeauftragte

Sabine Maur (KJP, Veranstaltungen und
Öffentlichkeitsarbeit), Christoph Schmitt (Forensik),
Hilde Fischer-Lange (Forensik),
Dr. Birgit Albs (Landeskrankenhausplan)



Jahresempfang der Wirtschaft 2012





Feierlichkeiten zum 10-jährigen Jubiläum der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

10 Jahre LPK RLP



Am 28. Januar 2012 wird das **10-jährige Bestehen der LPK RLP** mit einem stimmungsvollen Festakt in der Staatskanzlei zu Mainz gewürdigt. Unter der **Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Kurt Beck** und im Beisein zahlreicher Gäste aus der Politik und dem Gesundheitswesen werden die Anfänge und die Entwicklung der berufsständischen Körperschaft resümiert. Alle Kammermitglieder sind herzlich eingeladen, diesen Tag mitzufeiern. **Staatsministerin Malu Dreyer** hält eine Rede auf die LPK RLP und berichtet aus der mühseligen Phase des Entwurfes eines Psychotherapeutengesetzes als Voraussetzung zur Kammergründung. Mittlerweile stehe die Landespsychotherapeutenkammer als anerkanntes Mitglied der "großen Familie" im Gesundheitsbereich gut da, attestiert Frau Dreyer und beschreibt die Kammer als frisch, ideenreich, von großer Fachlichkeit

geprägt, kommunikativ und lösungsorientiert. **Kammerpräsident Alfred Kappauf** hebt in seinem Grußwort die günstigen Rahmenbedingungen für den Start und den weiteren Aufbau der Landespsychotherapeutenkammer hervor. Die ministerielle und behördliche Unterstützung für die Kammer und ihre Anliegen sei stets verlässlich gegeben. **Prof. Dr. Rainer Richter**, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer bescheinigt der Landespsychotherapeutenkammer in seinem Redebeitrag eine konsequent offensive Politik: Sie besetze Themen selbst und gestalte sie proaktiv, wodurch sich die Kammer nicht nur nach innen Respekt und Gehör verschaffe, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus als Impulsgeber Vorreiterfunktion übernehme, beispielsweise im Bereich der Weiterbildung. Moderiert wird die Jubiläumsveranstaltung von Hans-Jochen Weidhaas.

Am 17. März 2012 findet die **Vertreterversammlung** statt: zunächst die letzte der vergangenen Wahlperiode, im Anschluss daran die erste nach den Neuwahlen zum Jahreswechsel 2011/12. Lediglich ein Teil der Akteure wechselt zwischen der ersten und der zweiten Veranstaltung. Der **neugewählte Vorstand** der 3. Wahlperiode besteht aus Alfred Kappauf, Dr. Andrea Benecke, Gisela Borgmann-Schäfer, Peter Andreas Staub und Dr. Udo Porsch. Herr Kappauf wird erneut zum Präsidenten und Frau Dr. Benecke zur Vizepräsidentin gewählt.

Seit dem 01. Januar 2012 hat die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz einen **Sitz mit Stimmrecht im Landeskrankenhausausschuss RLP**, der im Auftrag des Vorstandes von Frau Dr. Albs-Fichtenberg wahrgenommen wird. Der Ausschuss wird geleitet vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie; in ihm sind die unterschiedlichen Kammern im Gesundheitswesen vertreten, die Krankenkassen, die deutsche Krankenhausgesellschaft sowie die verschiedenen

Krankenhausträger, um Fragestellungen im Bereich der stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung gemeinsam zu diskutieren und ein Meinungsbild zu entwickeln. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der LPK RLP in diesem Ausschuss stand und steht die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Die **Neuropsychologische Therapie** wird in die Richtlinie „Methoden vertragsärztliche Versorgung“ aufgenommen. Die Änderung der Richtlinie tritt am 23. Februar in Kraft. Personen, die eine entsprechende Qualifikation nachweisen können, dürfen nun mit den Krankenkassen abrechnen. Die neuropsychologische Behandlung ist nun eine Regelleistung der GKV im ambulanten Bereich, die von den Behandler*innen nur angekündigt werden muss. Eine Genehmigung der Leistung ist nicht erforderlich. Es ist das erste Mal, dass eine psychotherapeutische Methode in den Regelleistungskatalog der GKV aufgenommen wurde.



Der neue Vorstand v. l. n. r.:
Dr. Udo Porsch, Peter Andreas Staub, Gisela Borgmann-Schäfer, Dr. Andrea Benecke und Alfred Kappauf

Am 20. April 2012 wird - nach fast auf den Tag genau zehn Jahren ihrer Tätigkeit als Geschäftsführerin für die Landespsychotherapeutenkammer - Frau Birgit Heinrich feierlich aus ihrem Dienstverhältnis verabschiedet. Herr

Harmut Gerlach wird kommissarischer Geschäftsführer. Aufgrund der noch unbesetzten Geschäftsführer*innenstelle findet die Fachtagung mit Herbstfest in diesem Jahr nicht statt.



Verabschiedung von Birgit Heinrich



In der Vertreterversammlung am 27. Oktober wird **Frau Dr. Rössler** als **neue Geschäftsführerin der Kammer** begrüßt, Herr Gerlach wird aus seiner Funktion als kommissarischer Geschäftsführer entbunden. Herr Weidhaas wird aus der Vertreterversammlung verabschiedet, der er seit der Kammergründung angehörte, und für seine kammerpolitischen Verdienste geehrt. Der Arbeitsschwerpunkt im weiteren Sitzungsverlauf lag auf der Überarbeitung der Satzungen der Kammer. Die neue Beitragsordnung wird beschlossen. Ein Regelbeitrag in Höhe von 540 Euro für jedes Mitglied und gestaffelte Beiträge für geringe Einkommen werden festgelegt. **Dieser Regelbeitrag gilt ohne Erhöhung zehn Jahre lang.**



Alfred Kappauf ehrt Hans-Jochen Weidhaas

Die Landespsychotherapeutenkammer freut sich, gemeinsam mit den anderen elf gastgebenden Kammern des **Jahresempfangs der Wirtschaft** sowie den ca. 5.000

Teilnehmenden in diesem Jahr erneut Bundeskanzlerin Angela Merkel als Hauptrednerin begrüßen zu dürfen.



Jahresempfang der Wirtschaft 2013 mit Dr. Angela Merkel

Am 16. Januar ist der LPK-Präsident zur Abschiedsserenade von Kurt Beck eingeladen, ebenso zum Empfang der **neuen Ministerpräsidentin Malu Dreyer** am 25. Januar. Der bisherige SPD-Landesgeschäftsführer **Alexander Schweitzer** wird **neuer Gesundheitsminister**. Das Präsidium der Landespsychotherapeutenkammer ist am 21. März zu einem Antrittsgespräch eingeladen, an dem auch der neue Staatssekretär David Langner teilnimmt. Inhaltlich und atmosphärisch verläuft das Gespräch sehr gut und festigt die Erwartung, dass die bisherige gute Kooperation auch vom neuen Minister fortgesetzt wird.

mit vielen Delegierten des DPT sowie den Präsidenten der Landeskammern ist auch der **Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr** anwesend.

Auf der Tagesordnung der **Vertreterversammlung** am 13. April 2013 stehen unter anderem die Neuwahl des Schlichtungsausschusses, Änderungsanträge zur Hauptsatzung (mit dem Ziel, eine Haushalts- und Kasernenordnung entwickeln zu können) und die Reform der Psychotherapeutenausbildung. Es wird eine Resolution verabschiedet, in der eine umgehende Reform der Psychotherapeutenausbildung gefordert wird.



Dr. Andrea Benecke, Alfred Kappauf und Sabine Maur bei der Festveranstaltung im Reichstagsgebäude anlässlich des 10-jährigen BPtK-Jubiläums

Im Vorfeld des 22. Deutschen Psychotherapeutentages (DPT) im April 2013 feiert die Bundespsychotherapeutenkammer ihr **10-jähriges Bestehen**. Bei der festlichen Veranstaltung unter der Kuppel des Reichstags am 18. April

Die **neue Geschäftsführerin** Frau Dr. Rössler teilt bereits nach einigen Wochen überraschend mit, die Kammer zugunsten einer lange angestrebten Stelle in ihrer Heimatstadt Berlin wieder verlassen zu wollen. Herr Gerlach wird erneut als kommissarischer Geschäftsführer eingesetzt, bis im Sommer Frau **Petra Regelin** die Stelle

als Geschäftsführerin antritt. **Sie wird die Kammergeschäftsstelle und die politische Arbeit der Kammer in den nächsten Jahren entscheidend weiterentwickeln.**



Die neue Geschäftsführerin Petra Regelin

Die LPK RLP ist mit ihrer neuen Geschäftsführerin Petra Regelin nunmehr im **Expertenforum Demenz** des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Demografie des Landes vertreten. Dort sollen in verschiedenen Arbeitsgruppen Empfehlungen für eine vernetzte medizinische und pflegerische Versorgung, Beratung und Unterstützung von an Demenz erkrankten Menschen und ihren Familien in Rheinland-Pfalz erarbeitet werden.

Die Neufassung der am 1. Januar verabschiedeten **Bedarfsplanungs-Richtlinie** tritt am 1. Juli in Kraft. Die Bundespsychotherapeutenkammer konnte noch Korrekturen bei einigen für Psychotherapeut*innen nachteiligen Berechnungsfehlern erreichen, so dass schließlich bundesweit ca. 1.375 neue Sitze für Psychologische Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichen-

psychotherapeut*innen ausgeschrieben werden können. Für Rheinland-Pfalz bedeutete das 73 neue Sitze, davon 16 fest für die KJP reserviert.

Auch in diesem Jahr finden wieder verschiedene Veranstaltungen und politische Gespräche statt:

- Am 28. September 2013 findet die **LPK-Fachtagung** unter dem Titel „Schöne neue Welt? Krankheit und Behandlung im Wandel der Zeit“ statt. Es geht erstmals um die Zusammenhänge zwischen Psychotherapie und Digitalisierung.
- Im Oktober lädt der Vorstand der Landespsychotherapeutenkammer Vertreter*innen des rheinland-pfälzischen Gesundheitsministeriums, der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung zu einer **gesundheitpolitischen Gesprächsrunde** ein, um darüber zu diskutieren, wie die ambulante psychotherapeutische Versorgung verbessert werden kann.
- Am 2. Oktober trifft sich der LPK-Vorstand zum ersten Mal mit den rheinland-pfälzischen Psychotherapie-Fach- und Berufsverbänden zu einem **Round-Table-Gespräch**. Ziel des Treffens ist es, einen Austausch zwischen dem LPK-Vorstand und den Berufs- und Fachverbänden zu wichtigen gesundheits- und berufspolitischen Fragestellungen zu ermöglichen.



LPK-Fachtagung 2013: „Krankheit und Behandlung im Wandel der Zeit“

Unter dem Motto „**LPK trifft Gesundheitspolitik**“ lädt die LPK RLP am 18. März 2014 zum ersten Mal zu einem politischen Abend ein und erprobt damit ein neues Veranstaltungsformat. Ziel ist es, an diesem Abend den Berufsstand der Psychotherapeut*innen mit den wichtigsten rheinland-pfälzischen Gesundheitspolitiker*innen sowie mit Funktionsträger*innen und Entscheider*innen ins Gespräch zu bringen. Die Veranstaltung findet großen Anklang: Mehr als 100 Gäste nehmen die Einladung an, darunter **20 Landtagsabgeordnete**, der Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, die Präsidentin des Landesverwaltungsgerichtes, der

Geschäftsführer der Landeszentrale für Gesundheitsförderung sowie mehrere Abteilungsleiter*innen und viele Referatsleiter*innen der rheinland-pfälzischen Ministerien. **Gesundheitsminister Alexander Schweitzer** würdigt in seiner Begrüßungsrede die Landespsychotherapeutenkammer als anerkannten und geschätzten Gesprächspartner. Die Veranstaltung macht deutlich, dass die Landespsychotherapeutenkammer nun in der Mitte der gesundheitspolitischen Akteure angekommen ist. Auch der **Landtagspräsident Joachim Mertens** spricht ein Grußwort. Die Veranstaltung wird sowohl von den beteiligten Politiker*innen und den Abteilungs- und Referatsleiter*innen der Ministerien als auch von den teilnehmenden Kolleg*innen als sehr erfolgreich und zielführend erlebt. **Der LPK RLP gelingt es, die wichtigsten berufs- und gesundheitspolitischen Botschaften zu platzieren. Der erfolgreiche Dialog zwischen Kammer und Politik wird in den Folgejahren fortgesetzt: „LPK trifft Gesundheitspolitik“ wird eine Konstante im Veranstaltungsprogramm der LPK RLP.**



„LPK trifft Gesundheitspolitik“

In den beiden Vertreterversammlungen 2014 (April und Oktober) wird eine Haushalts- und Kassenordnung beschlossen. Die **Vertreterversammlung** am 11. Oktober steht ganz im Zeichen zweier großer Themenbereiche: Zum einen wird das Kammergremium vom zuständigen Referatsleiter des rheinlandpfälzischen Gesundheitsministeriums, Dr. Jürgen Faltn, über die Auswirkungen des neuen rheinlandpfälzischen Heilberufsgesetzes auf die Kammermitglieder und die Arbeit der Kammer informiert. Darüber hinaus verabschiedet die Vertreterversammlung einstimmig eine Resolution zur Reform der Psychotherapeutenausbildung, in der sie die Politik auffordert, umgehend Schritte für eine umfassende Reform der Psychotherapeutenausbildung einzuleiten, die die zukünftige Sicherung, Verbesserung und Differenzierung der psychotherapeutischen Versorgung der Patient*innen und die Prävention von psychischen Erkrankungen zum Ziel hat. Außerdem wird der Haushaltsplan 2015 verabschiedet und der Regelbeitrag für 2015 festgelegt. Der **25. Deutsche Psychotherapeutentag** in München votiert ebenfalls mit einer eindrucksvollen Mehrheit für die Forderung an die Politik, die Reform der Psychotherapeutenausbildung als Direktausbildung einzuleiten.

Auch kammerintern finden zahlreiche wichtige Veranstaltungen und Aktivitäten statt:

- Am 21. Mai 2014 wird unter der Leitung von Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke eine **Klausurtagung zur psychotherapeutischen Weiterbildung** abgehalten. Eingeladen sind neben dem zuständigen Ausschuss die Vertreter*innen der Weiterbildungsstätten, die Weiterbildungsbefugten und die Mitglieder der Prüfungsausschüsse. Ziel der Veranstaltung ist es, mit den Akteur*innen der psychotherapeutischen Weiterbildung Veränderungen und Weiterentwicklungen der Weiterbildungsordnung zu diskutieren – insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Frühjahr 2015 eine neue Weiterbildungsordnung beschlossen werden muss. Frau Dr. Benecke berichtet über das neue rheinlandpfälzische Heilberufsgesetz, das aller Voraussicht nach zum 1. Januar 2015 in Kraft treten wird. Dort sind einige Neuerungen integriert, die auch Auswirkungen auf die Weiterbildung haben werden.
- Der Kammer-Ausschuss für besondere Belange der angestellt tätigen Psychotherapeuten lädt am 8. Mai alle

Leitenden Psychotherapeut*innen in das Sankt Franziska Stift nach Bad Kreuznach ein. Etwa 25 psychotherapeutische Führungskräfte folgen dieser Einladung zum ersten **Treffen der leitenden Angestellten** unter Federführung von Dr. Birgit Albs-Fichtenberg, Prof. Dr. Sebastian Murken und Alfred Kappauf. Die LPK RLP verfolgt mit dieser Veranstaltung das Ziel, eine Vernetzung der Teilnehmer*innen untereinander zu fördern, einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und gemeinsame Aktionen auf den Weg zu bringen.



Klausurtagung zur psychotherapeutischen Weiterbildung

Im Mai 2014 treffen sich der Präsident, die Vizepräsidentin und die Geschäftsführerin der LPK RLP mit den Mitgliedern des **Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** der CDU-Fraktion des rheinland-pfälzischen Landtags. Gesprächsziel ist es, den Vorsitzenden des Ausschusses, Dr. Peter Enders, und die CDU-Landtagsabgeordneten Hedi Thelen, Adolf Kessel, Michael Wäschenbach und Gabriele Wieland um Unterstützung bei gesundheits- und berufspolitischen Anliegen der Kammer auf Bundesebene zu bitten. Themen sind die psychotherapeutische Versorgungssituation im ambulanten Bereich, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Sowohl die Kammer als auch die Sozialpolitiker wollen sich weiterhin für eine Verbesserung der Versorgungssituation einsetzen.

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen im rheinland-pfälzischen Landtag einen Antrag mit dem Titel **„Gute Arbeit – Gesunde Arbeit: Prävention, betriebliches Gesundheitsmanagement und Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz im gesellschaftlichen Wandel“**. Kammerpräsident Alfred Kappauf wird vom Sozialpolitischen Ausschuss des Landtags sowohl

zu einer schriftlichen Stellungnahme zum Antrag aufgefordert als auch zur mündlichen Anhörung eingeladen.

Am 18. September 2014 findet im Sozialpolitischen Ausschuss des Landtags eine erste Anhörung zum neuen rheinland-pfälzischen **Heilberufsgesetz** statt, das am 01. Januar 2015 in Kraft treten soll. LPK-Präsident Alfred Kappauf nimmt auf Aufforderung des rheinlandpfälzischen Landtages mündlich und schriftlich Stellung. Zufrieden wird im Psychotherapeutenjournal kommentiert: „**Das Wort der LPK bekommt in der rheinlandpfälzischen Gesundheitspolitik ein zunehmend größeres Gewicht.**“ In der Stellungnahme befürwortet die LPK RLP prinzipiell die Novellierung des rheinlandpfälzischen Heilberufsgesetzes. Das neue Gesetz bringt Änderungen für die Kammer und für die LPK-Mitglieder mit sich: Insgesamt elf Satzungen und Ordnungen der LPK RLP müssen angepasst werden.

Gesundheitspolitische und fachliche Veranstaltungen 2014:

- Am 22. Februar führt das Institut für Qualitätssicherung forensischer Sachverständigentätigkeit in Kooperation mit der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz ein erstes **Symposium** durch. Beteiligt war auch die Landespsychotherapeutenkammer Hessen.
- Anlässlich des **40. Geburtstages der Landeszentrale für Gesundheitsförderung** in Rheinland-Pfalz am 14. Mai präsentiert die LPK RLP sich und die gesundheits- und berufspolitischen Belange der Psychotherapeut*innen in Rheinland-Pfalz mit einem Informationsstand.
- Am 27. September findet unter großer politischer und medialer Beachtung die **LPK-Fachtagung „Psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund: Möglichkeiten und Grenzen“** an der Universität in Mainz statt. Kooperationspartner ist das rheinlandpfälzische Ministerium für Integration, Familie, Kinder und Frauen. Die zuständige Integrationsministerin Irene Alt hat die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernommen. Die Presseresonanz zur Fachtagung ist groß.
- Zum **Tag der Seelischen Gesundheit** veranstalten die Stadt Mainz und der Landkreis Mainz-Bingen einen Aktionstag. In diesem Jahr steht am 15. Oktober in Ingelheim die Thematik „Leben mit Schizophrenie“

im Mittelpunkt des Fachtages. Die LPK RLP ist Kooperationspartner der Veranstaltung und präsentierte sich den vielen Besuchern mit einem Informationsstand. LPK-Präsident Alfred Kappauf hält einen Vortrag zur ambulanten psychotherapeutischen Versorgung von Menschen mit Schizophrenie.

- Am 15. November führt die Landespsychotherapeutenkammer zum ersten Mal eine Informationsveranstaltung für ihre Mitglieder zur **Abgabe und Übernahme von psychotherapeutischen Praxen** statt. Referenten sind Olaf Diederichs und Wolfgang Steidl. **Die erfolgreiche Veranstaltung wird in das jährliche Repertoire der Kammer aufgenommen und zukünftig noch viele Male wiederholt.**
- Ebenfalls im November veranstaltet die Landespsychotherapeutenkammer RLP in der Koblenzer Falckenstein-Kaserne in Kooperation mit der PTK Nordrhein-Westfalen, der PTK des Saarlandes und mit dem Kommando Sanitätsdienst der Bundeswehr die Veranstaltung „Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr – Dienst, Einsatz und Belastungen“. Die 250 verfügbaren Plätze sind sofort ausgebucht. LPK-Präsident Alfred Kappauf macht deutlich, dass die Kammer sich für eine bessere **psychotherapeutische Versorgung von Soldat*innen** einsetzt.



„Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr“

2015

Das Thema **Flüchtlinge** ist in diesem Jahr dominant und prägt auch die politische Arbeit der Landespsychotherapeutenkammer auf verschiedenen Ebenen. Alfred Kappauf schreibt dazu im Psychotherapeutenjournal 3/2015:

„In der frühzeitigen psychotherapeutischen Versorgung der Flüchtlinge sehen wir eine berufsethische Verpflichtung und stufen sie als einen wichtigen Baustein für weitere gelingende Integrationsschritte ein. Wir haben daher in den politischen Gremien zu diesem Thema immer wieder sensibilisiert. Gleichzeitig wurde die Psychotherapeutenchaft aufgefordert, sich regionalen Versorgungsnetzwerken – insbesondere im Umkreis von Erstaufnahmeeinrichtungen

gen – anzuschließen. Dazu wurden Fortbildungsangebote für unsere Mitglieder – auch zur Arbeit mit Sprachmittlern – angeboten. Die Schulung für die asylrechtlich relevante Begutachtung von reaktiven Traumastörungen wird im Januar 2016 stattfinden und auch für die oft selbst psychisch an ihre Grenzen kommenden ehrenamtlichen Helfer war die Kammer informations- und ratgebende Anlaufstelle.“

Im Februar dieses Jahres lädt die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, zum **Flüchtlingsgipfel** ein, zum **Pakt für Rheinland-Pfalz**. Neben dem Innenminister Roger Lewentz, Integrationsministerin Irene Alt, **Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler**, den jeweiligen Staatssekretären sowie einigen ausgewählten Fachleuten aus gesellschaftlich relevanten Organisationen, ist auch LPK-Präsident **Alfred Kappauf als einziger Vertreter der rheinland-pfälzischen Heilberufekammern** eingeladen. Er macht auf der Veranstaltung deutlich, dass für viele der Flüchtlinge Psychotherapie eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass berufliche und gesellschaftliche Integrationsmaßnahmen überhaupt gelingen können. Für die Wiederherstellung der Gesundheit der Betroffenen sei außerdem die Beschleunigung der Asylverfahren wichtig, um für die Flüchtlinge möglichst schnell wieder einen sicheren äußeren Rahmen herzustellen. Die Anregungen der LPK RLP werden vonseiten der Landesregierung aufgegriffen und sollen in einen Handlungsplan des Kabinetts einfließen.

Im Mai und im September finden zwei weitere Treffen des **Paktes für Rheinland-Pfalz** unter Leitung von Malu Dreyer statt. Diskutiert werden dort die aufgrund der schnell steigenden Flüchtlingszahlen erforderlichen Anpassungen der Maßnahmen, Pläne zur Aufnahme und Integration der Flüchtlinge, aber auch auftretende Schwierigkeiten.

Im Rahmen der **„Landeskonzferenz Flüchtlinge“** am 17. Juli treffen sich in Mainz über 400 Vertreter*innen von Kommunen, Verbänden und Engagierte in der Flüchtlingsbetreuung, um gemeinsam erfolgreiche Ansätze sowie Verbesserungsmöglichkeiten bei den bisherigen Initiativen zu erörtern. Kammerpräsident Alfred Kappauf moderiert gemeinsam mit der Abteilungsleiterin „Integration“ des Integrationsministeriums, Prof. Dr. K. Weiss das Forum „Gesundheit und psychosoziale Versorgung“.

Die Landespsychotherapeutenkammer bietet gemeinsam mit dem Ministerium für Integration und der Koordinierungsstelle für die Öffnung des Regelsystems insgesamt vier Veranstaltungen zur Thematik **„Psychotherapie mit traumatisierten Flüchtlingen“** an. Knapp 300 Mitglieder nehmen teil.

Die beiden Vertreterversammlungen der LPK RLP 2015 befassen sich mit folgenden Themen: Auf ihrer Sitzung am 18. April beschließt die Vertreterversammlung der LPK RLP eine **neue Fortbildungsordnung**. Außerdem wird in dieser Sitzung auch eine neue Berufsordnung beschlossen, welche aufgrund der Novellierung des Patientenrechtegesetzes und des HeilBG notwendig geworden ist. In der zweiten Vertreterversammlung des Jahres am 10. Oktober werden dann die Neufassungen der Hauptsatzung, der Beitrags-, der Melde-, Gebühren- und der Weiterbildungsordnung beschlossen. Die **neue Hauptsatzung** der LPK RLP tritt am 9. Dezember 2015 in Kraft.

Ein ganz besonderes Highlight bringt der Deutsche Psychotherapeutentag 2015: Am 25. April wird auf dem 26. Deutschen Psychotherapeutentag in Berlin Frau Dr. Andrea Benecke, Vizepräsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, als Beisitzerin in den **Vorstand der Bundespsychotherapeutenkammer** gewählt.



Der frisch gewählte Vorstand der Bundespsychotherapeutenkammer: Wolfgang Schreck, Dr. Andrea Benecke, Peter Lehndorfer, Dr. Michael Munz und Dr. Nikolaus Melcop

Auch in diesem Jahr werden eine Vielzahl von LPK-Veranstaltungen für Kammermitglieder durchgeführt:

- Am 19. Februar 2015 findet zum zweiten Mal eine **LPK-Konferenz leitender Psychotherapeut*innen** in RLP statt. Den Hauptvortrag hält Johannes Schopohl, juristischer Referent der Bundespsychotherapeutenkammer, zum Thema: „Leitungskompetenzen der Psychotherapeuten nutzen! Rechtliche Rahmenbedingungen verbessern!“ Die LPK RLP möchte darüber hinaus in

Zukunft weitere Serviceleistungen für angestellte Mitglieder anbieten.

- Die Kammer lädt am 10. Juni zum **ersten Tag der Angestellten** nach Mainz ein. Angeboten wird ein interessantes Programm mit fachspezifischen sowie berufsrechtlichen Themen sowie die Möglichkeit für Begegnung und Austausch unter den Kolleg*innen. Über hundert Mitglieder folgen der Einladung und nehmen das Angebot sehr positiv auf. Zukünftig sollen die angestellten Mitglieder der Kammer und ihre besonderen Belange verstärkt in den Fokus genommen werden. Der Tag der Angestellten wird nun regelmäßig stattfinden.
- Die diesjährige **LPK-Fachtagung mit Herbstfest** mit dem Thema „Psychotherapie in Grenzsituationen“ verzeichnet ca. 130 Teilnehmer*innen. **Staatssekretär David Langner spricht ein Grußwort.**
- Im Dezember laden Kammerpräsident Alfred Kappauf und Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke die Vertreter*innen der staatlich anerkannten Ausbildungsinstitute in Rheinland-Pfalz in die Kammergeschäftsstelle ein, um über den Planungsstand zur Reform der **Psychotherapeutenausbildung** zu informieren und gemeinsam darüber zu diskutieren.
- Im Dezember ist die Landespsychotherapeutenkammer Kooperationspartner beim Fachtag **„Depressionen bei älteren Menschen“**, den die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) und die Initiative Bündnisse gegen Depression in der Rheinhessenfachklinik Alzey veranstaltet. Kammerpräsident Alfred Kappauf hält einen Fachvortrag und diskutiert in der anschließenden Podiumsrunde mit **Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz**, Andreas Eichmann und Prof. Andreas Fellgiebel.

Fachtag Depression bei älteren Menschen, v.l.n.r.: Prof. Andreas Fellgiebel, Andreas Eichmann, Moderatorin Daniela Bublitz, Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Alfred Kappauf





Treffen leitende Psychotherapeut*innen:
Andreas Gilcher, Dr. Birgit Albs, Andreas Stamm



Fachtagung 2015: „Psychotherapie in Grenzsituationen“,
Präsident Alfred Kappauf mit Staatssekretär David Langner

Es finden zahlreiche berufs- und gesundheitspolitische Aktivitäten statt. Ein erster Höhepunkt in diesem Jahr ist die Veranstaltung „**LPK trifft Gesundheitspolitik**“ im März. Wie im Vorjahr ist die Veranstaltung sehr gut besucht und bietet die Gelegenheit zu einem Dialog auf

Augenhöhe mit zahlreichen Akteur*innen der Gesundheitspolitik und des Gesundheitswesens. **Die Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Landtagsvizepräsident Alfons Schnabel sprechen Grußworte.**

„LPK trifft Gesundheitspolitik“ 2015:
LPK-Vertreter*innen im Gespräch u.a. mit
Kathrin Anklam-Trapp und Julia Klöckner



Für den 12. März hat die LPK RLP gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz Richter*innen und Staatsanwält*innen eingeladen, um ihnen Informationen zur Auswahl von **Sachverständigen für Schuldfähigkeits-, Prognose- und Glaubwürdigkeitsgutachten** zu geben. Es wird über die Zusatzbezeichnung „Rechtspsychologischer Sachverständiger“ informiert, die die LPK RLP im Rahmen ihrer Weiterbildungsordnung vergibt.

Die LPK RLP erringt einen großen politischen Erfolg im Kontext der Reform des **Maßregelvollzugsgesetz**. Das Maßregelvollzugsgesetz ist ein Landesgesetz, das die Durchführung strafrechtlicher Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Erziehungsanstalt regelt. Da auch Psychotherapeut*innen in diesen Einrichtungen tätig sind, hat das Gesetz Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Durch schriftliche Stellungnahmen der Kammer und durch eine Anhörung des Kammerpräsidenten vor dem Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landtages im November konnten verschiedene Verbesserungen für die im Maßregelvollzug beschäftigten Psychotherapeut*innen erreicht werden. Wichtigster Erfolg ist, dass das reformierte Gesetz eine Übernahme von Führungs- und Leitungsfunktionen durch Psychotherapeut*innen in den Einrichtungen des Maßregelvollzugs zulässt.

Die LPK RLP initiiert das Projekt **„Der Depression Beine machen“**, das gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung, der Techniker Krankenkasse, der LAG Selbsthilfe, dem Zentrum für Empirische Pädagogische Forschung und dem Rhein Hessischen Turnerbund umgesetzt wird. Ziel des Projektes ist es, Menschen mit Depression ein niederschwelliges Aktivierungsangebot begleitend zur Psychotherapie anbieten zu können. An drei Modellstandorten in Mainz, Koblenz und Landau wird zunächst erprobt, ob es möglich ist, Menschen mit Depression zur Teilnahme an einer Laufgruppe zu motivieren und sie auch langfristig daran zu binden. Das Projekt wird evaluiert. An den drei Standorten wird die Laufgruppe jeweils gemeinsam von einer/einem Psychotherapeut*in und einer/einem Übungsleiter*in geleitet.

Als bundesweit erste Landespsychotherapeutenkammer trifft die LPK RLP eine Vereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung, gemäß der die Kammer künftig als Serviceleistung für ihre Mitglieder Zertifizierungen von EMDR-Bescheinigungen zur Vorlage bei der Kassenärztlichen Vereinigung vornimmt. Diese bescheinigen die Zusatzqualifikation **EMDR** als Methode der Therapie Posttraumatischer Belastungsstörungen bei Erwachsenen. Auf Grundlage der Bescheinigung können Mitglieder EMDR-Behandlungen im Rahmen einer Richtlinientherapie abrechnen.



Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Hans-Jochen Weidhaas und Alfred Kappauf

Am 7. August erhält der Psychotherapeut **Hans-Jochen Weidhaas**, der wesentlich an der Gründung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz beteiligt war, **auf Anregung des Kammerpräsidenten Alfred Kappauf und auf Vorschlag** der Ministerpräsidentin Malu Dreyer von Bundespräsident Dr. h.c. Joachim Gauck das **Verdienstkreuz am Bande** des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Überreicht wird die Auszeichnung durch die rheinland-pfälzische Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, **Sabine Bätzing-Lichtenthäler**. Neben dem Präsidenten der Landespsychotherapeutenkammer Alfred Kappauf, der Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke, Vorstandsmitglied Peter Andreas Staub und Geschäftsführerin Petra Regelin, gratuliert auch der Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Dr. Andreas Gassen.

Hans-Jochen Weidhaas wird ausgezeichnet, weil er sich seit über drei Jahrzehnten im Gesundheitswesen und in der Berufspolitik engagiert. Er hat intensiv an der Entstehung und Konzeption des Psychotherapeutengesetzes mitgewirkt. Sein Herzensanliegen war die Schaffung eines anerkannten geschützten Heilberufes. Die Ministerin verweist in ihrer Laudatio auf Weidhaas' Mitwirkung bei der Gründung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz und seine langjährige Mitgliedschaft in der Vertreterversammlung der Bundespsychotherapeutenkammer. Weiter hebt sie das Engagement von Weidhaas in der Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Bundesvereinigung hervor. Von 2005 bis 2011 war er deren stellvertretender Vorsitzender. Seit vier Jahren ist er der Vorsitzende der VV und damit der erste Psychologische Psychotherapeut in dieser Position.



Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande an Hans-Jochen Weidhaas (Mitte)

Das Jahr 2016 beginnt für die Landespsychotherapeutenkammer mit einem Schock: Am 1. Februar verstirbt völlig überraschend Kammerpräsident **Alfred Kappauf**.

NACHRUF

Wir trauern um den Präsidenten der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

Alfred Kappauf

* 01.12.1952 † 01.02.2016

Wir verlieren einen großartigen Präsidenten, der bei all seiner Bescheidenheit so viel für den Berufsstand der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in Rheinland-Pfalz und im gesamten Bundesgebiet erreicht hat.

Alfred Kappauf war ein wunderbarer, lebensbejahender Mensch und dabei immer wertschätzend anderen gegenüber. Er steckte voller Ideen und Lebensfreude, war energiegeladener und anpackender.

Die Psychotherapeuten in Rheinland-Pfalz verlieren einen sehr klugen, gesundheitspolitischen Denker und Strategen, dessen fachliche und politische Expertise überaus geschätzt wurde. Er hat innerhalb des Gesundheitswesens und in der Gesundheitspolitik wichtige Impulse gesetzt und dadurch maßgeblich dazu beigetragen, den Berufsstand der Psychotherapeuten stärker im Gesundheitssystem zu verankern.

Seine Ziele hat er noch nicht ganz erreicht, er hatte noch so viel vor.

Wir haben viel gearbeitet und dabei gemeinsam so gern gelacht. Wir vermissen ihn.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie.

Dr. Andrea Benecke, Peter Andreas Staub, PD Dr. Udo Porsch, Gisela Borgmann-Schäfer, Petra Regelin, die Mitglieder der Vertreterversammlung der Kammer und alle Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle der LPK RLP

Im Rahmen einer bewegenden großen **Gedenkfeier für den verstorbenen Kammerpräsidenten Alfred Kappauf** am 9. April verabschiedeten sich führende rheinland-pfälzische Gesundheitspolitiker*innen, Vertreter*innen von Krankenkassen und befreundeten rheinland-pfälzischen Kammern, Präsident*innen und Vizepräsident*innen der Psychotherapeutenkammern verschiedener Bundesländer, die Mitglieder der Vertreterversammlung, die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle und viele Weggefährter*innen und Kammermitglieder von ihm. **Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer nehmen an der Trauerfeier ebenso teil wie die Ehefrau und die Tochter des verstorbenen Präsidenten.** Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke berichtet vor deutlich mehr als 100 Teilnehmer*innen in ihrer bewegenden Einführungsrede in Ausschnitten aus dem beruflichen und dem privaten Leben von Alfred Kappauf. Er hat ein sehr engagiertes Leben geführt voller Einsatz für die Psychotherapeuten, für psychisch kranke Menschen und für bessere Lebensbedingungen für diejenigen, die selbst keine laute Stimme haben. Sein letztes zeitintensives Engagement galt der psychotherapeutischen Versorgung von Flüchtlin-

gen. „Alfred war das Gesicht, das Herz und der Verstand der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz. Dieses Herz ist nun stehengeblieben und zurück bleibt

eine große Leere“, so die Vizepräsidentin. Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die Alfred Kappauf noch aus ihrer Zeit als rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin gut kannte, hob in ihrer Gedenkrede vor allem die kooperative und kluge, immer freundliche und sehr verlässliche Persönlichkeit von Alfred Kappauf hervor. „Sein besonderer Umgang mit den Menschen öffnete auch in der Politik die Türen. Die gesundheits-, versorgungs- und berufspolitischen Interessen der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Rheinland-Pfalz waren deshalb bei ihm immer in den besten Händen“, so die Ministerpräsidentin. Dr. Dietrich Munz, der Präsident der Bun-

despsychotherapeutenkammer, machte deutlich, dass Alfred Kappauf die Gründung der Bundespsychotherapeutenkammer engagiert mitgestaltet und deren Gremienarbeit durch sein konstruktives Wirken geprägt hat. Dr. Peter Heinz, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, sprach offen davon, dass es langjährige Schwierigkeiten bei der Integration der Psychotherapeuten in die Struktur der Kassenärztlichen Vereinigung gegeben habe. Die Vertreter der Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer haben jedoch eine gute Wahl getroffen, als sie Alfred Kappauf zu ihrem Präsidenten machten. Denn Alfred Kappauf hatte Freude an Herausforderung, scheinbar unlösbare Probleme wurden von ihm angenommen und von allen Blickwinkeln durchleuchtet. „Wir entwickelten ein Gefühl füreinander und entdeckten die Gemeinsamkeit im Handeln für den Patienten“, so Dr. Heinz. Zum Abschluss der Gedenkfeier überreicht Frau Dr. Benecke gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle einen sehr umfangreichen Sammelband mit allen Beileidsbekundungen, die die Kammer zum Tode ihres Präsidenten erreicht haben, an die Familie von Alfred Kappauf.



Gedenkfeier für Alfred Kappauf



Frau Dr. Andrea Benecke übernimmt zunächst als Vizepräsidentin kommissarisch die Leitung des Vorstands der Kammer. Der Vorstand benennt zudem ab April 2016

Frau Sabine Maur als Vorstandsbeauftragte. Frau Maur unterstützt fortan den Vorstand in den Bereichen „KJP, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit“.

Bereits einen Monat nach der Gedenkfeier für Alfred Kappauf verstirbt ein weiteres ehemaliges Vorstandsmitglied der Landespsychotherapeutenkammer: **Gisela Borgmann-Schäfer** erliegt im Mai 2016 ihrer schweren Krankheit. Frau Borgmann-Schäfer war seit Herbst 2001 erste Präsidentin der neugegründeten Psychotherapeutenkammer Berlin, die sie mit aufgebaut hatte.



Im Jahr 2005 zog sie von Berlin nach Mainz und wurde 2012 Mitglied der Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz. Viele Jahre war sie Vorstandsbeauftragte für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und zuletzt auch Mitglied im Vorstand der Kammer. Im Nachruf der LPK auf die geschätzte Kollegin heißt es: *„Wir verlieren einen ungewöhnlich freundlichen, humorvollen und liebevollen Menschen. Sie ist mit ihrer überaus gewinnenden Art auf Menschen zugegangen und konnte sie schnell für sich einnehmen. Das gelang ihr nicht nur im privaten, sondern auch im beruflichen Bereich und hat sie zu einer beliebten, gefragten und erfolgreichen Psychotherapeutin gemacht.“*

Gisela Borgmann-Schäfer

Somit beginnt das Jahr 2016 als ein **Annus horribilis** für die LPK RLP. Die Trauer um die Vorstandskolleg*innen ist groß. Trotzdem muss die politische Arbeit weitergeführt werden.

Auch im Jahr 2016 beschäftigte sich die LPK RLP mit der Versorgung von geflüchteten Menschen: Im Januar bietet die Landespsychotherapeutenkammer in Kooperation mit dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz und der Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems eine Informationsveranstaltung für Mitglieder zur **Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren** an. Die Teilnehmer*innen der Veranstaltungen werden auf einer Gutachterliste eingetragen, die sowohl von der Kammer veröffentlicht wird als auch über das Integrationsministerium an das Bundesamt für Migration und

Flüchtlinge weitergeleitet wird. Außerdem werden die Teilnehmer*innen aufgefordert, sich bei den entsprechenden kommunalen Ausländerbehörden im Umfeld ihrer Praxis zu melden. Gemeinsam mit dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen und der Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems in Rheinland-Pfalz veranstaltet die Landespsychotherapeutenkammer am 6. April einen **Runden Tisch „Psychotherapie mit Flüchtlingen“**. Das Integrationsministerium unterstützt die Veranstaltung finanziell. Ziel des Treffens, das von Dr. Andrea Benecke geleitet wird, ist es, allen Psychotherapeut*innen, die in Rheinland-Pfalz Erfahrungen mit der Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen haben, einen Austausch zu ermöglichen. Darüber hinaus soll die Gründung regionaler Runder Tische initiiert werden. Vier regionale Runder Tische gründen sich in Folge der Veranstaltung.

Außerdem tagt mehrfach der **Arbeitskreis „Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen“** welcher vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie eingerichtet wurde. Dabei wird beispielsweise

ein Gesundheitspass entwickelt, der an die Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung ausgegeben und in dem die medizinische Versorgung dokumentiert wird bis die Flüchtlinge in der Regelversorgung angekommen sind.



Runder Tisch „Psychotherapie mit Flüchtlingen“, links: Dr. Andrea Benecke

Auch in diesem Jahr gibt es eine Reihe von wichtigen berufs- und gesundheitspolitischen Veranstaltungen der Kammer:

- Im Juni 2016 findet der **zweite Tag der Angestellten** in Mainz statt. Prof. Dr. Rainer Richter, ehemaliger Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer, hält den Eröffnungsvortrag. Er berichtete aus der Angestelltenbefragung der Bundespsychotherapeutenkammer. Das Fazit: Approbierte angestellte Psychotherapeut*innen sind formal und in Bezug auf ihre Vergütung noch nicht gemäß ihrer Fachkompetenz strukturell verankert. Es folgen drei Workshops zu Erfahrungen von angestellten Psychotherapeut*innen in verschiedenen Tätigkeitsfeldern.
- Die diesjährige **LPK-Fachtagung** mit Herbstfest steht unter dem Motto „**Gefühle fetzen – Psychotherapie im Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter**“. Im Mittelpunkt stehen die Schwierigkeiten und Herausforderungen der psychotherapeutischen Versorgung von Jugendlichen im Übergang zum Erwachsenenalter.
- Am 23. November laden die Landespsychotherapeutenkammer und ihre Projektpartner zur Abschlussveranstaltung des erfolgreichen Modellprojekts „**Der Depression Beine machen!**“ ein. Schirmherrin der Veranstaltung ist Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie,

die durch Dr. Julia Schwaben, die Referatsleiterin für Psychiatrische Versorgung, vertreten wird. Neben ihr stellten Dr. Andrea Benecke, Vizepräsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, Petra Regelin, Geschäftsführerin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, und Stefan Groh von der Techniker Krankenkasse ihre Perspektive auf das Modellprojekt dar. Das Projekt wird seit 2015 von der LPK RLP mit Unterstützung der Landeszentrale für Gesundheitsförderung und der Techniker Krankenkasse umgesetzt und dabei stetig evaluiert. An drei Standorten wurden unter Betreuung von Psychotherapeut*innen und Übungsleiter*innen Laufgruppen angeboten, die sehr gut angenommen wurden. Nun kann eine positive Bilanz gezogen werden: Die Befragungsergebnisse zeigten, dass die Teilnehmer*innen sich nach dem Laufen statistisch signifikant besser fühlten und fast alle berichteten, dass ihre Erwartungen an das Projekt erfüllt wurden. Die Landespsychotherapeutenkammer setzt sich dafür ein, dass die im Rahmen des Modellprojektes „Der Depression Beine machen“ etablierten Laufgruppen für Menschen mit Depression in den Vereinen zum Dauerangebot werden.

Die **Wahlen** zur 4. Amtsperiode der Vertreterversammlung werden am 17. November 2016 mit dem Schluss der Auszählung beendet. Dem war eine lange Planung vorausgegangen, zumal die Wahl mit den Vorbereitungen

für den anstehenden Umzug der Kammergeschäftsstelle koordiniert werden musste. Die konstituierende Sitzung und die Wahl des neuen Vorstands wird im neuen Jahr 2017 stattfinden.



Die Vertreterversammlung im Jahr 2016



LPK-Fachtagung 2016:
„Gefühle fetzen – Psychotherapie im Übergang vom
Jugend- ins Erwachsenenalter“



Der Wahlausschuss für die Kammerwahl 2016 v. l. n. r.:
Horst Kipphan, Horst Häuser (Wahlleiter), Dr. Bettina Kaufmann-Grebe,
Jan Schabbeck, Egon Halbleib und Manfred Kießling

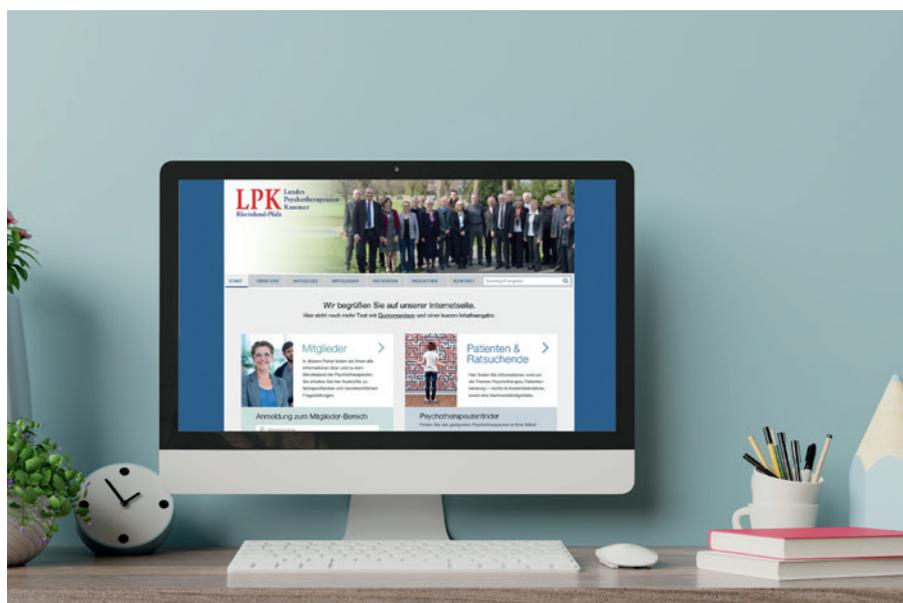
Am 12. und 13. Dezember zieht die Geschäftsstelle der Landespsychotherapeutenkammer um in die Innenstadt in unmittelbare Nähe des Landtags und der Ministerien, in die **Diether-von-Isenburg-Straße 9-11**. Im Vorfeld musste gemeinsam mit dem Vermieter die von der Kammer gewünschte Renovierung und Umgestaltung der

Räumlichkeiten organisiert werden, ebenso der Einbau einer W-Lan-Verkabelung unter Putz und die Planung und der Einbau einer Küche im Erdgeschoss. **Mit dem Umzug ins Regierungsviertel ist die Kammer im Herzen der Landeshauptstadt angekommen.**



Umzug der Geschäftsstelle

Die völlig neu gestaltete und strukturierte **Homepage** der LPK RLP geht 2016 online. Sie ist nun deutlich übersichtlicher und bietet mehr Service für die Mitglieder.



4. Amtsperiode

In der 4. Amtsperiode werden folgende Personen in die Kammergremien gewählt:



Präsident (bis Oktober 2018)
Peter Brettle



Präsidentin (ab Oktober 2018)
Sabine Maur



Vizepräsidentin
Dr. Andrea Benecke

Beisitzer*innen im Vorstand

Sabine Maur (bis Oktober 2018), Peter Andreas Staub, Ulrich Bestle (ab Oktober 2018)

Vertreterversammlung

Gisela Ahrens, Dr. Birgit Albs-Fichtenberg, Dr. Andrea Benecke, Dieter Best, Ulrich Bestle, Hans-Peter Brettle, Werner Dinkelbach, Andreas Gilcher, Rachel Hechler, Matthias Heidt, Anna-Sophie Herrmann, Heike Jockisch, Marianne Konrath-Jalbert, Till Koppe, Dr. Peter Kosarz, Sabine Maur, Prof. Dr. Sebastian Murken, Kristina Nehls, Dr. Paul Nilges, PD Dr. Udo Porsch, Marcus Rautenberg, Reinhard Ruthmann, Dr. Sigrid Schiller, Prof. Dr. Annette Schröder, Marion Schwarz, Peter Andreas Staub, PD Dr. Claudia Subic-Wrana, Hans-Jochen Weidhaas, Helga Zumpf

Ausschuss für Fortbildung und Qualitätssicherung

Heiko Hölzel, Margit Klein, Marcus Rautenberg

Ausschuss für Ausbildung und Weiterbildung

Dr. Marianne Konrath-Jalbert (vor konstituierender Sitzung ausgeschieden), Dr. Peter Kosarz, Prof. Dr. Annette Schröder, Prof. Dr. Seiffge-Krenke (ab Herbst 2017), PD Dr. Claudia Subic-Wrana, Antje Welscher (2020 ausgeschieden)

Ausschuss für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie

Florian Hammerle, Stephan Hannappel, Rachel Hechler, Matthias Heidt

Ausschuss Berufsordnung und Ethik

Gisela Ahrens, Till Koppe, Elisa-Maria Krebes

Ausschuss Finanzen und Beitragsordnung

Prof. Dr. Sebastian Murken, Walter Roscher, Dr. Sigrid Schiller, Andreas Stamm

Schlichtungsausschuss

Dr. Andrea Benecke, Peter Andreas Staub

Beirat gemäß § 4 (3) HeilBG

Sabine Maur, Dr. Andrea Benecke

Delegierte Deutscher Psychotherapeutentag

Peter Brettle, Sabine Maur, Dr. Paul Nilges, Dr. Andrea Benecke, Marcel Hünninghaus, Kristina Nehls

Delegierte Psychotherapeutenversorgungswerk

Engelbert Achten, Ruth Stenner, Sebastian Murken

Vorstandsbeauftragte

Dr. Birgit Albs (Landeskrankenhausplan), Dieter Best (Gebührenfragen), Dr. Andrea Dinger-Broda (Redaktionsbeirat PTJ), Matthias Heidt (Notfallpsychotherapie), Michael Ruch (Forensik)

2017

Der Beginn des Jahres 2017 ist durch wichtige neue Personalien gekennzeichnet: Bei ihrer konstituierenden Sitzung am 4. Februar wählt die im Herbst 2016 neu gewählte Vertreterversammlung der LPK RLP einen **neuen Kammervorstand**, die Mitglieder verschiedener Ausschüsse sowie die Delegierten zum Deutschen Psychotherapeutentag. Neuer Präsident der Kammer wird **Peter Brettle**. Er ist niedergelassener Psychologischer Psychotherapeut und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut aus Wittlich und seit vielen Jahren ehrenamtlich in Kammer und Kassenärztlicher Vereinigung Rheinland-Pfalz (KV RLP) aktiv. Vizepräsidentin bleibt Dr. Andrea Benecke, erste Beisitzerin wird Sabine Maur, zweiter Beisitzer Peter Andreas Staub.

Bereits am 21. Januar war der Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut Peter Andreas Staub, Mitglied des Vorstandes der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, von der Vertreterversammlung der KV RLP in den **Vorstand** der KV RLP gewählt worden. Peter Andreas Staub ist deutschlandweit der erste Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut, der in den Vorstand einer KV gewählt wird.



Der neue Vorstand v. l. n. r.: Sabine Maur, Peter Brettle, Peter Andreas Staub und Dr. Andrea Benecke

Erstmals hält die LPK RLP beim alljährlichen **Jahresempfang der Wirtschaft** im April 2017 die Rede im Namen der einladenden Kammern. Kammer-Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke hat diese Rede in ihrer Rolle als Interimspräsidentin nach dem Tod von Alfred Kappauf vorbereitet und spricht daher auf dem Jahresempfang in der vollbesetzten Rheingoldhalle; der drei Tage vorher gewählte neue Präsident Peter Brettle begleitet sie. In ihrer Rede

wirbt sie für mehr Akzeptanz von psychischen Erkrankungen: **„Eine starke Gesellschaft lässt auch Menschen, die zeitweise schwach sind, nicht fallen. In einer starken Gesellschaft müssen Menschen eine psychische Erkrankung vor ihrem Arbeitgeber nicht verheimlichen, sie können offen darüber mit ihren Kollegen und mit ihrem Chef sprechen.“** Außerdem thematisiert Frau Dr. Benecke die momentan schwierige Lage der berufsständischen Versorgungswerke. Einige Kammern treibe zudem die Sorge vor der Beschneidung der Selbstverwaltung und Freiberuflichkeit um. Auch die aktuelle politische Situation fand Eingang in Frau Dr. Beneckes Rede: Sie appellierte an alle Zuhörer, sich Populismus und der Verbreitung von „alternativen Fakten“ entgegenzustellen und für die Wahrheit einzutreten: **„Mühen wir uns um die Wahrheit, gerade wenn sie kompliziert ist. Sagen wir sie laut und werden wir dabei nicht müde.“**



Dr. Andrea Benecke am Rednerpult



Jahresempfang der Wirtschaft 2017

Im Juni werden die Wahl des neuen Vorstandes mit neuem Kammerpräsidenten und der Umzug in die neue Geschäftsstelle mit einem **großen Fest** gewürdigt. **Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler** spricht ein Grußwort. Neben der Gesundheitsministerin zählen unter anderem die Abgeordneten des Landtagsausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie zu den Gästen, außerdem die Präsidenten und Geschäftsführer der befreundeten rheinland-pfälzischen Kammern, die Präsident*innen der Psychotherapeutenkammern Hessen und Saarland, der komplette Vorstand der kasenärztlichen Vereinigung, Vertreter*innen der rheinlandpfälzischen Krankenkassen und der Approbationsbehörde. Der Vorstand der LPK RLP nutzt die Ge

legenheit, in dieser Runde zentrale Anliegen der rheinland-pfälzischen Psychotherapeutenchaft zur Sprache zu bringen. Sowohl in einem Vorgespräch zwischen der Gesundheitsministerin und den Vorstandsmitgliedern am Rande der Veranstaltung als auch in seinem Grußwort geht LPK-Präsident Peter Brettle auf die langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz ein und spricht die Mängel bei der leitliniengerechten Behandlung von psychischen Erkrankungen in rheinland-pfälzischen Kliniken an. Er thematisiert auch die Ausbildungsreform, das Erstzugangsrecht der Patient*innen zur Psychotherapeut*in sowie die Mängel in der psychotherapeutischen Versorgung von Flüchtlingen.



Einweihung der neuen Geschäftsstelle





Info-Veranstaltung Neue Psychotherapierichtlinie mit Dieter Best

Öffentlichkeitsarbeit sowie die **interne und externe Kommunikation** der LPK RLP nehmen in 2017 Fahrt auf:

Im Februar wird der erste elektronische **Newsletter** der Landespsychotherapeutenkammer verschickt. Er bündelt die wichtigsten Informationen der Homepage über Psychotherapie-relevante Themen sowie die Aktivitäten der Kammer und bereitet sie ansprechend für die Leser*innen auf. Fotos und kurze Einstiegstexte leiten die Leser zu den ausführlichen Meldungen auf die Homepage.

Zudem ist es nun möglich, sich für die LPK-Veranstaltungen online über die Homepage anzumelden. Dort sind zu jeder Veranstaltung eine kurze Inhaltsangabe, alle wichtigen Daten und ein Anmeldeformular hinterlegt.

Im März wagt die LPK den Sprung in die **sozialen Medien**. Sie richtet einen Facebook-Account ein und setzt ihren ersten Post ab. Im Mai folgt ein Twitter-Account der Kammer. **Damit ist die LPK RLP die erste Landespsychotherapeutenkammer, die auch in den sozialen Medien ihren Berufsstand präsentiert und ihre Mitglieder sowie die interessierte Öffentlichkeit informiert.**

Das Jahr bringt bedeutsame Neuerungen für die niedergelassenen Psychotherapeut*innen: Am 1. April 2017 tritt die **neue Psychotherapie-Richtlinie** in Kraft. Damit werden unter anderem die Sprechstunde und die Akuttherapie als neue Instrumente der Versorgung in Ergänzung zur Richtlinien-therapie installiert. Die Landespsychotherapeutenkammer veranstaltet eine große Informationsveranstaltung für ihre Mitglieder, um sie über die Neuerungen aufzuklären. Referent **Dieter Best** kann den aktuellen Stand der Verhandlungen zur neuen PT-Richtlinie aus erster Hand berichten, schließlich war er Vorsitzender des Beratenden Fachausschusses für Psychotherapie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung mit langjähriger Erfahrung in den Gremien der Selbstverwaltung und hat den Entstehungsprozess der Richtlinie über weite Strecken begleitet.

Der Vorstand der LPK RLP appelliert Ende September in einem Schreiben an die Vorstände der Krankenkassen in Rheinland-Pfalz und den GKV Spitzenverband, weiterhin den **Kostenerstattungsanspruch** der Versicherten nach § 13 Abs. 3 Satz 1 SGB V zu gewährleisten. Seit die neue Psychotherapierichtlinie in Kraft getreten ist, wird der unverändert fortbestehende Anspruch von den Krankenkassen vermehrt nicht anerkannt.

Auch um die Versorgung geflüchteter Menschen kümmert sich die LPK RLP in diesem Jahr wieder: Am 17. Mai veranstaltet die LPK RLP wie im Vorjahr in Kooperation mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (MFFJIV) und der Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems in Rheinland-Pfalz einen **Runden Tisch zum Thema „Psychotherapie mit Flüchtlingen“**. Wie in der Diskussion schnell deutlich wird, funktioniert die psychotherapeutische Versorgung der Flüchtlinge außerhalb der Psychosozialen Zentren nach wie vor nicht zufriedenstellend. Von einer Integration in die Regelversorgung kann keine Rede sein. LPK-Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke bilanziert, dass die genannten Probleme schon seit Langem bekannt seien, ohne dass Verbesserungen feststellbar seien.

Die LPK RLP wird Ende 2017 von der Koordinierungsstelle zur Interkulturellen Öffnung des Gesundheitswesens um Mithilfe gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) einen Fragebogen für Psychotherapeut*innen zu erstellen. Er soll die **psychotherapeutische Arbeit mit Geflüchteten** erfassen und aufzeigen, welche Probleme bestehen und wo Unterstützung nötig ist. Herr Ulrich Bestle und Frau Dr. Andrea Benecke sind für die Kammer an der Erstellung beteiligt. Die Umfrage erfolgte mit Unterstützung der Geschäftsstelle im Dezember 2017.



Runder Tisch „Psychotherapie mit Flüchtlingen“

Um berufsübergreifende Anliegen vereint anzugehen und abzustimmen, konstituiert sich am 16. August der neu formierte **Beirat gemäß § 4 (3) HeilBG von Landespsychotherapeutenkammer, Landespflegekammer und Landesärztekammer**. Er setzt sich zusammen aus

den jeweiligen Präsident*innen und Vizepräsident*innen der drei Kammern: Peter Brettle und Dr. Andrea Benecke von der LPK RLP, Dr. Günther Matheis und SR Dr. Michael Fink von der LÄK und Dr. Markus Mai und Sandra Postel von der Landespflegekammer. Auch Petra Regelin und ihre Geschäftsführerkollegen sind mit beratender Stimme vertreten. LPK RLP und Landesärztekammer RLP geben eine **gemeinsame Pressemitteilung** heraus, in der sie eine kritische Diskussion um das **Heilpraktikerwesen** fordern: *„Um einen ausreichenden Schutz der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten, müssen wir die Kompetenzen und den Umfang der Erlaubnis von Heilpraktikern zur Ausübung der Heilkunde innerhalb des Gesundheitswesens und der Gesundheitspolitik dringend kritisch diskutieren“*, heißt es in der Mitteilung. Beide Präsidenten warnen davor, die Möglichkeiten von Heilpraktiker*innen zu überschätzen. LPK-Präsident Peter Brettle spricht sich insbesondere für die Abschaffung der beschränkten Heilpraktikererlaubnis im Bereich der Psychotherapie aus. Die Pressemitteilung zieht ein breites Medienecho nach sich: **SWR Aktuell, Allgemeine Zeitung, aerzteblatt.de** und **Ärztezeitung** berichten.

Die LPK RLP konzipiert und organisiert 2017 eine Reihe von wichtigen berufs- und gesundheitspolitischen Veranstaltungen:

- Am 30. August veranstaltet die LPK RLP zum ersten Mal eine **Fachtagung speziell für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen**. Das Tagungsthema „Herausforderungen in der Kinder- und Jugendpsychotherapie“ lockt rund 120 Teilnehmer*innen nach Mainz. Die Schirmherrschaft hat die rheinland-pfälzische **Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler** übernommen. **Gesundheitsstaatssekretär David Langner** spricht ein Grußwort und bedankt sich bei der LPK RLP für die 15-jährige gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung.
- Nur wenige Wochen später findet erneut eine sehr gut besuchte LPK-Tagung statt: Die **große Fachtagung** am 23. September, die dieses Jahr unter dem Motto „Let’s talk about sex – Sexualität und Psychotherapie“ steht.
- Am 28. November veranstaltet die Landespsychotherapeutenkammer in Alzey gemeinsam mit dem Landeskrankenhaus RLP und der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG)

ein **Symposium** zum Thema „**Psychotherapie der Altersdepression**“ Auch ein Team von **SWR Aktuell** besucht die Veranstaltung und interviewt Frau Dr. Andrea Benecke.

- Am 2. Dezember findet der diesjährige Tag der Angestellten statt unter dem Motto „**Empowerment für angestellte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten**“. Den Hauptvortrag „**Psychotherapeuten in Führung bringen - Thesen zur Standortbestimmung und weiteren Entwicklung**“ hält die Psychologische Psychotherapeutin Christina Demmerle.



KJP-Fachtagung „Herausforderungen in der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie“



LPK-Fachtagung 2017: „Let's talk about sex“ mit Prof. Dr. Ellen T. M. Laan (🇳🇱) und Dr. Andrea Benecke

Tag der Angestellten mit Christina Demmerle

Am 28. Oktober 2017 tritt die **Vertreterversammlung** der LPK RLP in der Geschäftsstelle in Mainz zusammen und verabschiedet unter anderem zwei Resolutionen: Die erste Resolution thematisiert die Versorgung psychisch

kranker Kinder, Jugendlicher und Erwachsener in Rheinland-Pfalz, die zweite nimmt die angemessene Vergütung psychotherapeutischer Leistungen in den Fokus.

Prof. Dr. Wilma Funke und **Peter Missel** (†), beide Mitglieder der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, erhalten am 17. November 2017 den **Diotima-Ehrenpreis** der deutschen Psychotherapeutenchaft. Die deutsche Psychotherapeutenchaft ehrt damit in diesem Jahr Kolleg*innen, die sich für die Versorgung von Menschen mit Suchterkrankungen engagieren. „Suchterkrankungen und übermäßiger Substanzkonsum stellen ein bedeutendes epidemiologisches, sozial- und gesundheitspolitisches Problem dar. Den alarmierenden Zahlen stehen jedoch noch immer erhebliche Missstände in der Prävention und Behandlung entgegen. Hinzu kommt, dass Suchtkranke in besonderem Maß von Stigmatisierung betroffen sind“, so Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK). „Mit dem Diotima-Ehrenpreis werden dieses Jahr eine Kollegin und drei Kollegen ausgezeichnet, die sich in ihrer Berufslaufbahn auf verschiedene Weise dieser Patientengruppe gewidmet haben und maßgeblich dazu beigetragen haben, Psychotherapie in der Behandlung von Suchtkranken zu etablieren.“ **Prof. Dr. Wilma Funke** ist leitende Psychologin in den Kliniken Wied, 2010 wurde ihr der Professorentitel von der Katholischen Hochschule NRW

in Köln verliehen. Ihr beruflicher Weg ist geprägt sowohl durch ihre Tätigkeit in der Forschung als auch in der psychotherapeutischen Versorgung. Mit ihrem stetigen Engagement, beide Bereiche zu verbinden, hat sie Wesentliches erreicht, um Menschen mit Suchterkrankungen eine wissenschaftlich fundierte Versorgung anbieten zu können und zentralen Fragen der Versorgungspraxis wissenschaftlich nachzugehen. So hat sie nicht nur zu einem fruchtbaren Austausch zwischen Praxis und Forschung beigetragen, sondern auch immer wieder zur Vernetzung unterschiedlicher Versorgungsbereiche. **Peter Missel** war leitender Psychologe der Median Kliniken Daun - Am Rosenberg und Vorsitzender des Eifeler Verhaltenstherapie-Instituts. Seinem Engagement und politischen Weitblick ist es zu verdanken, dass die Entwöhnungsbehandlung für Suchtkranke ein wesentlicher Bestandteil des Suchthilfesystems in Deutschland wurde und im internationalen Vergleich einzigartig ist. Er hat sich langjährig dafür eingesetzt, Psychotherapie als wesentliches Behandlungsmittel in der Entwöhnung und Psychotherapeuten als wichtige Berufsgruppe in der Rehabilitation von Suchtkranken zu etablieren.



Diotima-Preisträger*innen Prof. Dr. Wilma Funke und Peter Missel (†)



v. l. n. r.: Dr. Andrea Benecke, Paul Nilges, Prof. Dr. Wilma Funke, Peter Brettle, Peter Missel (†), Peter Andreas Staub, Sabine Maur

2018

In diesem Jahr ergeben sich erneut bedeutsame Veränderungen an der Spitze der LPK RLP: Am 30. Juni tritt **Peter Brettle**, der Präsident der LPK RLP, von seinem Amt zurück. Zunächst übernimmt Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke für ein Vierteljahr die kommissarische Leitung der Kammer. Am 20. Oktober wählt die Vertreterversammlung einen **neuen Vorstand. Sabine Maur wird zur ersten Präsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz gewählt.** Sie ist Psychologische Psychotherapeutin und niedergelassen in Mainz mit einem Versorgungsauftrag für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie; seit 2012 ist sie in der Vertreterversammlung der LPK RLP sowie Delegierte des DPT. Dr. Andrea Benecke bleibt Vizepräsidentin, Peter Andreas Staub Beisitzer. Ulrich Bestle wird als Beisitzer neu hinzu gewählt. Die Vertreterversammlung wählt nicht nur neue Vorstandsmitglieder. Es werden außerdem Änderungen der Entschädigungsordnung und der Fortbildungsordnung beschlossen, zudem der Haushalt verabschiedet und der Regelbeitrag für 2019 festgelegt.

dergelassenen Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen/ Psychologischen Psychotherapeut*innen mit Kinder- und Jugendpsychiater*innen in Rheinland-Pfalz zu verbessern.



Gemeinsam für Kinder und Jugendliche: Sabine Maur, Dr. Gundolf Berg, Dr. Christel Werner, Peter Andreas Staub, Peter Brettle

Weitere gesundheits- und berufspolitische Veranstaltungen und Termine folgen:

- Am 18. April findet die Auftaktveranstaltung einer landesweiten Serie von Informationsveranstaltungen der Initiative **„Mit Sicherheit gut behandelt“** in Trier statt. Die Initiative ist ein Kooperationsprojekt der LPK RLP, des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz und der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz. Ziel der Initiative ist es, Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen bei der Umsetzung der Vorgaben zum Datenschutz im Praxisalltag zu unterstützen. Kernstück der Initiative ist die gemeinsame Website www.mit-sicherheit-gut-behandelt.de. Dort stehen zahlreiche Informationen, Handlungshilfen, Checklisten und Links bereit, die bei der Gewährleistung von IT Sicherheit und Datenschutz im Zusammenhang mit einem Praxisbetrieb von Bedeutung sind.
- Für den 12. Juni hat das rheinland-pfälzische Innenministerium die kommunalen Spitzenverbände in RLP, die AG der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz, den Landesfeuerwehrverband, das Kommissariat der Bischöfe in RLP, den Beauftragten der Evangelischen Kirchen und die LPK RLP zu einem Gespräch eingeladen. Thema ist die **Integration von Psychothera-**



Der neue Kammervorstand 2018 v. l. n. r.: Ulrich Bestle, Dr. Andrea Benecke, Sabine Maur und Peter Andreas Staub

Das Jahr beginnt mit einer besonderen und wichtigen interdisziplinären Veranstaltung: Am 27. Januar stellt die LPK RLP gemeinsam mit dem Berufsverband für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie in Deutschland e. V. (BKJPP), der Landesärztekammer RLP und der Kassenärztlichen Vereinigung RLP die Veranstaltung unter das Motto **„Gemeinsam eine bessere Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher schaffen!“**. Ziel ist es, zum Wohl psychisch kranker Kinder und Jugendlicher die Kooperation zwischen nie-

peut*innen in die Psychosoziale Notfallversorgung in Rheinland-Pfalz. Die LPK RLP ist vertreten durch Vorstandsmitglied Sabine Maur, den Vorstandsbeauftragten für Notfallpsychotherapie Matthias Heidt und die Geschäftsführerin Petra Regelin.

- Am 21. Juni kommen außerdem auf Einladung der LPK RLP verschiedene gesundheitspolitische Akteure in Mainz zusammen, um sich über das Thema „Mehr Psychotherapie in der Psychiatrie“ auszutauschen. Im Rahmen der jährlichen Veranstaltung **„LPK trifft Gesundheitspolitik“** wird über die leitliniengerechte stationäre Versorgung von psychisch Kranken in Rheinland-Pfalz gesprochen. Unter anderem diskutieren Frau Dr. Julia Schwaben, Leiterin des Referats Psychiatrie des MSAGD, Dr. Gerald Gaß, Geschäftsführer des Landeskrankenhauses, Frau Dr. Christina Tophoven, Geschäftsführerin der Bundespsychotherapeutenkammer und Dr. Andrea Benecke über die Forderungen an die Politik, die psychotherapeutische Versorgung von psychisch Kranken im Krankenhaus zu verbessern. Gesundheitspolitiker*innen der verschiedenen Landtagsfraktionen, Leiter*innen von Kliniken, Vertreter*innen der Krankenkassen und der anderen Heilberufekammern folgen der Einladung.



„LPK trifft Gesundheitspolitik“ 2018:
Peter Brettle und Katharina Binz (heute Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz)



LPK-Fachtagung 2018 „Sucht macht Lust zur Last“:
Dr. Andrea Benecke verleiht Weiterbildungstitel an Sitta Pfeiffer und Alena-Lynn Klostermann

- Das Thema der diesjährigen **Fachtagung** der LPK RLP „Sucht macht Lust zur Last – Wie Psychotherapie helfen kann“ stößt auf reges Interesse. Die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler hat die Schirmherrschaft übernommen und Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm spricht ein Grußwort. Auch der SWR ist mit einem Kamerateam auf der Fachtagung vertreten und berichtet über die Tagung. Erstmals werden im Rahmen der Fachtagung Urkunden über neu erworbene **Weiterbildungstitel** an die diesjährigen Absolventinnen überreicht.
- Am 25. Oktober findet in Mainz eine Informationsveranstaltung der Initiative **„Mit Sicherheit gut behandelt“** für Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen über die Auswirkungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) statt. Es werden die zahlreichen Service- und Hilfsangebote der Initiative „Mit Sicherheit gut behandelt“ und der Kammern für ihre Mitglieder vorgestellt. So hat die LPK RLP nicht nur eine Telefon-Sprechstunde zum Thema „Datenschutz“ mit der Datenschutzbeauftragten eingeführt und einen Sondernewsletter zu diesem Thema an ihre Mitglieder verschickt, sondern auch eine neue Rubrik „Datenschutz“ auf der Homepage eingerichtet, dort FAQs zum Datenschutz aufgelistet und zahlreiche Informationen und Muster bereitgestellt.
- Am 9. November findet zum vierten Mal der **„Tag der Angestellten“** statt, der diesmal unter der Überschrift „Jugend. Alter. Migration. Treatment as usual?“ steht.

Dr. Andrea Benecke und
Dr. Julia Schwaben



Dr. Gerald Gaß



v. l. n. r.: Jürgen Mazat, Andreas Gilcher, Dr. Gerald Gaß, Dr. Christina Tophoven, Dr. Julia Schwaben, Dr. Andrea Benecke



Dr. Christina Tophoven

Im Februar 2018 führt die LPK RLP unter ihren Mitgliedern eine Umfrage zum Thema **Kostenerstattung** durch. Die Bewilligung von Kostenerstattung für Psychotherapie durch die Krankenkassen hat sich im letzten halben Jahr bei 86 % der Praxen in Rheinland-Pfalz verschlechtert bzw. deutlich verschlechtert trotz weiterhin bestehender gesetzlicher Verpflichtung der Krankenkassen zur Kostenübernahme. Die Kammer veranstaltet zu dieser Problematik am 8. März einen Runden Tisch unter dem Motto „**Quo Vadis Privatpraxis?**“, um sich über die Zukunft der Kostenerstattung auszutauschen. Das Mittel der Mitgliederumfrage wird die LPK RLP in Zukunft mehrfach nutzen.

Die Studie „**Wartezeiten 2018**“ der Bundespsychotherapeutenkammer erscheint ein Jahr nach der Reform der Psychotherapie-Richtlinie und erregt große mediale Aufmerksamkeit. Auch in Rheinland-Pfalz müssen sich Patient*innen bis zum Beginn der Therapie **durchschnittlich 19,4 Wochen** gedulden. Die LPK RLP lädt die Medien am 18. April zu einem Pressegespräch ein, um über die langen Wartezeiten, die reformbedürftige Bedarfspla-

nung und die Schwierigkeiten bei der Kostenerstattung zu informieren. Die Einladung stößt auf breite Resonanz: Ein Team des SWR besucht die Geschäftsstelle und berichtet in dem TV-Beitrag „Lange Wartezeiten für einen Therapieplatz“ („**SWR Aktuell**“), ausführlich über die Problematik. Auch im Hörfunk (**SWR 1**), im **Trierischen Volksfreund**, in der **Allgemeinen Zeitung Mainz** und bei erscheinen entsprechende Beiträge.



Pressegespräch in der Geschäftsstelle

Am 19. November 2018 erhalten **Hans-Jochen Weidhaas**, Mitglied der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, und **Ellen Bruckmayer** den **Diotima-Ehrenpreis** der deutschen Psychotherapeutenchaft. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) ehrt damit in diesem Jahr zwei Psychotherapeut*innen, deren herausragendes Engagement entscheidend dazu beigetragen hat, dass vor rund 20 Jahren das Psychotherapeutengesetz verabschiedet werden konnte. „Obwohl in unterschiedlichen psychotherapeutischen Traditionen verortet, verbanden beide sachliche Leidenschaft und den Blick für die gesamte Profession“, stellt Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer, in seiner Laudatio fest. „Beide hatten in der entscheidenden parlamentarischen Phase das politische Augenmaß, den Kompromiss in der Profession zu suchen und zu finden, der in diesem Moment politisch umsetzbar war.“

Hans-Jochen Weidhaas ist Gründungsmitglied der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz und ge-

hörte deren Vertreterversammlung bis zur Amtsniederlegung am 1. Juli 2012 an. Seit 1987 war er Mitglied im Bundesvorstand der Vereinigung der Kassenpsychotherapeuten, von 1994 bis Ende 2005 Bundesvorsitzender der Vereinigung der Kassenpsychotherapeuten. Außerdem war er Mitglied im Bundesvorstand der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung (DPtV), wurde im Mai 1998 in den Bundesausschuss Ärzte und Krankenkassen gem. § 93 Abs. 2a Satz 3 SGB V durch das Bundesministerium für Gesundheit berufen, war von 2005 bis 2011 Stellvertretender Vorsitzender der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Stellvertretendes Unparteiisches Mitglied des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) und Stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Psychotherapie im G-BA. Von 2011 bis März 2017 war er schließlich Vorsitzender der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Bis 2017 war Hans-Jochen Weidhaas als niedergelassener Psychotherapeut in Bad Dürkheim in freier Praxis tätig.



Dr. Andrea Benecke, Hans-Jochen Weidhaas und Sabine Maur

2019

Der Höhepunkt des Kammerjahrs 2019 findet im März statt: **Am 29. und 30. März ist die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz die Gastgeberin des 34. Deutschen Psychotherapeutentags (DPT)**. Als Delegierte der LPK RLP nehmen an diesem DPT teil: Dr. Andrea Benecke, Ulrich Bestle, Peter Brettle, Kristina Nehls, Sabine Maur und Peter Andreas Staub.

Die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin **Sabine Bätzing-Lichtenthäler** begrüßt die Delegierten in Koblenz. Sie macht deutlich, dass der Erhalt der psychischen Gesundheit und die angemessene Versorgungspsychisch kranker Menschen ein politisches Handlungsfeld mit

hoher Priorität ist. Frau Bätzing-Lichtenthäler betont die gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz und ihrem Ministerium und richtet Grüße der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer aus. Kammerpräsidentin Sabine Maur hält im Anschluss eine engagierte Begrüßungsrede, die von den Delegierten mit stehenden Ovationen gewürdigt wird. Sie stellt in ihrer Rede den wachsenden Stellenwert von Psychotherapie dar und macht wichtige Errungenschaften deutlich, prangert aber auch Missstände an und forderte weitere Verbesserungen in der psychotherapeutischen Versorgung.

Auszug aus Rede von Sabine Maur beim 34. Deutschen Psychotherapeutentag in Koblenz

*„In den vergangenen 20 Jahren hat sich unser Berufsstand weiter professionalisiert. Wir sind in Deutschland zentral und damit unentbehrlich für die psychotherapeutische Versorgung psychisch kranker Menschen! [...] Hier in Rheinland-Pfalz werden 80% der ambulanten Psychotherapie für Erwachsene durch die Psychologischen Psychotherapeut*innen erbracht. Im Kindes- und Jugendalter ist die Zahl noch eindrucksvoller: über 95% der ambulanten Psychotherapie wird hier durch Kinder- und Jugendlichen-PsychotherapeutInnen geleistet! Das heißt: Ohne uns KJP und PP ist eine adäquate ambulante Versorgung mit Psychotherapie nicht mehr denkbar! Wichtig sind wir Psychotherapeut*innen natürlich auch in der stationären und institutionellen Versorgung! Die Hälfte unseres Berufsstands ist in Institutionen wie Rehakliniken, Psychiatrien und Kinder- und Jugendpsychiatrien, in Krankenhäusern, Beratungsstellen, in der Kinder- und Jugendhilfe, im schulpsychologischen Dienst, in der Forensik, in sozialpsychiatrischen und sonstigen Einrichtungen in Prävention, Kuration und Rehabilitation tätig. [...] Mit diesem steigenden versorgungspolitischen und gesellschaftlichen Stellenwert muss aber auch eine Verbesserung der Bedingungen von Psychotherapie einhergehen:*



Sabine Maur beim 34. DPT

- *Wir brauchen im ambulanten Bereich endlich verfassungskonforme Honorare und ein Ende des Einklagens von Honoraren!*
- *Wir brauchen auch im stationären und institutionellen Bereich eine angemessene Vergütung und die Möglichkeit zur Übernahme von Leitungsfunktionen! Wir brauchen endlich eine angemessene Personalverordnung, und wir brauchen für die Patientinnen und Patienten dringend mehr Psychotherapie in der Psychiatrie!*
- *Wir brauchen natürlich auch endlich eine angemessene Vergütung der aktuellen Psychotherapeut*innen in Ausbildung und damit ein Ende der prekären und oft unwürdigen Beschäftigungsverhältnisse mit durchschnittlich 640€ pro Monat!*

- *Und wir brauchen endlich Bedingungen, unter denen wir besonders schwer psychisch kranke Menschen angemessen und gut behandeln können! Wir brauchen für diese Menschen mit komplexem Behandlungsbedarf endlich eine besser koordinierte, berufsgruppenübergreifende, sektorenübergreifende, strukturierte Versorgung, wie wir seit Jahren fordern! Bislang hängt alles ab vom überdurchschnittlichen, aber nicht honorierten Einsatz einzelner BehandlerInnen. Deshalb brauchen wir dringend eine Verbesserung der jetzigen Rahmenbedingungen und natürlich eine angemessene Ab-*

bildung des erweiterten Leistungsspektrums im EBM. Und Ausgangspunkt für eine solche koordinierte und strukturierte Versorgung von Menschen mit komplexem Behandlungsbedarf ist und bleibt dabei natürlich unsere psychotherapeutische Sprechstunde.

*Die Verbesserungen, die wir fordern, kommen unmittelbar psychisch kranken Menschen zugute. Unser Berufsstand ist neben den Betroffenen-Vertreter*innen ja die einzige Lobby, die psychisch Kranke haben.“*

Die Delegierten des Deutschen Psychotherapeutentags wählen einen neuen Vorstand der Bundespsychotherapeutenkammer. **Dr. Andrea Benecke**, Vizepräsidentin der LPK RLP, wird zur Vizepräsidentin der BPtK gewählt. Die LPK RLP ist stolz und unterstützt ihre Vize-Präsidentin bei der Wahl auf ganzer Linie.



Der neue gewählte BPtK-Vorstand v. l. n. r.: Dr. Nikolaus Melcop, Michaela Willhauk-Fojkar, Dr. Dietrich Munz, Dr. Andrea Benecke, Wolfgang Schreck

Die so wichtige Reform der Psychotherapeuten-Ausbildung schreitet voran: Zum Jahresanfang 2019 erreicht die Kammer der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) zum **Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz** (PsychThGAusbRefG). Die LPK RLP wird vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz um eine Stellungnahme dazu gebeten, die vom Vorstand unter Einbeziehung des Aus- und Weiterbildungsausschusses erstellt wird. Der Referentenentwurf wird von der Kammer ausdrücklich begrüßt. Viele von der Vertre-

tersammlung schon lange geforderte Veränderungen finden sich im Entwurf wieder. Die Kammer sieht aber auch deutlichen Nachbesserungsbedarf. Hierzu zählt insbesondere die Definition der Heilkunde, die Finanzierungslücke in der ambulanten Weiterbildung und die nicht gelöste Ausbildungssituation der sich nach derzeitigem Recht in der Ausbildung befindlichen Psychotherapeut*innen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur **Reform der Psychotherapeutenausbildung**“ passiert am 26. September erfolgreich den Bundestag; Anfang November stimmt auch der Bundesrat zu. Der Berufsstand hat seit Jahren intensiv darauf hingearbeitet, und auch die LPK RLP hat in den letzten Monaten noch einmal große Anstrengungen unternommen, um in zahlreichen Gesprächen mit Gesundheitspolitiker*innen in RLP die Realisierung des Gesetzes zu unterstützen. Für die Kammer bedeutet der voranschreitende Reformprozess intensive Arbeit, was die Mitgestaltung der neuen Musterweiterbildungsordnung und nachfolgend ihre Umsetzung auf Landesebene angeht, ebenso die Abstimmung mit den Hochschulen zur neuen Approbationsordnung. Außerdem kämpft die Kammer weiter für eine Verbesserung der Situation der aktuellen Psychotherapeut*innen in Ausbildung (PiA) und die Finanzierung der zukünftigen ambulanten Weiterbildungsphase.

2019 bringt weitere wichtige Gesetzesvorhaben und -entwürfe, zu denen die LPK Stellung nimmt:

- Die LPK RLP beteiligt sich engagiert an der **Kritik**

des vom BMG geplanten Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) und trägt dazu bei, dass das Thema verstärkt in den Medien, der Öffentlichkeit und der Politik diskutiert wird. Die Kritik zielt vor allem auf den § 92 Abs. 6a des Gesetzesentwurfs, in dem die „gestufte und gesteuerte Versorgung“ für psychotherapeutische Behandlungen gefordert wird und für dessen ersatzlose Streichung die Kammer sich einsetzt. Zu diesem Zweck werden die politischen Entscheidungsträger angeschrieben und darüber informiert, warum dieser Passus nicht tragbar ist und weshalb mit deutlichen Verschlechterungen für die Patient*innen zu rechnen wäre. Die **rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler** spricht sich im Gesundheitsausschuss des Bundesrates gegen die „gestufte und gesteuerte Versorgung“ aus und der Bundesrat lehnt die geplante Neuregelung schließlich ab. Diese Entwicklungen begleitet die Kammer durch ausführliche Berichterstattung und Presseschau auf ihrer Homepage, auf Facebook und bei Twitter. Die Möglichkeit, Anliegen der Kammer per Twitter direkt an die politischen Entscheidungsträger*innen zu adressieren, wird rege genutzt und zahlt sich letztlich aus.

- Am 8. Mai legen das Bundesjustizministerium und das Bundesinnenministerium überraschend einen **Referentenentwurf zur Reform des „Transsexuellengesetz“** vor. Die LPK RLP nimmt dazu zeitnah Stellung und sendet die Stellungnahme an die beiden federführenden Ministerien sowie an die Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität von RLP, Dr. Christine Rohleder. Die geplanten Verfahrensänderungen stellen aus Sicht der LPK RLP weiterhin unzumutbare Hürden und eine Diskriminierung für die Betroffenen dar. Die LPK RLP spricht sich dafür aus, dass die Änderung des Personenstands bei trans* Menschen über eine Erklärung gegenüber dem Standesamt und nicht länger über ein Gerichtsverfahren geregelt wird.
- Am 11. Mai 2019 tritt das viel diskutierte **Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG)** in Kraft. Ziel des Gesetzes ist es, die medizinische und psychotherapeutische Versorgung gesetzlich Krankenversicherter zu verbessern. Aus dem Gesetz werden eine Reihe von Maßnahmen abgeleitet, die Auswirkungen auf psychotherapeutische Praxen haben: So verpflichtet das TSVG beispielsweise Psychotherapeut*innen, freie Ter-

mine an die TSS zu melden und sie müssen die Zahl der Sprechstunden für gesetzlich Krankenversicherte erhöhen.

Im berufspolitisch intensiven Jahr 2019 veranstaltet bzw. beteiligt sich die LPK an einer Vielzahl gesundheitspolitischer Termine und Gespräche:

- Die LPK RLP arbeitet weiter an der **Integration der Psychotherapeut*innen in die Strukturen der Notfallversorgung**. In diesem Rahmen ist der LPK-Vorstandsbeauftragte für Notfallpsychotherapie, Matthias Heidt, als Referent an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule zu Gast.
- Am 10. Januar sind zwei Vertreterinnen der **Bundesagentur für Arbeit** (Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland) in der Geschäftsstelle der LPK RLP zu Gast: Bereichsleiterin Tanja Reiter und Beraterin Ulrike Müller beraten mit LPK-Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke und Vorstandsmitglied Ulrich Bestle, welche Unterstützung psychisch kranke, arbeitslose Menschen brauchen, um wieder einer Arbeit nachgehen zu können.
- Am 19. Februar feiert die LPK RLP gemeinsam mit den anderen Landeskammern, der Bundespsychotherapeutenkammer und zahlreichen Gästen aus Politik und Selbstverwaltung in Berlin das **20-jährige Bestehen des Psychotherapeutengesetzes**. An der Entstehung hatten zwei Mitglieder der LPK RLP entscheidenden Anteil: Hans-Jochen Weidhas und Dieter Best.
- Die Landespsychotherapeutenkammer bietet eine neue Veranstaltungsreihe an mit dem Titel **„Berufsrecht in der Psychotherapie“**. Die Veranstaltungen mit den Kammerjuristinnen und jeweils einem Vorstandsmitglied werden sehr gut angenommen. Diese Reihe wird in den nächsten Jahren aufgrund der Wichtigkeit des Themas beibehalten und ausgebaut.
- Am 21. März veranstaltet die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz zum vierten Mal einen **„Tag der Leitenden Angestellten“**. In der Rhein-Mosel-Fachklinik in Andernach tauschen sich die Teilnehmer*innen über die berufliche Situation der Leitenden Psycholog*innen aus und diskutieren Zukunftsperspektiven insbesondere vor dem Hintergrund der zukünftigen Weiterbildung.
- Vertreter*innen verschiedener rheinland-pfälzischer Kontakt- und Informationsstellen für **Selbsthilfegruppen**

sind zu Gast in der Geschäftsstelle der Landespsychotherapeutenkammer. Bei dem Treffen wird eine zukünftige engere Zusammenarbeit zwischen den Kontakt- und Informationsstellen und der Landespsychotherapeutenkammer vereinbart, um im Sinne des Patient*innenwohls die Vernetzung zwischen Psychotherapeut*innen und Selbsthilfegruppen zu verbessern.

- Auf dem zweiten landesweiten Forum Migration und psychosoziale Versorgung am 28. August in Alzey wird den Teilnehmer*innen und den eingeladenen Pressevertreter*innen eine neue Broschüre vorgestellt, die die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems in Rheinland-Pfalz erstellt hat. Die Broschüre „**Wie gestaltet sich die psychotherapeutische Versorgung von Geflüchteten in Rheinland-Pfalz?**“ basiert auf einer Datenerhebung anhand eines Online-Fragebogens, welcher Ende 2017 über die Landespsychotherapeutenkammer an die Kammermitglieder verschickt wurde.
- Am 14. September findet die **LPK-Fachtagung** mit Herbstfest zum Thema „Familie im Wandel“ statt. Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler spricht ein Grußwort.
- Der Vorstand hat ein neues Veranstaltungsformat entwickelt, dass der Begegnung und dem Austausch mit unseren Kammermitgliedern dienen soll: Dazu besuchen Vorstandsmitglieder bestehende Qualitätszirkel, Teams u.ä. in Rheinland-Pfalz. Der erste Termin von

„**LPK RLP im Gespräch**“ findet am 18. September mit dem Team der psychotherapeutischen Beratungsstelle der Universität Mainz statt. Themen sind u.a. die psychotherapeutische Versorgung von Studierenden mit psychischen Schwierigkeiten.

- Am 24. September unterstützte die LPK RLP die Tagung „**Gesundheit ohne Job? – Machbar oder Illusion?**“ der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG). Kammer-Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke leitet den mit Abstand größten Workshop zum Thema „**Psychische Erkrankungen und Arbeitslosigkeit – Möglichkeiten und Hilfen**“.
- Anlässlich des „**Welttags der Seelischen Gesundheit**“ am 10. Oktober initiiert die LPK RLP eine gemeinsame Aktion in den sozialen Medien (Twitter, Facebook, Instagram) mit verschiedenen anderen Kammern (LPK RLP, PTK Hessen), Hochschulen (Bochum, Trier, Mainz, Ulm, Berlin), Berufsverbänden (DGVT, DPtV, bvvp, DVT), Psychologists / Psychotherapists for Future (Psy4F) sowie einzelne Forscher*innen und Psychotherapeut*innen. Ziel ist die Verbreitung von Informationen zur psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, zum Wissen über psychische Erkrankungen, zur Prävention psychischer Erkrankungen und zu den Behandlungsmöglichkeiten für psychische Erkrankungen. Der Berufsstand der Psychotherapeut*innen ist durch diese gemeinsame Aktion am „Welttag der seelischen Gesundheit“ diesmal außergewöhnlich präsent.

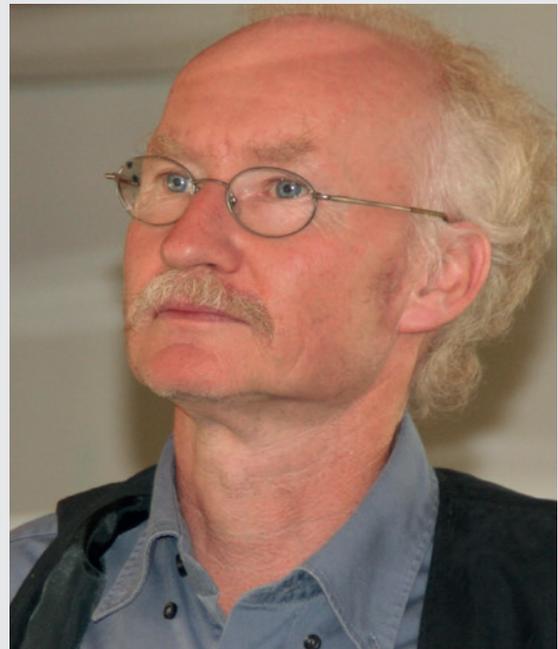


LPK-Fachtagung 2019:
"Familie im Wandel"

- Am 23. Oktober findet eine LPK- Fachtagung mit dem Titel **„Kinder und Jugendliche gemeinsam unterstützen – Schnittstelle Jugendhilfe und Psychotherapie in Rheinland-Pfalz“** statt. Im Mittelpunkt steht die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen mit Einrichtungen der ambulanten und stationären Jugendhilfe. Der **SWR** berichtet über Veranstaltung.
- Am 22. November unterstützt die LPK RLP als Kooperationspartner die Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle e. V. Trier (SEKIS) beim **Fachtag „Seelische Gesundheit im Blick“** in Trier.
- Unter dem Motto „Zusammen – Arbeiten. Wollen. Sollen. Müssen?!“ lädt die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz am 28. November zum fünften Mal die angestellten Kammermitglieder zum **„Tag der Angestellten“** ein.
- Am 3. Dezember veranstaltet die Techniker Krankenkasse (TK) in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern ein **Pflegeforum**. Kooperationspartner sind die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (MSAGD), die Pflegekammer, die Ärztekammer sowie der Katholischen Hochschule Mainz. Ulrich Bestle, Mitglied des Vorstands der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, hält den Keynote-Vortrag.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstirbt am 2. Juni 2019 **Jürgen Kammler-Kaerlein**, ehemaliges Vorstandsmitglied und Gründungsmitglied der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz. Im Nachruf des Vorstands der LPK RLP heißt es über ihn:

„Wir verlieren mit ihm einen beharrlichen Streiter für die Belange der PsychotherapeutInnen, insbesondere der angestellten Psychologischen PsychotherapeutInnen (PP) und Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen (KJP). Jürgen Kammler-Kaerlein hat sich schon für die Arbeit im Errichtungsausschuss der Kammer nicht geschont. Ihm ist es maßgeblich mitzuverdanken, dass diese Kammer zügig etabliert werden konnte und auf tragfähigen Beinen bis heute ihre Arbeit leisten kann. [...] Seine Stimme und sein Rat werden uns fehlen. Bleiben wird, dass er vieles erreicht hat, dieser Mann der eher leisen Töne mit der großen Beharrlichkeit.“



Jürgen Kammler-Kaerlein

Am 19. Oktober tagt die **Vertreterversammlung** der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz. Die Präsidentin Sabine Maur hält einen Vortrag zum Thema „**Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für die Psychotherapie und unseren Berufsstand – welchen Weg schlägt die LPK RLP ein?**“ Außerdem wird die Neufassung der Wahlordnung, der Regelbeitrag 2020 und der Haushaltsplan 2020 beschlossen. Weiterhin wird eine Resolution mit dem Titel „Klimawandel: Nachhaltigkeit ist Gesundheitsschutz“ verabschiedet. Damit ist die LPK RLP die erste Psychotherapeutenkammer, die eine Resolution zu **Klimakrise und psychischer Gesundheit** veröffentlicht hat. Kurz darauf zieht der Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) nach. Um dieses existentiell

wichtige Thema weiter zu verfolgen, bietet die LPK RLP Anfang November 2020 ein Web-Seminar zum Thema „**Psychologische und psychotherapeutische Aspekte der Klimakrise**“ an. Das Thema wird von Sabine Maur und Dr. Andrea Benecke auch im Länderrat eingebracht, um hier weitere Schritte der Bundespsychotherapeutenkammer zu entwickeln.

Der Gemeinsame Bundesausschuss beschließt am 22. November 2019, die **Systemische Therapie** für die Behandlung von Erwachsenen zuzulassen. Der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie hatte sie bereits 2008 als psychotherapeutisches Verfahren sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche anerkannt.

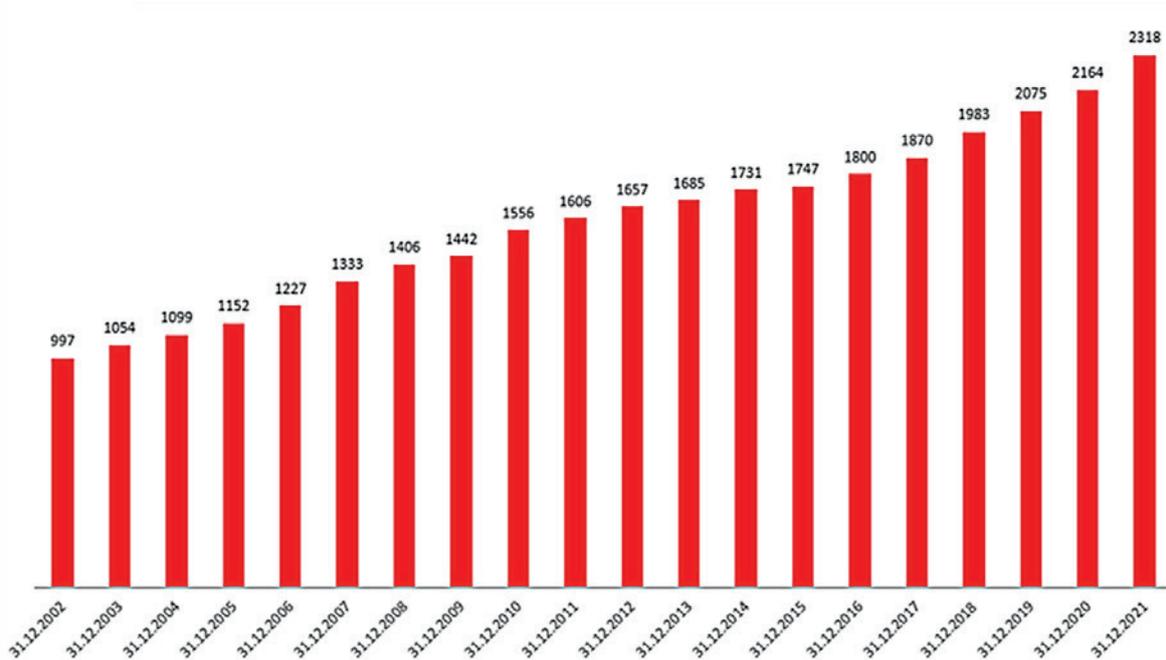
Der Diotima-Ehrenpreis der deutschen Psychotherapeutenkammer wird dieses Jahr erneut an ein Mitglied der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz vergeben: **Dr. Paul Nilges** wird im November gemeinsam mit **Prof. Dr. Birgit Kröner-Herwig** für sein herausragendes Engagement für Menschen mit chronischen Schmerzen geehrt. Beide haben maßgeblich dazu beigetragen, eine qualifizierte Schmerzpsychotherapie zu etablieren. Damit kommt schon zum vierten Mal ein Diotima-Preisträger aus der verhältnismäßig kleinen Kammer Rheinland-Pfalz. Herr Dr. Nilges ist Mitglied der Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz und einer der rheinland-pfälzischen Delegierten für den DPT. Mit viel Ausdauer und Überzeugungskraft hat er dafür gekämpft, dass die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz als erste Landeskammer bereits 2004 eine Weiterbildung „Spezielle Schmerzpsychotherapie“ in ihre Weiterbildungsordnung aufgenommen hat. Er selbst hat die Zusatzbezeichnung in diesem Bereich im Jahr 2005 von der LPK RLP verliehen bekommen und ist außerdem als Weiterbildungsermächtigter und Supervisor anerkannt. Dr. Paul Nilges war bis zu seinem Ruhestand leitender Psychotherapeut am DRK Schmerzzentrum in Mainz. Neben seiner klinischen und wissenschaftlichen Tätigkeit hat er sich mit viel Leidenschaft und Engagement für die Etablierung einer qualifizierten Schmerzpsychotherapie in Deutschland eingesetzt. Schon früh hat er erkannt, dass die Rolle der Psychotherapeut*innen in der interdisziplinären Versorgung von Schmerzpatient*innen mit einer entsprechen-

den Qualifizierung an Bedeutung zunimmt und die Integration von Psychotherapeut*innen in einem ursprünglich rein medizinischen Gebiet fördert. Für die Entwicklung der Schmerzpsychotherapie war deshalb seine langjährige Mitwirkung in der Deutschen Schmerzgesellschaft, die bis dato eher ärztlich dominiert war, überaus wichtig. Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer machte im Rahmen der Preisverleihung die Dimension des Themas „chronische Schmerzen“ deutlich: „17 Prozent aller Deutschen leiden an chronischen Schmerzen – das sind mehr als 12 Millionen Menschen. [...] Besonders erschreckend ist jedoch, dass es sehr lange dauert, bis Menschen mit chronischen Schmerzen eine wirksame Behandlung erfahren. Bei mehr als der Hälfte aller Menschen mit chronischen Schmerzen dauert es mehr als zwei Jahre. Nur ein Zehntel aller Patienten mit chronischen Schmerzen wird überhaupt einem Spezialisten vorgestellt.“ Da es eine enge Verbindung von körperlichen und psychischen Leiden gibt, ist das Ziel der Schmerzpsychotherapie nicht nur die Linderung von Schmerzen. Mit Schmerz verbundene emotionale Belastungen und Einschränkungen im Alltag sollen durch die Therapie reduziert werden. Die beiden Preisträger*innen haben dazu beigetragen, dass der Stellenwert der psychotherapeutischen Mitbehandlung von Schmerzpatienten in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist.



Sabine Maur, Paul Nilges, Prof. Dr. Birgit Kröner-Herwig

Im Jahr 2019 hat die **Mitgliederzahl** der Landespsychotherapeutenkammer die 2000er-Marke überschritten. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit der Gründung mehr als verdoppelt:



Wer sind diese Mitglieder?

Statistiken zu Geschlecht, Alter, Therapieverfahren etc. finden Sie am Ende der Chronik!

Die **Psychotherapeut*innen-Suche** auf der Kammer-Homepage wird komplett überarbeitet und gestaltet sich nun deutlich übersichtlicher. Die neue Suche geht am 2. September online. Ende des Jahres wird der erste **Praxis-Tipp der LPK-Juristinnen** auf der Homepage veröffentlicht. Er widmet sich dem Thema „Umgang mit

Ausfallhonoraren“. Viele weitere Praxis-Tipps für Psychotherapeut*innen werden folgen. Sie stehen als PDF zum Downloaden und Sammeln auf der Kammer-Homepage bereit und werden auch über den Newsletter publik gemacht.

Im Oktober führt die Landespsychotherapeutenkammer ein **neues Logo** ein und stellt das gesamte Corporate Design um. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts trägt die Kammer nun auch das rheinland-pfälzische Wappen im Logo. Das Corporate Design wird entsprechend angepasst.



altes Logo



neues Logo

Auch für die LPK RLP wird das Jahr 2020 vor allem durch die Corona-Pandemie und deren Bewältigung geprägt. Hier stehen drei Aufgaben im Fokus: (1) Die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Menschen, (2) die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit von Praxen, Kliniken und Institutionen unter Pandemie-Bedingungen und (3) die flächendeckende Einführung der videobasierten Psychotherapie in Deutschland. Die LPK RLP ist sehr stark gefordert, sowohl zur Unterstützung der Mitglieder als auch hinsichtlich der Beratung gesundheitspolitischer Entscheidungsträger. Die Berufspolitik selber findet plötzlich nahezu ausschließlich digital statt: in unzähligen Videokonferenzen. Fortbildungen werden online durchgeführt.

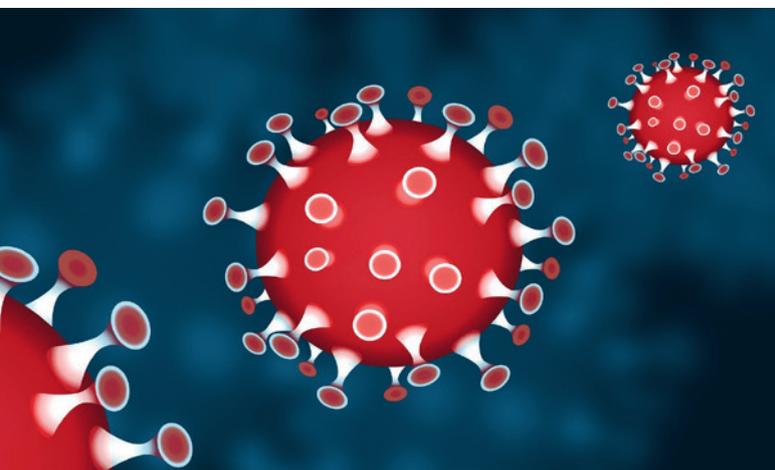
Die Kammer sieht ihre Aufgabe darin, ihre Mitglieder durch die Corona-Krise zu begleiten und ihnen beratend zur Seite zu stehen. Auf der Homepage wird im Zuge dessen eine FAQ-Liste mit den wichtigsten Fragen und Antworten zur psychotherapeutischen Behandlung während der Corona-Pandemie eingerichtet und es werden mehrere Corona-Sondernewsletters verschickt, die ebenfalls wichtige Informationen zur Berufsausübung unter Pandemie-Bedingungen an die Mitglieder kommunizieren. Auch der Bedarf der Mitglieder an telefonischer Beratung ist hoch. Berufspolitisch steht die Kammer vor neuen Herausforderungen: So macht sie sich beispielsweise stark für die Aufhebung der mit der Videosprechstunde verbundenen Restriktion, damit die Versorgung der Patient*innen auch in der Pandemie sichergestellt werden kann. Außerdem fordert sie die Zulassung der telefonischen Behandlung auch für Neuerkrankte.

Während die Corona-Pandemie andauert, können aus Gründen des Infektionsschutzes keine Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden. Die LPK RLP geht daher sofort neue Wege: Innerhalb kürzester Zeit gelingt es, die geplanten Veranstaltungen in ein digitales Format zu überführen. Nun haben die Kammermitglieder die Möglichkeit, bequem von zuhause aus über das Internet an einer LPK-Veranstaltung teilzunehmen. Thema des ersten **Web-Seminars** am 9. April 2020 ist „Die Corona-Krise – zum Umgang mit Betroffenen sowie den eigenen Belastungen“. Das Web-Angebot der Kammer wird von den Mitgliedern sehr gut angenommen.

Auch Interventionsgruppen können nun digital durchgeführt werden und die Fortbildungsverpflichtung der Mitglieder wird an die Corona-Situation angepasst. Die Vorstandsmitglieder sind während der Corona-Pandemie noch mehr als sonst als Ansprechpartner für die Medien gefragt. Sie nutzen Gespräche mit verschiedenen Tageszeitungen, Fernseh- und Radiosendern dazu, Politik und Öffentlichkeit für die psychischen Gefahren, die durch die Pandemie und ihre Folgen drohen, zu sensibilisieren und über Bewältigungsstrategien und Hilfsangebote zu informieren. Dabei werden viele verschiedene Aspekte des Themas beleuchtet, wie beispielsweise besondere Belastung von Kindern und Familien, Depressionen und übermäßigem Alkoholkonsum in der Corona-Pandemie.

Die für den Frühling geplante **Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz** muss aufgrund der Pandemie und der Kontaktbeschränkungen abgesagt werden.

Kammerpräsidentin Sabine Maur nimmt am 30. April 2020 auf Einladung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer für die LPK RLP an der digitalen Auftaktveranstaltung des Corona-Bündnisses Rheinland-Pfalz teil. Das Corona-Bündnis ist ein breiter gesellschaftlicher Zusammenschluss verschiedener Verbände, Organisationen und Institutionen des Landes. Es versteht sich als Gesprächsforum, das Gelegenheit zum Austausch der Partner*innen untereinander und mit der Landesregierung bietet. Dieser stetige Austausch soll dazu dienen, sich auf einen gemeinsamen Weg durch die Krise zu verständigen. Bei



© Pixabay

der dritten Sitzung des **Corona-Bündnisses Rheinland-Pfalz** am 26. Oktober unterzeichneten die Partner*innen ein **Memorandum of Understanding**, in dem sie sich zu den Zielen des Bündnisses und einem gemeinsamen Vorgehen in der Pandemie bekennen.

Um **Pflegekräfte** während der besonderen Belastungen in der Corona-Krise zu unterstützen, schließen sich die LPK RLP und die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz zu einem **Kooperationsprojekt** zusammen. Der ohnehin schon große Druck, der auf den Pflegekräften lastet, hat sich durch die Krise noch einmal deutlich erhöht. Psychische Folgen dieses hohen Drucks können erhöhte Anspannung, Nervosität, vermehrte Sorgen wie auch Schlafprobleme sein. Dringend notwendig sind in dieser Situation Möglichkeiten der psychischen Unterstützung und der Stärkung der Resilienz. Psychotherapeut*innen als Expert*innen für die psychische Gesundheit der Menschen können hier wertvolle Unterstützung in der Krise bieten. **Die beiden Kammern** veröffentlichen daher gemeinsam Flyer und Plakate zur psychotherapeutischen ersten Hilfe, die in Kliniken und Pflegeeinrichtungen ausgelegt werden und über weitergehende Hilfsangebote bei psychischen Problemen informieren. Am 18. Juni geben die beiden Kammern eine **gemeinsame Pressekonferenz** und stellen ihr Kooperationsprojekt vor: Das Interesse der Medien an der Kooperation der beiden Berufsgruppen zum Wohle der Pflegenden ist groß. **Die Welt, die Süddeutsche Zeitung, der Trierische Volksfreund** u. a. greifen den Artikel der **dpa** auf und der **SWR** erwähnte die Kooperation in der Sendung **SWR Aktuell**.

Am 11. September 2020 spricht Kammerpräsidentin Sabine Maur im Rahmen einer Expertenanhörung vor der **Enquete-Kommission „Corona-Pandemie“ des Landtags** und gibt dort Auskunft über die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit und psychische Erkrankungen der Menschen sowie die psychotherapeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz. Die LPK RLP begrüßt, dass auch die Expertise der Psychotherapeut*innen in der Krise gehört wird.



Gemeinsame Pressekonferenz mit der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz: Präsidentin Sabine Maur und Präsident Dr. Markus Mai

CORONA Eine besondere Herausforderung
Eine besondere Belastung

WAS KANN MIR PASSIEREN?

Die aktuelle Corona-Krise ist für Mitarbeiter*innen in pflegerisch-medizinischen Teams eine große Herausforderung. Durch ein hohes Präzessionsaufkommen, eine erhöhte Letalitätssrate, durch Entscheidungs Konflikte, Organisationsdefizite und die eigene Betroffenheit kann die Arbeit belastender als üblich wahrgenommen werden. Möglicherweise nehmen Sie - als Mitarbeiter*in eines solchen Teams - dadurch **negative Veränderungen bei sich selbst wahr**. Das können z. B. sein:

- KÖRPERLICHE REAKTIONEN**, wie
 - Stärke Erschöpfungszustände
 - Schlafstörungen / Alpträume
 - Muskelverspannungen
 - Unruhezustände u. a.
- GEDANKLICHE REAKTIONEN**, wie
 - Nicht mehr abschalten können
 - Zwangserinnerungen / sich wiederholende Bilder
 - Konzentrationsprobleme / Vergesslichkeit
 - Schuldzuweisungen u. a.
- EMOTIONALE REAKTIONEN**, wie
 - Traurigkeit / Motivationslosigkeit
 - Sich ausgebrannt fühlen, Schuldgefühle
 - Hoff- und Hoffnungslosigkeit
 - Wut / Verbitterung u. a.
- VERHALTENREAKTIONEN**, wie
 - Rückzug aus sozialen Beziehungen
 - Überempfindlichkeit / Reizbarkeit
 - Verändertes Ess- und Trinkverhalten
 - Zunehmendes Kontrollbedürfnis u. a.

Die genannten Belastungssymptome stellen keinen Anspruch auf Vollständigkeit dar, sind aber eine Auswahl häufig auftretender Reaktionen von Menschen bei besonders belastenden Ereignissen oder Anforderungen. Sollten Sie bei sich diese oder ähnliche Veränderungen bemerken, so sind diese in der Regel als normale Reaktionen auf nicht-normale Anforderungen zu betrachten!

WER ODER WAS KANN MICH NOCH UNTERSTÜTZEN?

- Suchen Sie die Ruhe, wenn Ihnen danach ist. Einfache Entspannungstechniken fördern einen inneren Ausgleich.
- Nutzen Sie den **Austausch mit Kolleg*innen**. Heben Sie den Mut, Einblicke, Gedanken und Gefühle gegenüber Mitarbeiter*innen Ihres Teams anzusprechen. Sie kennen Ihre Situation und sind meist verständnisvoller, als Sie denken. Sie werden dann auch feststellen können, dass es Ihren Kolleg*innen zum Teil ganz ähnlich geht wie Ihnen, und der Austausch Entlastung ermöglicht.
- Halten Sie eine **geregelt** Tagesstruktur ein. Pflegen Sie Rituale – Putz ein holen, Blumen gießen, mit Hund raus gehen, Kaffee kochen.
- Schwächen Sie Ihren Sinnen. Was fühlt sich gut an, was schmeckt oder riecht gut, was hören oder sehen ich gerne?
- Gehen Sie einer **angenehmen Freizeitgestaltung** nach. Aktivität und Ablenkung sind wichtig und fördern einen positiven Eindruck.
- Nutzen Sie **soziale Kontakte**. Tauschen Sie sich mit der Familie und Freund*innen aus – im direkten Kontakt, per Chat oder auch Telefon.
- Sorgen Sie sich **gesund**. Kochen Sie am besten selbst, wenn Zeit dafür ist.
- Ernähren Sie sich **gesund**. Kochen Sie am besten selbst, wenn Zeit dafür ist.
- Sorgen Sie für Ihren Körper durch **Sport und Bewegung**.
- Ernähren Sie sich **gesund**. Kochen Sie am besten selbst, wenn Zeit dafür ist.
- Halten Sie sich **ihre Stärken** bewusst. Sie sind eine Fachkraft. Ihre Expertise und Ihr Engagement helfen Menschen. Sie werden gebraucht!

Gemeinsamer Flyer von Landespsychotherapeutenkammer und Landespflegekammer

Einen zweiten großen thematischen Schwerpunkt für 2020 (und die weitere Zukunft) setzt die LPK RLP mit dem wichtigen Thema der **Digitalisierung und digitalen Transformation**. Am 17. März 2020 stellt die LPK RLP ihre neue Broschüre zum Download zur Verfügung, die auch in gedruckter Fassung veröffentlicht wird: „**Diskurs Digitalisierung Psychotherapie**“ gibt einen umfassenden

Überblick zu Digitalisierung in und um die Psychotherapie einschließlich der empirischen Datenlage und wichtiger ethischer Aspekte. Enthalten sind die Ergebnisse einer Umfrage unter Psychotherapeut*innen zu digitalen Interventionen in der Psychotherapie und präsentiert zum anderen Interviews, die die LPK RLP mit Expert*innen für Digitalisierung im Gesundheitswesen geführt hat. Diese Interviews werden auf der Website als Podcasts für alle Interessierten veröffentlicht. Die Kammer möchte mit dem Projekt „Diskurs Digitalisierung“, die digitale Landschaft im Hinblick auf die mögliche zukünftige Behandlung psychischer Erkrankungen erkunden und die Auseinandersetzung des Berufsstands der Psychotherapeut*innen mit digitalen Anforderungen und Chancen und den damit verbundenen vielfältigen gesundheitspolitischen und berufsethischen Fragestellungen konstruktiv intensivieren.



LPK-Broschüre Diskurs Digitalisierung: Psychotherapie

Zur Vorstellung des Diskurs Digitalisierung-Projekts veranstaltet die LPK RLP im November 2020 eine hochkarätige Podiumsdiskussion – natürlich digital: über 300 Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland nehmen teil an der Veranstaltung „**Digitalisierung & Psychotherapie: Erfahrungen und Erkenntnisse durch Corona**“. Unter den Zuhörer*innen sind nicht nur etwa 200 rheinland-pfälzische Psychotherapeut*innen, sondern auch 40 Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen anderer Heilberufskammern aus dem gesamten Bundesgebiet, viele Kooperationspartner der LPK RLP sowie einige Landtagsabgeordnete, Vertreter*innen der rheinland-pfälzischen Krankenkassen, des GKV-Spitzenverbandes, der

KV Rheinland-Pfalz, von Psychotherapieverbänden, Kliniken und auch viele Medienvertreter. Moderiert wird die Veranstaltung von LPK-Geschäftsführerin Petra Regelin. Die Corona-Pandemie hatte zu einem Digitalisierungsschub in der Psychotherapie geführt: Während vor der Pandemie nur 5 % der Psychotherapeut*innen Videosprechstunden durchgeführt hatten, stieg der Prozentsatz sprunghaft auf nun etwa 80% an. Um die Versorgung der Patient*innen sicherzustellen, hatten die Psychotherapeut*innen Umstellungsfähigkeit bewiesen und konnten so zahlreiche neue Erfahrungen sammeln. Die LPK RLP stellt die Podiumsdiskussion zudem für Interessierte auch auf ihrem **YouTube-Kanal** zur Verfügung.



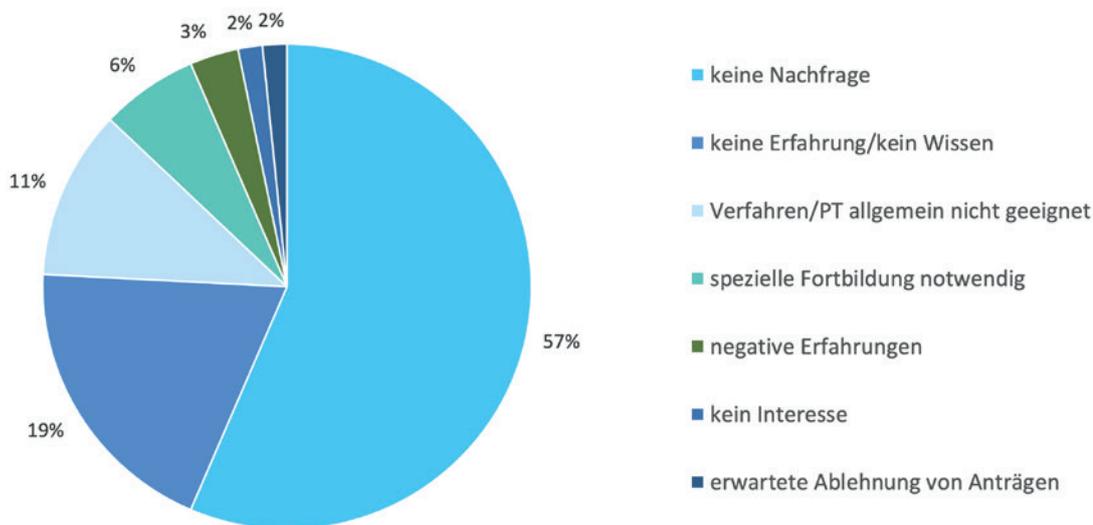
Digitale Podiumsdiskussion "Digitalisierung und Psychotherapie", moderiert von Geschäftsführerin Petra Regelin

2020 geht es mit der Reform der Psychotherapeut*innen-Ausbildung weiter voran: Am 14. Februar verabschiedet der Deutsche Bundesrat die **Approbationsordnung** für das neue Approbationsstudium Psychotherapie. Die Bundespsychotherapeutenkammer arbeitet parallel dazu seit Oktober 2019 an der Gestaltung der neuen Musterweiterbildungsordnung (MWBO). Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz startet mit der Vorbereitung und Umsetzung der neuen Aus- und Weiterbildung mit den daran Beteiligten (z. B. Hochschullehrer*innen, Vertreter*innen der Ausbildungsinstitute, institutioneller Bereich u. a.m.) in vielen Gesprächen und Treffen, um an der gemeinsamen Gestaltung mitzuwirken, wobei die Kammer in engem Austausch mit den involvierten Ministerien steht. Es wird früh deutlich, dass die Entwicklung und Umsetzung der MWBO auf Landesebene Jahre dauern und viele Ressourcen erfordern wird.

Da es immer wieder Anfragen von Einrichtungen der Behindertenhilfe bezüglich **Psychotherapie bei Menschen mit geistiger Behinderung** gibt, wird Anfang 2020 in Kooperation mit der Beratungsstelle „Liebelle“ aus Mainz eine Umfrage unter den ambulant tätigen Mitgliedern der LPK RLP durchgeführt und im Oktober 2020 im Rahmen einer Online-Veranstaltung zum Thema veröffentlicht. Ulrich Bestle stellt die Umfrage und deren Ergebnisse vor und LPK RLP-Mitglied Katrin Schwibinger (KJP) referiert über die Besonderheiten der psychotherapeutischen Behandlung bei Menschen mit geistiger Behinderung. Zentrale Erkenntnisse der Umfragen sind, dass der Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren und somit die Vernetzung gefördert und die Arbeit mit Menschen mit Intelligenzmindering in der Aus-, Fort- und Weiterbildung verankert werden sollte.

Auf die zahlreichen Berichte über **sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen**, die in den vorhergehenden Monaten veröffentlicht wurden, reagiert die LPK RLP am 24. Juni 2020 mit einer Stellungnahme. Sie fordert darin unter anderem die Erhöhung von Stundenkontingenten für psychotherapeutische Behandlung und die Reduktion von Wartezeiten auf Psychotherapie sowie die Beschleunigung der Bearbeitung von Anträgen, eine bessere Finanzierung und personelle Ausstattung für Fachberatungsstellen und Jugendämter und eine bessere Qualifikation von Verfahrensbeiständen, Familien- und Strafrichtern sowie Gutachtern.

Gründe, warum bisher nicht mit Menschen mit geistiger Behinderung gearbeitet wurde



Grafik aus LPK-Umfrage zu Psychotherapie mit Menschen mit geistiger Behinderung

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die rheinland-pfälzische Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, überreicht am 3. September **Frau Dr. Andrea Benecke**, Vizepräsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, und Kammermitglied Frau **Prof. Dr. Wilma Funke** das **Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutsch-**

land. Der Bundespräsident hat die beiden Psychotherapeutinnen auf Antrag der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz mit der Auszeichnung geehrt. Frau Dr. Benecke ist Vizepräsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, Vizepräsidentin der Bundespsychotherapeutenkammer und Leiterin der Poliklinischen Institutsambulanz der Universität Mainz.

Neben ihrer wissenschaftlichen und fachlichen Arbeit engagiert sie sich seit vielen Jahren ehrenamtlich, als Einzelfallhelferin nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen, als ehrenamtliche Richterin des Berufsgerichts für die Heilberufe, als Landessprecherin der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie in Rheinland-Pfalz in der Arbeitsgemeinschaft Diabetologie und Endokrinologie Rheinland-Pfalz. In ihrer Laudatio lobt die Ministerin das „unermüdliche ehrenamtliche und gesellschaftliche Engagement“ von Frau Dr. Benecke, durch das sie sich „herausragende Verdienste um die professionelle Versorgung für Menschen mit psychischen und somatischen Störungen erworben habe“. Kammermitglied Frau Prof. Dr. Wilma Funke erhielt das Verdienstkreuz am Bande, weil sie sich seit vielen Jahren ehrenamtlich sowie im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit in der Suchtbehandlung und Suchtforschung auf Landes- und Bundesebene engagiert. Sie ist Leitende Psychotherapeutin und Mitglied der Klinikleitung der Kliniken Wied, einer Fachklinik für Psychosomatische Medizin mit dem Schwerpunkt Abhängigkeitsstörungen. Darüber hinaus hat sie sich in besonderem Maße sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in der praktischen Umsetzung der Psychotherapie und Rehabilitation der Suchthilfe engagiert. Außerdem zeich-

net sie sich durch großes staatsbürgerliches, ehrenamtliches und soziales Engagement aus, unter anderem durch über 10-jährige Mitgliedschaft im Gemeinderat und Verbandsgemeinderat. Sie ist Gründungsmitglied des Netzwerks Psychologische Suchtforschung, das später zur Deutschen Gesellschaft für Suchtpsychologie e.V. wurde. In ihrer Laudatio lobte die Ministerin das besonders hohe fachliche, aber auch staatsbürgerliche, ehrenamtliche und soziale Engagement von Frau Prof. Dr. Funke.



Dr. Andrea Benecke, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Prof. Dr. Wilma Funke

Auf Initiative der Präsidentin des Landgerichts Zweibrücken, Maria Stutz, haben sich die Geschäftsführer*innen der pfälzischen Kammern und mehrere Vertreter der Justiz am 13. Oktober 2020 im Landgericht Zweibrücken getroffen und dort die **Arbeitsgruppe „Sachverständigenwesen“** gegründet. Kammer-Geschäftsführerin Petra Regelin stellte in Zweibrücken die LPK-Weiterbildung „Gutachterliche Tätigkeit im Bereich der Rechtspsychologie“ vor und setzte sich dafür ein, dass die Expertise der Absolvent*innen dieser Weiterbildung häufiger von Gerichten herangezogen wird.

Bei ihrer Sitzung am 31. Oktober beschließt die **Vertreterversammlung** der LPK RLP mehrere Satzungsänderungen sowie den Haushaltsplan 2021 und den Regelbeitrag 2021. Zudem verabschiedet sie zwei Resolutionen: In der ersten fordert sie die zuständigen Ministerien auf, zeitnah die nötigen finanziellen Mittel zuzusagen, damit die Planung und Umsetzung der Masterstudiengänge

Psychotherapie rechtzeitig erfolgen können. In der zweiten Resolution ruft die Vertreterversammlung die kassenärztliche Bundesvereinigung und den Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen auf, zur Unterstützung psychisch kranker Menschen auch Akutbehandlungen per Video zuzulassen.

Am 9. November 2020 findet ein Webseminar der LPK RLP zum Thema **„Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit“** für Psychotherapeut*innen statt, die sich über die Auswirkungen des Klimawandels und seinen psychischen Folgen sowie Coping-Möglichkeiten informieren möchten, um belasteten Patient*innen sensibel und informiert begegnen zu können. Auch berufsethische Fragen werden diskutiert. Referentinnen sind Mareike Schulze und Lea Dohm (Gründerinnen von Psychotherapists for Future) und Kammerpräsidentin Sabine Maur.

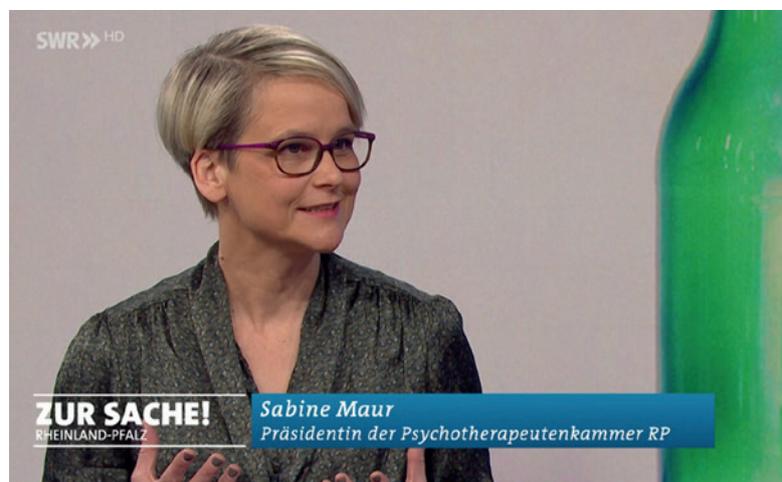
Das Jahr 2020 endet für Rheinland-Pfalz tragisch: Am 1. Dezember erschüttert eine **Amokfahrt in Trier** unser Bundesland. Die LPK RLP und der Opferbeauftragte der Landesregierung RLP, Herr Detlef Placzek, tauschen sich auf Initiative der Kammer hin direkt nach den Ereignissen in Trier aus und verständigen sich darauf, dass die Kammer bei Bedarf zur Unterstützung bereitsteht und den koordinierenden Stellen zuarbeitet. Der Opferbeauftragte und die LPK RLP vereinbaren, dass die Kammermitglieder, die in der Region Trier niedergelassen sind, zur Betreuung der Betroffenen ergänzend herangezogen werden können, wenn die Kapazitäten der Trauma-

Zentren nicht ausreichen. Daraufhin wendet sich die Kammer per E-Mail mit der Bitte an ihre Mitglieder aus der Region Trier, sich schnellstmöglich zu melden, wenn Bereitschaft zur kurzfristigen psychotherapeutischen Behandlung von Betroffenen besteht. Das Schreiben stößt auf überwältigende Resonanz und beweist herausragendes Engagement der Kammermitglieder: Innerhalb kürzester Zeit kann die Kammer eine Liste mit zahlreichen zur Verfügung stehenden Praxen erstellen. Auf Grundlage dieser Liste konnten insgesamt 28 Vermittlungen an Kammermitglieder erfolgen.

2021

Auch im Jahr 2021 bleibt die **Corona-Pandemie** vorerst das beherrschende Thema. Mit der zweiten und dritten Corona-Welle wächst die Sensibilität von Presse, Politik und Öffentlichkeit für die psychischen Folgen der Pandemie und ihrer Begleitumstände. Das Interesse der Medien an den Themen zur psychischen Gesundheit ist in dieser Krisensituation besonders groß, so dass die Vorstandsmitglieder der Landespsychotherapeutenkammer häufig um ihre Expertise gebeten werden. Zwischen März 2020 und Juli 2021 entstehen 37 **Medienbeiträge** zum Thema Psyche und Corona unter Mitwirkung der Vorstandsmitglieder der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz. Sie werden unter anderem veröffentlicht von **Allgemeiner Zeitung, Bild, dpa, Deutschem Ärzteblatt, Rheinpfalz, Rhein-Zeitung, Saarbrücker Zeitung, Sat 1, Süddeutscher Zeitung, SWR, Trierischer Volksfreund** und **Welt**. Auf der Homepage der Kammer werden Informationen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die psychische Gesundheit sowie Anlaufstellen für Betroffene gesammelt und in einer Übersicht gelistet, die ständig aktualisiert und ergänzt wird.

In der LPK-Online-Veranstaltung „**#MentalHealthTeens & Corona**“ am 11. März steht die psychische Gesundheit junger Menschen in der Corona-Pandemie im Fokus. Dazu tauscht sich die LPK RLP mit betroffenen Jugendlichen sowie in diesem Bereich arbeitenden und forschenden Psychotherapeut*innen aus. Die Veranstaltung wird zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und den Landesschülerinnenvertretungen Rheinland-Pfalz und Hessen durchgeführt. Das innovative



Screenshot aus der Sendung „Zur Sache! Rheinland-Pfalz“ mit Sabine Maur

Veranstaltungsformat mit Tandem-Vorträgen und Break-out-Sessions wird sehr positiv aufgenommen und führt zu einem regen Austausch und Erkenntnisgewinn.

Kammerpräsidentin Sabine Maur ist für die LPK RLP beteiligt an der Entwicklung und Veröffentlichung einer **gemeinsamen Stellungnahme** von DGPs, BPTK, BDP, Leibniz-Institut für Resilienzforschung und ZPID Trier zu den psychologischen Aspekten der Corona-Pandemie, welche unter anderem Hinweise auf Hilfsangebote und wichtige politische Forderungen enthält.

Am 9. April 2021 nehmen rund 200 Personen an einer weiteren Online-Fachveranstaltung zum Thema „**Corona und psychische Gesundheit: Auswirkungen und Versorgung**“ teil, die die LPK RLP gemeinsam mit der

Psychotherapeutenkammer Bremen unter Kammerpräsidentin Amelie Thobaben veranstaltet. Die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin **Sabine Bätzing-Lichtenthäler** spricht ein Grußwort.

Mitte Juli 2021 trifft eine Naturkatastrophe von bisher unvorstellbarem Ausmaß Rheinland-Pfalz: die **Flutkatastrophe**, insbesondere im Ahrtal und in Trier. Über 130 Todesopfer sind zu beklagen, Tausende erleben psychische Ausnahmesituationen, in denen es um Leben und Tod geht. Kammerpräsidentin Sabine Maur signalisiert sofort an die rheinland-pfälzische Gesundheitspolitik: hier wird es weniger um körperliche Verletzungen gehen, sondern um große und langfristige psychische Verletzungen und Belastungen.

Unmittelbar nach der Katastrophe tauschen sich die LPK RLP und die rheinland-pfälzische Landesregierung aus, um psychotherapeutische Hilfe für die Betroffenen zu organisieren. In Folge der Abstimmungsgespräche ruft die LPK RLP die Kassen-zugelassenen Kammermitglieder per E-Mail dazu auf, kurzfristig zusätzlich zu ihren täglichen Patient*innen weitere Termine für die Flutopfer zur Verfügung zu stellen. Die Kammer erstellt eine Liste, auf die sich Kammermitglieder setzen lassen können, die sofort ein Krisen-Therapieangebot in Präsenz oder per Video für die Betroffenen schaffen können. Trotz Ferienzeit und sehr kurzer Rückmeldefrist umfasst die Liste letztendlich über 200 Einträge, die an die koordinierenden Stellen des Landes weitergegeben werden können. Erneut zeigt sich, dass die Kammer auf die Solidarität ihrer Mitglieder vertrauen kann und dass Kammer und Mitglieder in Notsituationen zusammenstehen, um schnelle psychotherapeutische Hilfe für Betroffene zu organisieren. Die Vermittlung von Betroffenen und Psychotherapeut*innen läuft über eine extra vom Opferbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz dafür geschaltete Hotline sowie über eine Online-Plattform.

Parallel sind im Krisengebiet Mitglieder der LPK RLP auch spontan psychotherapeutisch aktiv. Kammermitglied Daniela Lempertz (KJP) gründet das Psychotherapeut*innen-Netzwerk **„Soforthilfe Psyche“** mit 60 bis 70 Psychotherapeut*innen aus den betroffenen Regionen. Diese leisteten vor Ort psychotherapeutische Erste Hilfe – in den ersten Tagen ehrenamtlich. Durch schnelle

Abstimmungen zwischen LPK RLP und Kassenärztlicher Vereinigung Rheinland-Pfalz (KV RLP) können bereits nach kurzer Zeit unbürokratische Abrechnungsmöglichkeiten geschaffen wurden.

Zusätzlich stellt die Kammer gemeinsam mit dem Netzwerk „Soforthilfe Psyche“ und dem Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz einen Antrag zur Projektförderung **„Angebot von Psychoedukationsgruppen und Fortbildungsgruppen im Ahrtal“**. Zielgruppen sind sowohl die Betroffenen aller Altersgruppen als auch Fachkräfte in Verwaltungen, Rettungskräfte, Unternehmen, Schulen, Kindergärten und Jugendhilfe.

Auf ihrer Homepage www.lpk-rlp.de und ihren Social Media-Kanälen stellt die Kammer zügig alle wichtigen Informationen wie Hotlines und Links für Betroffene zusammen, außerdem **Informationen zu psychischen Belastungen und psychosozialen Hilfen** in mehreren Sprachen und für alle Altersgruppen. Mit dem Ministerium werden zudem verschiedene Flyer zu psychischen Folgen der Flutkatastrophe abgestimmt, insbesondere zu Posttraumatischen Belastungsstörungen, Depressionen und Angststörungen sowie zu den Anlaufstellen für Betroffene.

Die berufliche Expertise der Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen werden infolge der Flutkatastrophe verstärkt von Medienvertreter*innen nachgefragt: Diese wenden sich an die LPK RLP, um sich die Auswirkungen einer solchen Tragödie auf die Psyche der Menschen von Psychotherapeut*innen erläutern zu lassen. So wurde die Kammerarbeit im Rahmen der Flutkatastrophe kontinuierlich flankiert von Zeitungsinterviews, Fernseh- und Hörfunkauftritten der Kammer-Vorstandsmitglieder, unter anderem in der **Zeit**, der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung**, der **Süddeutschen Zeitung**, **Merkur**, **Bonner Generalanzeiger** und **SWR**.

Als sich die Psychosoziale Notfallversorgung aus der Betreuung der Flutopfer vor Ort nach und nach zurückzieht, finden mehrere Gespräche zwischen der LPK RLP, dem rheinland-pfälzische Gesundheits- und dem Sozialministerium, dem Opferbeauftragten der Landesregierung

und der KV RLP statt. Die Akteure sind auch weiterhin in einem engen Abstimmungsprozess mit dem Ziel vereint,

ein strukturiertes psychotherapeutisches Versorgungsangebot im Katastrophengebiet sicherzustellen.

In einem Homepage-Artikel der LPK RLP wird über das Engagement von Kammermitglied Daniela Lempertz im Katastrophengebiet und das von ihr aufgebaute Netzwerk „Soforthilfe Psyche“ berichtet:



Kammermitglied Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Daniela Lempertz

*Frau Lempertz ist Expertin für den Umgang mit Erlebnissen, die Menschen aus der Bahn werfen: Die Behandlung von Traumafolgestörungen wie beispielsweise Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) ist einer ihrer Arbeitsschwerpunkte, sie ist zudem zertifizierte EMDR-Therapeutin für Kinder und Jugendliche. [...] Direkt am Tag nach der Flut beschloss Frau Daniela Lempertz gemeinsam mit ihrer Kollegin Susanne Leutner, vor Ort zu helfen. [...] Es ging darum „einfach da zu sein und Hilfe anzubieten“ erklärt sie. Das Angebot sprach sich herum, und nach und nach kamen Ersthelfer*innen, Jugendliche, Mütter und Kinder und andere Betroffene. In dieser ersten Phase nach der Katastrophe, der Phase der Akut-Traumatisierung, sei das Wichtigste, die Menschen zu beruhigen, Orientierung und Sicherheit zu vermitteln, erklärt Frau Lempertz. Die Vermittlung von kleinen Atem- und Achtsamkeitsübungen kann Betroffenen helfen, den anstrengenden Alltag im Katastrophengebiet zu bewältigen. In den Gesprächen muss zudem abgeklärt werden, bei wem eine Akut-Intervention notwendig ist. [...] In verschiedenen Orten im Ahrtal wurden und werden Treffen mit Eltern, Erzieher*innen, Lehrer*innen, mit Betroffene und Fachkräften abgehalten, bei denen die Expert*innen über psychische Reaktionen von Kindern und Jugendlichen auf traumatische Erlebnisse informieren: Während einige Menschen mit Übererregung und Unruhe reagieren, zeigen andere gar keine Emotio-*

*nen und wirken wie „eingefroren“ berichtet Frau Lempertz. Viele leiden unter Schlaflosigkeit, entwickeln Ängste und haben ein erhöhtes Nähebedürfnis, manche Kinder verlieren bereits erworbenen Fähigkeiten, wie etwa Schuhe binden oder den Gang zur Toilette, da das Gehirn mit der Verarbeitung der traumatischen Erlebnisse beschäftigt ist. Es sei wichtig, über diese Reaktionen aufzuklären und die Eltern zu beruhigen, erzählt Lempertz. Sie vermitteln ihren Zuhörer*innen: Diese Verhaltensweisen sind eine normale Reaktion auf ein anormales Ereignis. Eltern könnten ihren Kindern helfen, indem sie viel kuscheln, Rituale pflegen und Sicherheit vermitteln. Wichtig sei dabei aber auch, sich Pausen zu gönnen, für eine Auszeit zu sorgen - und das Katastrophengebiet auch mal zu verlassen. „Nur durch das Ahrtal zu fahren, ist sehr zehrend“ berichtet Daniela Lempertz. Mittlerweile sei den Betroffenen vor allem eine große Erschöpfung anzumerken. Es sei „unbegreiflich“ wie schnell aus einer vermeintlich sicheren Situation heraus eine Katastrophe über das Leben der Menschen hereinbrechen kann. Solch eine „kollektive Traumatisierung“ sei außerhalb von Kriegsgebieten selten zu finden. Die Flutkatastrophe habe ihr aber nicht nur vor Augen geführt, wie erschütternd solch ein Ereignis sein kann, sondern auch welche Resilienz und Fähigkeit zur Heilung in den Menschen steckt. Frau Lempertz ist überzeugt: „Menschen können sehr viel schaffen – aber sie brauchen die Hilfe und Unterstützung der Gemeinschaft“. Daher hält sie es auch für sehr wichtig, dass niedrigschwellige Hilfsangebote im Ahrtal erhalten bleibt.*



Natürlich kümmert sich die LPK RLP in 2021 auch um zahlreiche andere berufs- und gesundheitspolitische Themen neben Pandemie und Flutkatastrophe:

Nachdem eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde hierfür eingeholt wurde, findet am 17. April die **Vertreterversammlung** der LPK RLP erstmals in ihrer Geschichte aufgrund der Pandemie digital statt. Eröffnet wird sie mit einem Vortrag von Kammermitglied Frau Prof. Dr. Tanja Hechler zum Thema „Corona: Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, insbesondere von Kindern und Jugendliche“. Die Pandemie ist auch Anlass für die Resolution „Corona ist auch eine psychologische Krise: Die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen jetzt verbessern“, die die Vertreterversammlung verabschiedet. Darin fordert sie die Politik auf, gemeinsam mit Expert*innen für psychische Gesundheit entsprechende Bedarfe zu identifizieren und Versorgungs- und Unterstützungsangebote zu intensivieren bzw. zu schaffen. Darüber hinaus beschließt die Vertreterversammlung eine Satzungsänderung zur Digitalisierung der Kammerarbeit.



Erste digitale Vertreterversammlung im April 2021

Am 23. und 24. April findet der 38. Deutsche Psychotherapeutentag statt, ebenfalls digital. Mit großer Mehrheit (110 von 140 Stimmen) wird die **Muster-Weiterbildungsordnung für Psychotherapeut*innen** verabschiedet. Ein historischer Moment, auf den lange hingearbeitet wurde! Absolvent*innen des neuen Studiengangs können sich nach Studium und Approbation in einer mindestens fünfjährigen Weiterbildung zu Fachpsychotherapeut*innen qualifizieren. Dabei können sie sich für die Versorgung in den Gebieten Kinder und Jugendliche, Erwachsene oder Neuropsychologische Psychotherapie spezialisie-

ren. Diese Weiterbildung ist künftig die Voraussetzung, um Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung zu behandeln. Die Musterordnung stellt sicher, dass Fachpsychotherapeut*innen für alle Facetten des Berufes qualifiziert werden. Dabei sind mindestens zwei Jahre Weiterbildung in einem Krankenhaus und mindestens zwei Jahre in einer Ambulanz oder Praxis zu absolvieren. Möglich ist auch eine Qualifizierung für psychotherapeutische Tätigkeiten in institutionellen Bereichen wie der Jugendhilfe oder somatischen Rehabilitation. Frühestens Ende 2022 soll es erste Absolvent*innen der neuen Studiengänge geben.

Die Schaffung der gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen zur **Umsetzung der neuen Aus- und Weiterbildungsstrukturen** in Rheinland-Pfalz ist entsprechend auch im Jahr 2021 ein zentrales Thema für die LPK RLP. Die neu konzipierten polyvalenten Bachelor-Studiengänge an den drei Universitäten Mainz, Trier und Landau wurden zügig und in engem Austausch zwischen der Kammer, dem Gesundheitsministerium und den Universitäten berufsrechtlich akkreditiert und konnten deshalb auch rechtzeitig zum Wintersemester 2020/21 starten. Die Universitäten planen, ab dem Wintersemester 2023/24 mit dem zur Approbation führenden Master-Studium zu beginnen. Spätestens ab Oktober 2025 werden jährlich ca. 170 frisch approbierte Psychotherapeut*innen einen Weiterbildungsplatz in Rheinland-Pfalz suchen. Deshalb unterstützt die Kammer schon jetzt die Schaffung von Weiterbildungsplätzen durch Gespräche mit allen Akteur*innen, in denen über die Neuerungen informiert wird, um rechtzeitig die notwendigen gesetzlichen Änderungen einzuleiten und um die Bereitschaft zur Schaffung von Weiterbildungsplätzen zu erhöhen. Hierfür finden weiterhin verschiedene Gespräche mit Vertreter*innen der für die zukünftige Weiterbildung wichtigen Institutionen und Bereichen statt.

Der lange Weg zur Direktausbildung

von Dr. Andrea Benecke, Vizepräsidentin der LPK RLP und der BPtK



So glücklich wir alle waren, als das Psychotherapeutengesetz und die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung 1998 verabschiedet wurde, so zeigten sich doch nach einigen Jahren nicht wenige Unzulänglichkeiten dieser Vorgaben. Weil die Psychotherapeut*innen in Ausbildung keine Approbation haben, gelten alle zu absolvierende Leistungen formal als Praktikum, was sowohl in der Praktischen Tätigkeit wie in der Praktischen Ausbildung zu geringer Entlohnung der PiA führte. Trotzdem sie oft als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt wurden, gab es ein eklatantes Missverhältnis der Stellung und der Bezahlung von Ärzt*innen in Weiterbildung und Psychotherapeut*innen in Ausbildung. Zudem muss die Theoretische Ausbildung, die Supervision und die Selbsterfahrung von den Teilnehmer*innen selbst bezahlt werden. Durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge klafften zudem die Zugangsqualifikationen für die Ausbildung auseinander. KJP konnte man mit einem Bachelorabschluss werden, PP nur mit einem Masterabschluss. All diese Umstände machten eine Reform notwendig.

Dies führte zu einem ersten Reformvorhaben in 2010. Im Konzept der postgradualen Ausbildung der Bundespsychotherapeutenkammer war eine erste Staatsprüfung nach dem Studium und dann eine eingeschränkte Berufszulassung vorgesehen, um damit eine reguläre Anstellung und Bezahlung im Rahmen der Ausbildung zu ermöglichen. Nach einer zweiten Staatsprüfung nach der

Ausbildung war die Möglichkeit einer Weiterbildung vorgesehen. Dieses Vorhaben scheiterte am Bundesministerium für Gesundheit, das das PsychThG nur verändern wollte, wenn dies eine Angleichung zur Aus- und Weiterbildung der Ärzte zur Folge hat. Dies führte in der Profession zu vehementen Debatten, ob man sich damit nicht andere und ggf. schwerwiegendere Probleme schafft als man löst. Andere sahen die Zeit sowieso gekommen, sich als akademischer Heilberuf an der Ausbildung für Ärzte zu orientieren. Im Rahmen des 25. Deutschen Psychotherapeutentags im November 2014 wurde mit großer Mehrheit der Beschluss gefasst, eine Reform anzugehen, die ein spezifisches Studium mit anschließender Weiterbildung umfasst.

Natürlich wurde diese Diskussion auch in der Vertreterversammlung und im Vorstand der LPK RLP geführt. Hier war man sich aber sehr schnell einig, dass eine Angleichung eine große Chance für den Berufsstand bietet. Alle Delegierten aus Rheinland-Pfalz haben sich dementsprechend in die Diskussion auf dem Deutschen Psychotherapeutentag eingebracht und für die Reform gekämpft.

In die Umsetzung dieses Beschlusses war ich als Vorstandsmitglied der BPtK unmittelbar einbezogen. Das Projekt „Transition“ wurde ins Leben gerufen, in dem viele Vertreter*innen aus Verbänden, Universitäten und weitere Expert*innen über Arbeitsgruppen eingebunden waren. Externe Gutachter*innen wurden beauftragt, Vorschläge zu Finanzierung im stationären und ambulanten Bereich zu erarbeiten. Zunächst wurde im Projekt ein Berufsbild beschrieben und ein Gesamtkonzept der Aus- und Weiterbildung erstellt, das in den Beratungsprozess des BMG einfließen konnte und sollte. Vieles fand sich tatsächlich im neuen Gesetz wieder. Nach dem Beschluss des Bundestages im November 2019 wurden in RLP zeitnah die neuen polyvalenten Bachelorstudiengänge geplant und alle drei Universitäten in Landau, Mainz und Trier begannen mit dem neuen, berufsrechtlich anerkannten Studium im Wintersemester 2020.

Anfang 2020 wurde dann das Projekt „Musterweiterbildungsordnung“ ins Leben gerufen mit dem Ziel, Gebiets- und Bereichsweiterbildungen für die zukünftigen Fachpsychotherapeuten zu regeln. Auf dem 38. DPT im April 2021 wurden die Vorschläge für den sogenannten

Paragraphenteil beschlossen. Danach wird die zukünftige Weiterbildung mindestens fünf Jahre dauern, wovon jeweils mind. zwei Jahre im ambulanten und stationären Bereich absolviert werden müssen. Ein Jahr kann fakultativ im institutionellen Bereich abgeleistet werden. Es wird drei Gebietsweiterbildungen geben: Psychotherapie für Erwachsene, Psychotherapie für Kinder und Jugendliche sowie Neuropsychologische Psychotherapie. In den Bereichen Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene muss obligatorisch ein Psychotherapieverfahren erlernt werden, im Gebiet Neuropsychologische Psychotherapie Strategien und Techniken eines Psychotherapieverfahrens. Welche Vorgaben für das Erlernen der Verfahren gelten sollen, wird auf dem 39. DPT im November 2021 beschlossen werden, die Bereichsweiterbildungen werden voraussichtlich auf dem 40. DPT im Frühjahr 2022 geregelt. Es ist großartig zu erleben, wie dieser Berufsstand

konstruktiv streitend, aber immer an der Sache orientiert diese große Aufgabe, sich eine Weiterbildungsordnung zu erarbeiten, meistert. Insbesondere der 25. und der 38. Deutsche Psychotherapeutentag waren Sternstunden demokratischer Auseinandersetzung.

Diese Reform des Psychotherapeutengesetzes war eine enorme Aufgabe und bietet große Chancen. Viele haben weitreichende Hoffnungen daran geknüpft im Hinblick auf bessere Bedingungen für den Nachwuchs, im Hinblick auf weitere Professionalisierung und Etablierung des Berufsstands im Gesundheitssystem. Man wird sehen, ob diese Hoffnungen in Erfüllung gehen. In jedem Fall haben die Delegierten des Deutschen Psychotherapeutentages es auch zukünftig selbst in der Hand, über die Weiterbildung ihren Beruf selbst zu gestalten und ihn so weiterzuentwickeln.

Die LPK RLP bemüht sich auch 2021 um eine bessere Versorgung von geflüchteten Menschen: Im Januar 2021 veröffentlichen die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, die AG Migration und Psychiatrie, die Universitätsmedizin Mainz, die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz und die Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems in Rheinland-Pfalz ein gemeinsames **Positionspapier**, in dem sie Missstände in der **psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund** erläutern und Forderungen aufstellen, um die Situation zu verbessern.

Am 30. September bietet die Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems in Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz eine Online-Veranstaltung mit dem Titel **„Lebensrealitäten in Flüchtlingslagern – Herausforderungen für die psychotherapeutische Behandlung“** an. Fotografin Alea Horst hält einen erschütternden Vortrag über die Zustände in den Lagern, im Anschluss erläutert LPK-Vorstandsmitglied Ulrich Bestle in einem Vortrag, was die traumatischen Erlebnisse für den therapeutischen Prozess bedeuten und wie Psychotherapeut*innen damit umgehen können.

Eine Kammer, die sich für Minderheiten einsetzt – ist eine starke Kammer!

von Ulrich Bestle, Mitglied des Vorstands der LPK RLP

Lässt man die Aktivitäten der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz der letzten 20 Jahre Revue passieren, fällt auf, mit welchem Engagement sie sich seit jeher für eine bessere psychotherapeutische Versorgung benachteiligter Gruppen einsetzt und gesellschaftliche Benachteiligungen offenlegt und kommuniziert. Dieses Engagement zieht sich durch alle Legislaturperioden. Fortbildungsveranstaltungen, politische Stellungnah-

men und Beratungen der Entscheidungsträger dienen dazu, Vorurteile und Barrieren abzubauen, die Folgen von Benachteiligung zu thematisieren und langfristig Strukturen aufzubauen, die die psychische Gesundheit von Minderheiten verbessern. In verschiedensten Kontexten des alltäglichen Lebens



werden Menschen aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts und ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer Kultur, ethnischen Herkunft und Nationalität, ihrer sexuellen Orientierung sowie aufgrund von Behinderung oder Religion diskriminiert und sind mit Barrieren und Ausgrenzungen konfrontiert. Wir wissen, dass Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligungen nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sind und häufig schon in Systemen verankert sind. Die Folgen für die psychische Gesundheit können gravierend sein: So haben Kinder, die in den 20% ärmsten Haushalten leben, eine vierfach erhöhte Wahrscheinlichkeit an psychischen Problemen zu leiden (Morrisen Gutman et al. 2015). Menschen, die sich der LGBTQ+ Community zugehörig fühlen, berichten deutlich mehr psychische Probleme als heterosexuelle Personen (Semlyen et al. 2016). Auch bei Menschen mit geistiger Behinderung zeigt die Studienlage zusammenfassend, dass das Risiko, an einer psychischen Erkrankung zu leiden, deutlich erhöht ist (vgl. Cooper et al. 2007, Deb et al. 2001).

Die LPK RLP nutzt daher verschiedene Formate, um auf die Diskriminierung verschiedener Personengruppen aufmerksam zu machen. Einzelne greife ich wie folgt auf:

- **Gegen Transfeindlichkeit und die aktuellen Regelungen im Transsexuellen-Gesetz:** In ihrer Stellungnahme von 2019 zur Neuregelung der Änderung des Geschlechtseintrags kritisierte die LPK RLP unter anderem die Vermischung von Begutachtung und Beratung und forderte ein flächendeckendes qualifiziertes Beratungsangebot und die Angleichung der Verfahren für die Änderungen des Geschlechtseintrags. Darüber hinaus nutzte sie ihre Öffentlichkeitsarbeit, um auf die Missstände aufmerksam zu machen.
- **Für eine bessere psychotherapeutischer Versorgung Geflüchteter:** Seit 2015 engagiert sich die LPK RLP auf verschiedenen Ebenen für die Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten. Sie kritisiert die Regelungen im Asylbewerberleistungsgesetz und deren Umsetzung und fordert darin eine Verankerung der Behandlung psychischer Erkrankung sowie eine Finanzierung von Sprachmittlung auch über das Asylbewerberleistungsgesetz hinaus im SGB V. Seit 2017 bietet sie

zudem jährlich mehrere Kooperationsveranstaltungen mit der Koordinierungsstelle zur interkulturellen Öffnung des Gesundheitssystems in Rheinland-Pfalz an, zu Themen wie „Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation im Gesundheitswesen“ oder „Rassismus und psychische Gesundheit“, die immer ausgebaut sind. Zudem wurde im Januar 2021 ein Positionspapier in Zusammenarbeit mit der genannten Koordinierungsstelle, der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz, sowie dem Arbeitskreis der Chefärzt/innen der psychiatrischen Kliniken und Abteilungen RLP veröffentlicht.

- **Einsatz für psychisch kranken Menschen mit geistiger Behinderung:** An die LPK RLP wurde immer wieder von Fachstellen herangetragen, dass es für Menschen mit einer geistigen Behinderung schwieriger sei, eine ambulante psychotherapeutische Behandlung zu bekommen. Zuletzt kam die Beratungsstelle Liebelle, eine Beratungsstelle für selbstbestimmte Sexualität von Menschen mit Lernschwierigkeiten, auf die Kammer zu. Um diese Beobachtungen zu überprüfen und mögliche Gründe dafür zu identifizieren wurde eine Umfrage unter den Kammermitgliedern durchgeführt und im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung veröffentlicht.
- **Verbesserung der Gesundheitsversorgung von alten Menschen:** In einem Symposium im November 2017 zur „Psychotherapie der Altersdepression“ wurden Psychotherapeut*innen mit den Besonderheiten der Behandlung alter Menschen vertraut gemacht. Zudem ist die LPK RLP Kooperationspartner im Demenz-Projekt DemStepCare, das das Ziel hat, stationäre Aufenthalte von Menschen mit Demenz zu vermeiden und die Belastung von pflegenden Angehörigen zu reduzieren.

Die Grundhaltung der LPK RLP ist bei ihrem Einsatz für Minderheiten eindeutig. Sie stellt sich entschieden gegen jegliche Formen von Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Respekt, Toleranz, Solidarität und zwischenmenschliche Empathie sind für sie unverzichtbare Werte, die ein Zusammenleben in einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft ermöglichen. Dies galt in den letzten 20 Jahren, dies gilt heute und muss auch in Zukunft gelten.

Auch 2021 agiert die Landespsychotherapeutenkammer als Kooperationspartnerin der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG): Zum einen bei der zweitägigen Online-Veranstaltung am 20. und 21. April zum Thema **„Psychische Gesundheit in der Arbeit mit erwerbslosen Menschen“**. **Vorstandsmitglied Ulrich Bestle** spricht ein Grußwort und hält den Eröffnungsvortrag zum Thema „Psychische Gesundheit und Erwerbslosigkeit.

Ende September veröffentlicht die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz zudem gemeinsam mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) und mit finanzieller Förderung des Ministeriums für Wissenschaft und Gesundheit Rheinland-Pfalz eine Broschüre mit dem Titel **„Elterninfo: Depression. Kindern depressiver Eltern helfen“**. Am 8. Oktober 2021 wird die Broschüre auf der ersten gemeinsamen Pressekonferenz von LPK RLP, LZG und rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerium durch **Dr. Dennis Alt, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit, Kammerpräsidentin Sabine Maur** und **Dr. Matthias Krell**, Geschäftsführer der LZG, vorgestellt. Die Pressekonferenz findet im Rahmen der **Woche zur seelischen Gesundheit** statt, die dieses Jahr unter dem Motto **„Gemeinsam über den Berg – Seelische Gesundheit in der Familie“** steht. Die Deutsche Presseagentur **dpa** berichtete in dem Artikel „Kindern depressiver Eltern helfen: Broschüre gibt Tipps“ über die neue Veröffentlichung. Der Artikel wurde am 8. Oktober 2021 von zahlreichen Medien publiziert, unter anderem von **Süddeutsche Zeitung, Zeit, Saarbrücker Zeitung** und **Volksfreund**.

Auch in diesem Jahr finden Fachveranstaltungen der LPK RLP statt:

- Am 27. April 2021 widmet sich LPK RLP in einer spannenden Online-Veranstaltung dem Thema **„Verschwörungstheorien & Radikalisierung in der Psychotherapie“**. Als Referentin konnte die Expertin Dipl. Psych. Pia Lamberty gewonnen werden, außerdem nehmen Kammerpräsidentin Sabine Maur, Vize-Präsidentin Dr. Andrea Benecke und Prof. Dr. Sebastian Murken an der Podiumsdiskussion teil. Die Veranstaltung erweckt auch das Interesse der Medien: Sowohl das **Ärzteblatt** als auch die **Allgemeine Zeitung** berichten ausführlich.
- Am 6. Mai wird in einem LPK-Webseminar die Frage „Wie können wir schwer psychisch kranke Menschen gut behandeln?“ erörtert. Um eine gute ambulante Versorgung dieser Patient*innen sicherzustellen, ist die Zusammenarbeit einer Vielzahl von Leistungserbringern nötig, die an der Behandlung beteiligt sind. Wie diese so genannten **Komplexbehandlungen** gelingen können, wird im Web-Seminar am Beispiel Borderline untersucht.
- Am 20. Mai veranstaltet die LPK RLP ein Online-Seminar für ihre angestellten Mitglieder zum Thema **„Angestellte Psychotherapeut*innen zwischen Lust und Frust“**. Diskutiert werden unter anderem die Fragen, welche Entwicklungspotenziale angestellte Psychotherapeut*innen haben und wie man sein berufliches Profil schärfen und in Leitungspositionen aufrücken kann.



Pressekonferenz mit Staatssekretär Dr. Dennis Alt, Dr. Matthias Krell und Sabine Maur



April 2021: Online-Veranstaltung „Verschwörungstheorien & Radikalisierung in der Psychotherapie“

Anfang Juni sorgen vom Bundesgesundheitsministerium geplante Eingriffe in die Therapiehoheit in der Psychotherapie für Unruhe: Die Landespsychotherapeutenkammer setzt sich gegen die Einführung der so genannten „Raster-Psychotherapie“ ein, die der Gesundheitsminister per Änderungsantrag zum Gesundheitsversorgungs-Weiterentwicklungsgesetz (GVWG) vorgeschlagen hat. Dieser sah vor, dass der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) bis Ende 2022 überprüfen soll, „wie die Versorgung von psychisch kranken Versicherten bedarfsgerecht und schwegradorientiert sichergestellt werden kann“. Die Bundespsychotherapeutenkammer, mehrere Berufsverbände und die Kassenärztliche Bundesvereinigung hatten daraufhin befürchtet, dass in die Therapiehoheit der Therapeut*innen eingegriffen werden soll und womöglich Fallpauschalen eingeführt werden könnten. Auch in den sozialen Medien formiert sich breiter Protest gegen den Vorstoß, nicht zuletzt von betroffenen Patient*innen sowie von LPK RLP und den Vorstandsmitgliedern – letztlich mit großem Erfolg:

der betreffende Änderungsantrag zum Gesundheitsversorgungs-Weiterentwicklungsgesetz (GVWG) wird fallen gelassen.

Nach jahrelangen Vorbereitungen ist es ab dem 8. Juni tatsächlich so weit: der **elektronische Psychotherapeutenausweise (ePtA)** kann von den Kammermitgliedern beantragt werden. Nach erfolgreichem Abschluss des Zulassungsverfahrens und mit dem Abschluss der Verträge zwischen den Kammern und dem Vertrauensdienste-Anbieter (kurz: VDA = Kartenhersteller) kann der ePtA an Psychotherapeut*innen ausgegeben werden. Die Landespsychotherapeutenkammer ist für die Bestätigung des Attributs „Psychologische(r) Psychotherapeut(in)“ / „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut(in)“ gegenüber dem VDA zuständig. Außerdem begleitet sie den Ausgabeprozess durch umfassende Information ihrer Mitglieder per E-Mail und auf Homepage, wo eine eigene Rubrik mit den wichtigsten Fragen und Antworten zum ePtA eingerichtet wird.



Elektronischer Psychotherapeutenausweis

„Psychologische(r) Psychotherapeut(in)“ / „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut(in)“ gegenüber dem VDA zuständig. Außerdem begleitet sie den Ausgabeprozess durch umfassende Information ihrer Mitglieder per E-Mail und auf Homepage, wo eine eigene Rubrik mit den wichtigsten Fragen und Antworten zum ePtA eingerichtet wird.

Vom 12. bis 26. November findet die **Wahl zur Vertreterversammlung** statt. Am 28. und 29. November werden die abgegebenen Stimmen in der Kammergeschäftsstelle ausgezählt und am Tag darauf die frisch gewählten Mitglieder der neuen Vertreterversammlung bekannt gegeben.

Die stellvertretende Wahlleiterin Saskia Kollarich und der Wahlleiter Edgar Wagner leeren die Wahlurne





Malu Dreyer überreicht den Bewilligungsbescheid an Sabine Maur; Foto: Staatskanzlei RLP/Stephan Dinges

Am 3. Dezember überreicht Ministerpräsidentin **Malu Dreyer** den Bewilligungsbescheid für ein Projekt an die LPK-Präsidentin Sabine Maur, das die psychotherapeutische Unterstützung von Betroffenen der Flutkatastrophe im Ahrtal verbessern soll. Den Bewilligungsbescheid übergibt die Ministerpräsidentin vor rund 60 Teilnehmer*innen einer Informationsveranstaltung zu dem neuen Projekt in der Landskroner Festhalle in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz hatte den Projektantrag in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Soforthilfe Psyche“ auf den Weg gebracht. Das Netzwerk „Soforthilfe Psyche“ bietet Informationsgruppen zur Stressreduktion nach Erleben eines Traumas an, die von Psychotherapeut*innen geleitet werden. Zielgruppen des Projekts sind sowohl die Betroffenen aller Altersgruppen als auch Fachkräfte in Verwaltungen, Rettungskräfte, Unternehmen, Schulen, Kindergärten, Jugendhilfe, Einrichtungen der Pflege und sonstige interessierte Institutionen. Sie haben die

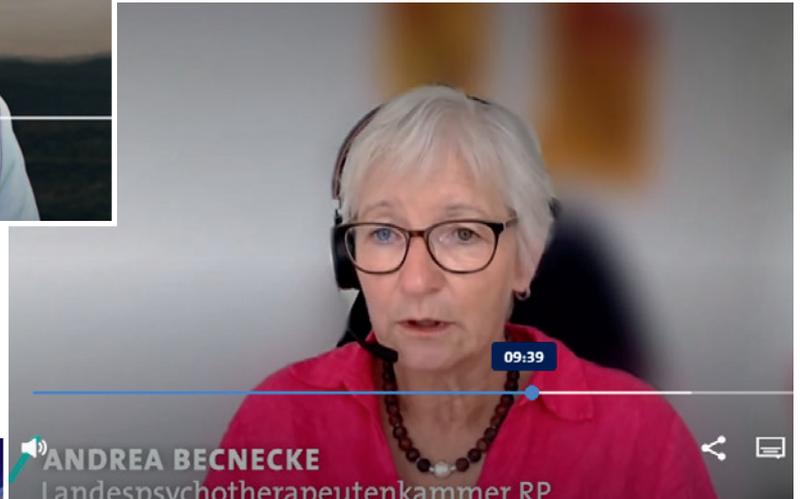
Möglichkeit, einfach und kostenlos Unterstützung anzufordern und Informationsgruppen für Betroffene oder Fachkräfte Ihrer Einrichtung durchführen zu lassen. Finanziert und unterstützt wird dieses Angebot durch das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit und die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz.

Über das neue Gruppen-Projekt berichtet die **Rhein-Zeitung**, **tag24.de** und das **Redaktionsnetzwerk Deutschland**. Das Interesse der Medien an der Frage, wie die Menschen im Ahrtal die Katastrophe psychisch verkraften, hält an und findet immer wieder Niederschlag in Print- und Rundfunkbeiträgen unter Beteiligung der Vorstandsmitglieder der Landespsychotherapeutenkammer. Am 20. Dezember ist die Kammerpräsidentin zu diesem Thema im SWR-Studio zu Gast. Bereits im Juli gaben die Präsidentin und die Vizepräsidentin dem SWR Fernseh-Interviews zu diesem Thema.



Sabine Maur bei „SWR Aktuell RLP“ am 19.07.21

Dr. Andrea Benecke bei „SWR Extra“ am 26.07.21



Sabine Maur in der SWR-Sendung „Zur Sache Rheinland-Pfalz“ am 20.12.2021

5. Amtsperiode - Ausblick

In der 5. Amtsperiode werden folgende Personen in die Kammergremien gewählt



Präsidentin
Sabine Maur



Vizepräsidentin
Dr. Andrea Benecke

Beisitzer im Vorstand

Ulrich Bestle, Marcel Hünninghaus,
Peter Andreas Staub

Vertreterversammlung

Dr. Andrea Benecke, Sabine Bettinger, Ulrich Bestle,
Peter Brettle, Dr. Michael Broda, Dr. Anne-Katharina
Deisenhofer, Yvonne Engel, Dr. Fabian Escher,
Rachel Hechler, Matthias Heidt, Marcel Hünninghaus,
Prof. Dr. Tina In-Albon, Onur Kirik, Till Koppe,
Prof. Dr. Wolfgang Lutz, Kathrin Macha, Sabine Maur,
Prof. Dr. Sebastian Murken, Kristina Nehls,
Dr. Paul Nilges, Fuad Salim, Dr. Sigrid Schiller,
Prof. Dr. Inge Seiffge-Krenke, Peter Andreas Staub,
Dr. Nadine Trautmann

Ausschuss für Aus- und Weiterbildung

Prof. Dr. Wolfgang Lutz, Verena Polz,
Prof. Dr. Inge Seiffge-Krenke, Dr. Daniela Schwarz,
Fuad Salim

Ausschuss Berufsordnung, Ethik und Digitalisierung

Till Koppe, Sinead Keller, Dr. Michael Broda

Ausschuss für die besonderen Belange der Angestellten

Beate Reinders, Marion Erken, Yvonne Hoffmeister,
Prof. Dr. Wilma Funke, Vera Simon-Reichert

Ausschuss für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie

Rachel Hechler, Onur Kirik, Florian Hammerle,
Inka Tischer, Jun.-Prof. Dr. Stefanie Jungmann

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Beitragsordnung

Dr. Sigrid Schiller, Prof. Dr. Sebastian Murken,
Katharina Lueg

Ausschuss für Fortbildung und Qualitätssicherung

Dr. Fabian Escher, Brian Schwartz, Dr. Paul Nilges,
Andrea Burdorf

Delegierte Deutscher Psychotherapeutentag

Sabine Maur, Marcel Hünninghaus, Kristina Nehls,
Dr. Andrea Benecke, Ulrich Bestle,
Prof. Dr. Inge Seiffge-Krenke;
Stellvertreter*innen: Prof. Dr. Tina In-Albon,
Kathrin Macha, Dr. Paul Nilges, Svenja Blasen,
Dr. Sigrid Schiller, Peter Brettle

Delegierte Psychotherapeutenversorgungswerk

Ruth Stenner, Prof. Dr. Sebastian Murken,
Engelbert Achten;
Stellvertreter: Reinhard Kohl

Beirat gemäß § 4 (3) HeilBG

Sabine Maur, Dr. Andrea Benecke

2022

Im Januar 2022 ist die konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung 20 Jahre her – die **Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz ist nun 20 Jahre alt!** Sie kann mit Stolz zurückblicken auf den weiten Weg, den sie zurückgelegt hat: Von der Anfängerin auf der gesundheitspolitischen Bühne hat sich die Kammer zu einer wichtigen, verlässlichen Größe im gesundheitspolitischen Gefüge entwickelt. Sie ist geschätzter Ansprechpartner für Politik, Medien und Öffentlichkeit bei allen Fragen rund um die psychische Gesundheit und vertritt die Interessen psychisch kranker Menschen in zahlreichen Gremien. Sie ist nun fachlich, politisch und finanziell sehr gut aufgestellt.

Auch die **Geschäftsstelle** der Landespsychotherapeutenkammer, die die Aufgaben umsetzt, die ihr aus verschiedenen Rechtsquellen zugewiesen werden und die Beschlüsse der Vertreterversammlung sowie des Vorstandes ausführt, hat sich deutlich weiterentwickelt: Aus bescheidenen Anfängen mit einer Geschäftsführerin und anfangs nur einer zusätzlichen Teilzeitkraft ist eine sehr effizient und professionell arbeitende Geschäftsstelle geworden, die aus mittlerweile 10 Personen besteht: die Geschäftsführerin Petra Regelin wird unterstützt von ihrer Assistentin, die zudem für den Mitgliederservice und die Fortbildung zuständig ist, sowie von zwei Juristinnen, drei Mitarbeiterinnen für den Bereich Mitgliederverwaltung und Buchhaltung, einer Referentin für Fort- und Weiterbildung, einer Referentin für Veranstaltungsplanung und einer Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ging es in den Anfangsjahren noch darum, Strukturen und Arbeitsabläufe neu aufzubauen, hat sich nun eine routinierte Professionalität entwickelt, die den Service für die Mitglieder in den Vordergrund stellt. Mitgliederfragen und -anträge werden zügig bearbeitet, die Rechtsberatung hilft zuverlässig bei berufsrechtlichen Fragen weiter und unterstützt die Kammermitglieder auch beim Thema Datenschutz, das Veranstaltungsangebot für die Mitglieder wurde deutlich erweitert und wird mittlerweile sowohl digital als auch in Präsenz durchgeführt. Kontinuierliche Informations- und Kommunikationsstrukturen wurden aufgebaut: die Mitglieder werden mittlerweile nicht mehr nur über die Länderseiten des Psychotherapeutenjournals informiert, sondern auch über die tagesaktuell gepflegte Homepage, per Newsletter und über die kammereigenen Social Media-

Accounts bei Facebook und Twitter. Wie die Landespsychotherapeutenkammer aus Rückmeldungen immer wieder erfahren darf, genießt sie eine hohe Wertschätzung unter den Kammermitgliedern, so dass die Bindung der Mitglieder an ihre Kammer entsprechend gut ist. Zudem sind die Kammer und ihre gesundheitspolitischen Anliegen sehr präsent in regionalen und überregionalen Print-, Rundfunk- und Onlinemedien. Das Thema "Psychische Gesundheit in Rheinland-Pfalz" hat durch die Landespsychotherapeutenkammer eine Lobby und ein Gesicht bekommen. Wir freuen uns sehr über die bisher erfolgreich zurückgelegte Strecke des Weges und auf das, was noch vor uns liegt!



Geschäftsführerin Petra Regelin



Dr. Leonora Vllasaliu
Referentin für
Fort- & Weiterbildung



Sabine Bennemann
Assistentin der Geschäftsführung,
Fortbildungskonto und
Veranstaltungszertifizierung



Saskia Kollarich
Syndikusrechtsanwältin,
Juristisches Referat
Datenschutzbeauftragte



Tamina Bühler
Rechtsassessorin,
Juristisches Referat



Silke Schöneis
Referentin für
Mitgliederverwaltung
und Buchhaltung



Anke Kahnert
Mitgliederverwaltung
und Buchhaltung



Dr. Livia Rigotti
Referentin für
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit



Kornelia Paterson
Referentin für
Veranstaltungsmanagement

Ausblick auf die neue Legislatur

von Sabine Maur, Präsidentin der LPK RLP

Im Jahr 2022 startet die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz in eine neue fünfjährige Legislatur.

Für die kommende Generation von Psychotherapeut*innen steht die gute Umsetzung der neuen psychotherapeutischen Weiterbildung auf Landesebene an erster Stelle. Die Kammer ist hier intensiv gefordert: inhaltlich, strukturell, administrativ. Neben einer inhaltlichen, breiten Weiterentwicklung der bisherigen Ausbildung muss insbesondere die prekäre Situation der Ausbildungspsychotherapeut*innen ein Ende haben.

Die Expertise unseres Berufsstandes muss auch im stationären Bereich noch deutlich besser strukturell verankert werden in Form von mehr Psychotherapie für die Patient*innen, angemessener Vergütung und Leitungsfunktionen. Wir brauchen insgesamt eine Weiterentwicklung der bisherigen stationären, ambulanten und institutionellen Versorgungsformen. Der Zugang zu Psychotherapie ist nach wie vor für viele Menschen zu hochschwellig, insbesondere für solche mit komplexen psychischen Erkrankungen.

Nach den Erfahrungen während der Corona-Pandemie müssen wir systematisch reflektieren, welche digitalen Formate und Interventionen in Zukunft die Regelversorgung bereichern können. Grundlegende Versorgungsprobleme sind nicht durch Apps lösbar.

Weiter intensiviert werden müssen die Bemühungen um eine sinnvolle und sichere digitale Transformation des Gesundheitswesens. Hier stehen wir vor sehr großen Herausforderungen, die viele Ressourcen beanspruchen – mit bisher eher ernüchternden Resultaten.

In den letzten Jahren sind die erschütternden Ausmaße von sexueller Gewalt in allen Schichten der Gesellschaft sichtbar geworden. Auch unser Berufsstand ist gefordert, sich intensiv und transparent mit Grenzverletzun-



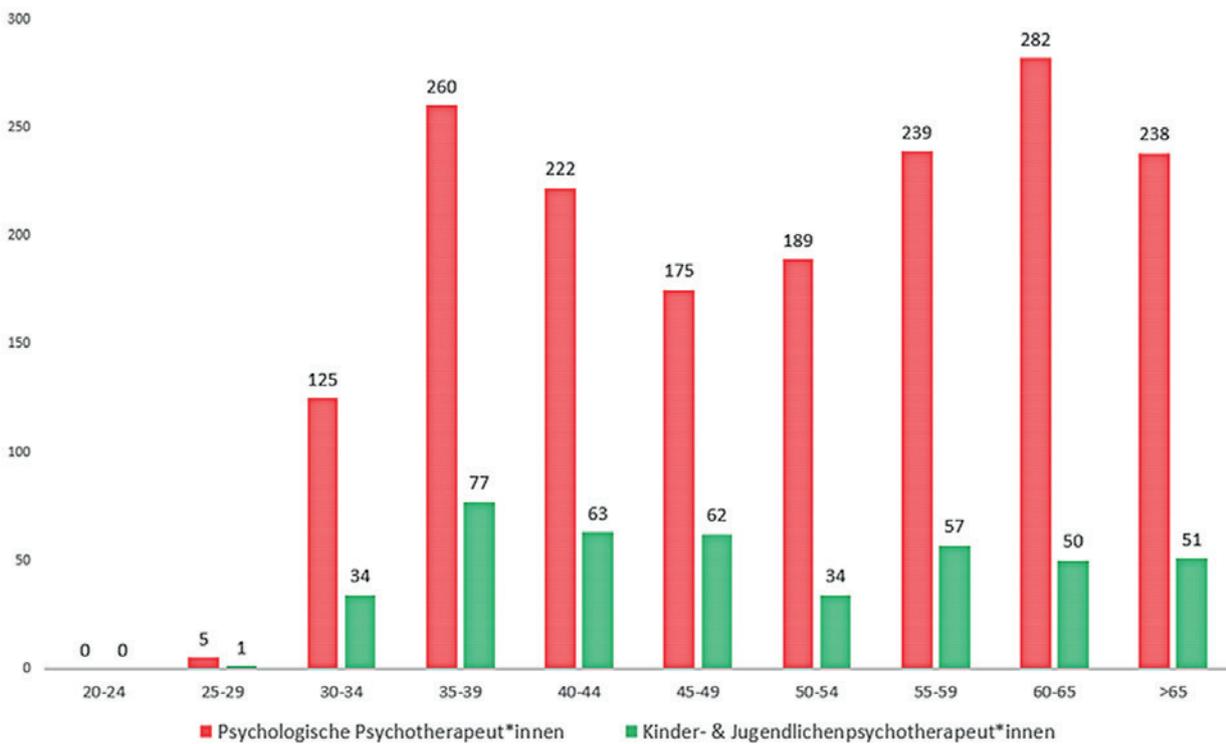
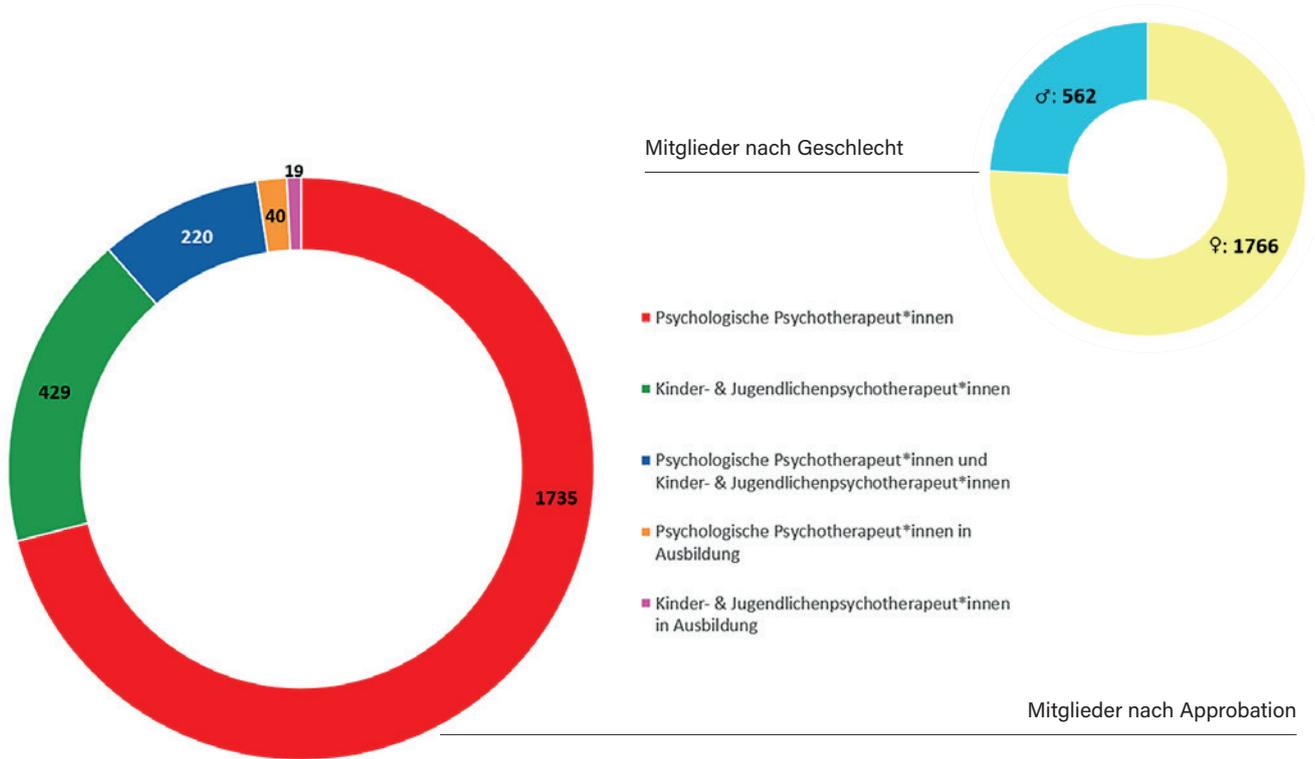
Der Vorstand in der 5. Amtsperiode v. l. n. r.: Marcel Hünninghaus, Peter Andreas Staub, Sabine Maur, Dr. Andrea Benecke und Ulrich Bestle

gen und sexueller Gewalt durch Psychotherapeut*innen auseinanderzusetzen. Unsere Kammer wird sich damit befassen, wie Beschwerdemöglichkeiten für betroffene Patient*innen verbessert werden können, Kolleg*innen sensibilisiert, der Kinderschutz in Praxen und Institutionen besser strukturell verankert werden kann. Fortbildungen für unsere Mitglieder zu Berufsrecht und Berufsethik werden fortgesetzt.

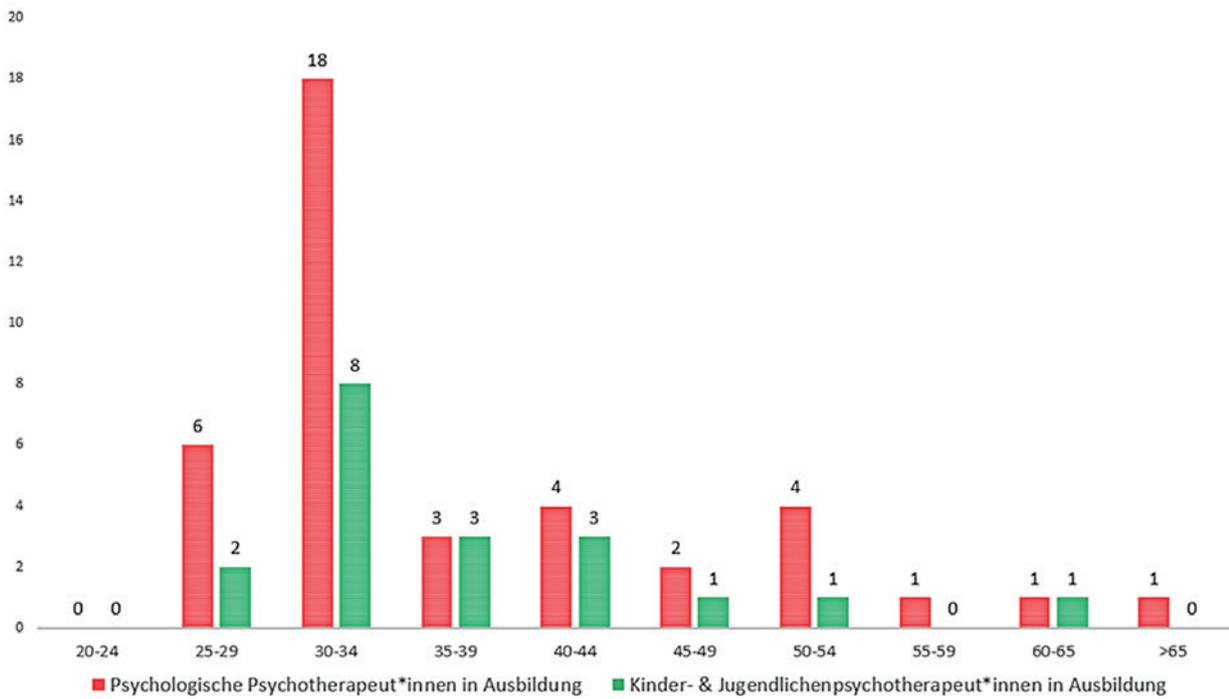
Politisch waren die letzten Monate geprägt von der Corona-Pandemie, der klimabedingten Flutkatastrophe im Ahrtal und dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Das Ausmaß dieser verschiedenenartigen Katastrophen brachte und bringt zahlreiche direkte und indirekte Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der betroffenen Menschen mit sich. Das gesellschaftliche Bewusstsein für diese Auswirkungen hat sich geschärft. Es muss Aufgabe unseres Berufsstands als den Expert*innen für psychische Erkrankungen sein, die psychischen Folgen dieser *man made disaster* deutlich und laut zu benennen und in die Politik zu tragen. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, nur eine bessere psychotherapeutische Versorgung zu fordern, um diese Folgen durch Psychotherapie zu lindern, und damit den Einzelnen letztlich allein zu lassen mit der Verantwortung für sein Wohlergehen. Wir müssen psychisch krankmachende sozio-kulturelle und ökologische Bedingungen vernehmbar benennen, notwendige strukturelle Veränderungen herausarbeiten, deutliche Forderungen an die Politik formulieren und uns in entsprechenden politischen Gremien aktiv einbringen.

Anhang

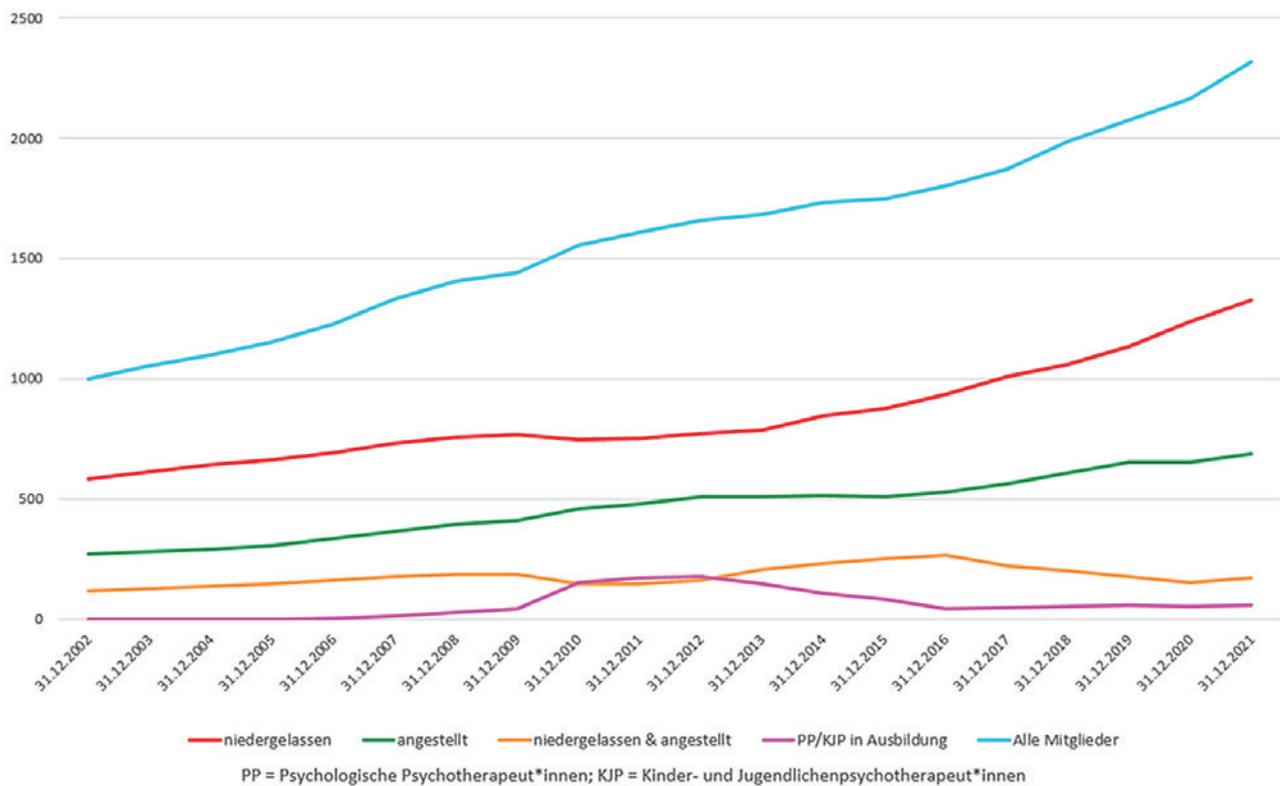
Wer sind die Mitglieder der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz?



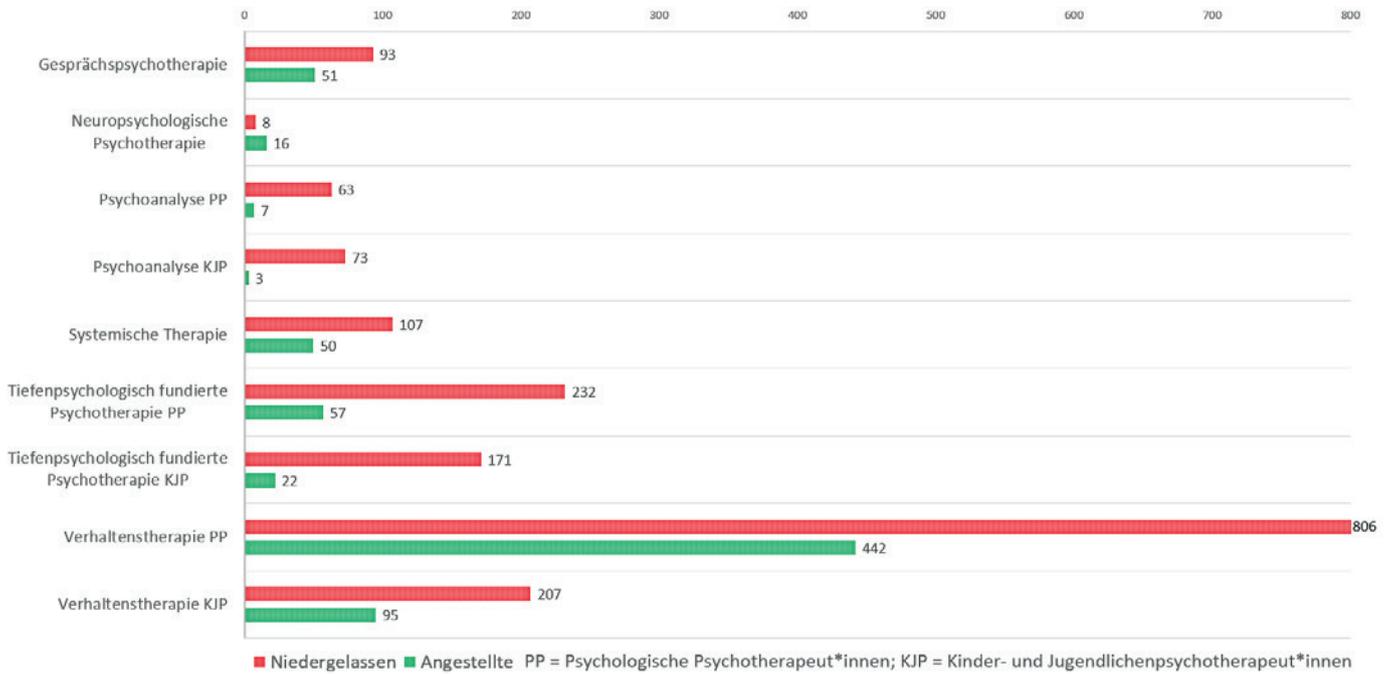
Mitglieder nach Alter



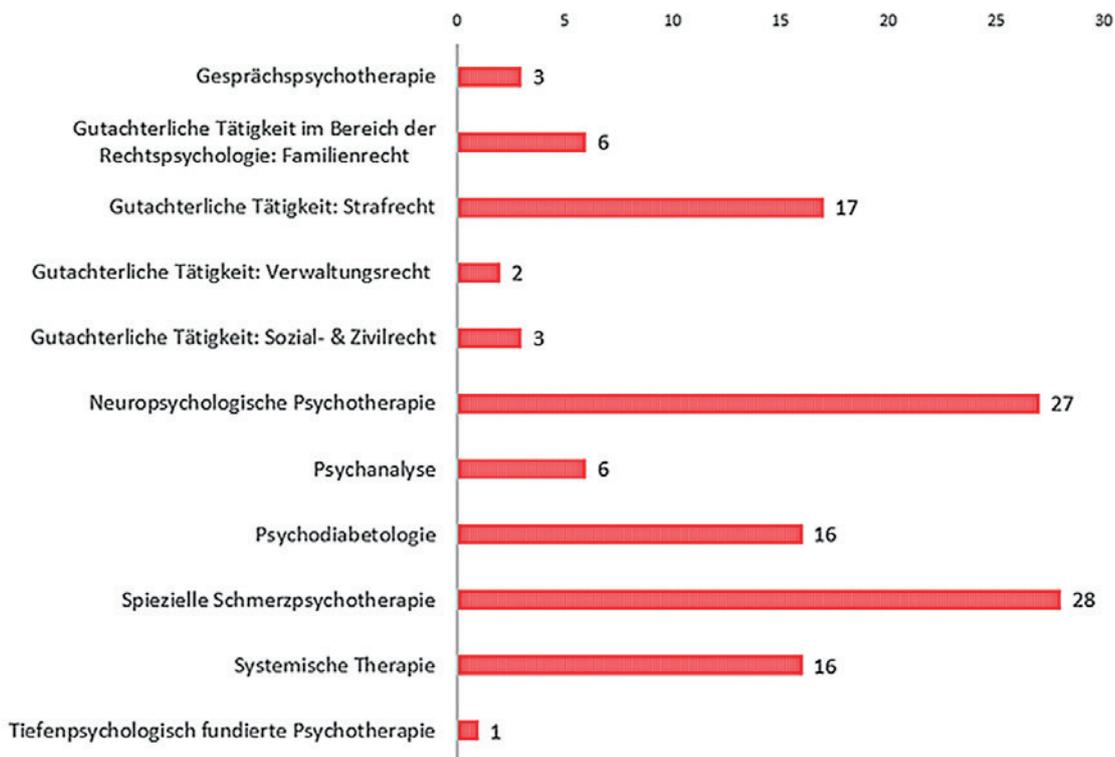
Psychotherapeut*innen in Ausbildung (PiA) nach Alter



Mitglieder nach Art der Mitgliedschaft



Mitglieder nach Verfahren



Mitglieder mit Zusatzbezeichnung (Weiterbildung)

In welchen Fremdsprachen bieten Kammermitglieder Psychotherapie an?

Sprache	Anzahl LPK RLP Mitglieder
Arabisch	4
Englisch	586
Französisch	109
Griechisch	4
Italienisch	12
Polnisch	7
Portugiesisch	3
Rumänisch	3
Russisch	21
Spanisch	20
Türkisch	9

LPK-Fachtagungen mit Herbstfest (seit 2007)

- **2007:** Systemische Therapie im Spannungsfeld zwischen Berufspolitik und Versorgungsrealität
- **2008:** Psychotherapeuten in Institutionen – effizient und unverzichtbar
- **2009:** Psychotherapie zwischen Evidenz und Intuition: Hirnforschung trifft Psychotherapie
- **2010:** Damit Psychotherapeuten heil bleiben – Psychohygiene als professionelle Aufgabe
- **2011:** Psychotherapie: alles Beziehung – oder was?
- **2012:** *Fachtagung entfällt, da Stelle der Geschäftsführung unbesetzt ist*
- **2013:** Schöne neue Welt? Krankheit und Behandlung im Wandel der Zeit
- **2014:** Psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund: Möglichkeiten und Grenzen
- **2015:** Psychotherapie in Grenzsituationen
- **2016:** Gefühle fetzen - Psychotherapie im Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter
- **2017:** Let's talk about sex - Sexualität und Psychotherapie
- **2018:** Sucht macht Lust zur Last – wie Psychotherapie helfen kann
- **2019:** Familie im Wandel. Chancen, Herausforderungen und Implikationen für die psychotherapeutische Versorgung
- **2020:** *Fachtagung entfällt wegen Corona-Pandemie*
- **2021:** *Fachtagung entfällt wegen Corona-Pandemie*

Publikationen der LPK RLP:



Broschüre „Elterninfo: Depression. Kindern depressiver Eltern helfen“ (in Kooperation mit der LZG RLP, gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit RLP)



Broschüre „Wie gestaltet sich die Psychotherapeutische Versorgung von Geflüchteten in RLP?“ (in Kooperation mit der Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems in Rheinland-Pfalz)



Broschüre „Steuertipps für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“ (in Kooperation mit der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz)



Broschüre „Berufsbezeichnung, Praxisschild u. Werbung“



Broschüre „Basiswissen Sucht“ (in Kooperation mit der Psychotherapeutenkammer NRW)



Broschüre „Diskurs Digitalisierung Psychotherapie“

Broschüre „A-Z zur Praxisgründung: nützliche Informationen und Checklisten“





LandesPsychotherapeutenKammer
Rheinland-Pfalz

LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Diether-von-Isenburg-Str. 9-11

55116 Mainz